KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 183 Januar / Februar 2016 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 183 Januar/Februar 2016



»Bakur/Nordkurdistan, du bist nicht allein – Rojava steht hinter dir«, Solidaritätsaktion an der Grenze von Rojava zu Nordkurdistan/Türkei Foto: ANF



Die Antwort auf den Aufbau demokratischer Strukturen ist faschistischer Staatsterror in den Städten und Dörfern von Bakur/Nordkurdistan. Foto: DIHA



Eine Protestform gegen die Übergriffe türkischer »Sicherheitskräfte« auf die Bevölkerung in Bakur/Nordkurdistan sind Lärmdemonstrationen. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

ein neues Jahr hat begonnen und natürlich werden wir auch in diesem Jahr mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklungen in Kurdistan und im Mittleren Osten verfolgen. Was dieses neue Jahr mit sich bringen wird, lässt sich kaum prognostizieren. Allein ein Rückblick auf das vergangene Jahr macht deutlich, dass sich im Mittleren Osten die Entwicklungen so rasant und überraschend verändern können, dass kaum jemand sie von vornherein auch nur zu vermuten vermag. Sicher ist allerdings, dass die globalen und lokalen politischen Akteure für die Region ihre Pläne gemacht haben dürften, um ihre Interessen im neuen Jahr verwirklicht zu sehen.

Tatsache ist, dass alle politischen Akteure, die in der Region agieren, im Jahr 2016 in ihre Kalkulationen auch die kurdische Freiheitsbewegung mit einbeziehen müssen. Denn dass diese sich als wichtiger Akteur in der Region vollends etabliert hat, kann von niemandem mehr geleugnet werden. Und selbstverständlich wird sich auch die kurdische Freiheitsbewegung ihre Ziele für das neue Jahr gesteckt haben. Und ohne Zweifel wird eines ihrer Ziele sein, ihre Linie der radikalen Demokratie, der Geschlechterbefreiung und des ökologischen Bewusstseins, kurz des demokratischen Konföderalismus, im Nahen und Mittleren Osten weiter zu stärken.

Die Rojava-Praxis im vergangenen Jahr hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, welches Potential hinter dieser Linie steckt. Inmitten eines blutigen Bürgerkriegs haben die Menschen jenseits ethnischer und religiöser Grenzen angefangen, sich von der Basis aus zu organisieren und sich selbst zu verwalten. Im neuen Jahr wird es eine der großen Herausforderungen für die kurdische Freiheitsbewegung sein, dieses Gesellschaftsmodell an weitere gesellschaftliche Kreise heranzutragen und so diese Linie zu stärken.

Der Mittlere Osten wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch im Jahr 2016 die Region bleiben, in der die »großen Mächte« der Welt und der Region für die Verwirklichung ihrer Interessen Krieg führen werden. In solch einer Gemengelage können Bündnispartner schnell zu Konfliktparteien werden und umgekehrt. Ein alternatives Gesellschaftskonzept im Spannungsfeld divergierender lokaler und globaler Interessen aufzubauen, wird sich ohne Frage nicht einfach gestalten. Zumal eine selbstbewusste emanzipatorische Perspektive wie der demokratische Konföderalismus von vornherein so gut wie allen Machthabern ein Dorn im Auge ist. Leider darf es deshalb auch nicht weiter verwundern, wenn verschiedenste politische Mächte die kurdische Freiheitsbewegung auch im neuen Jahr ins Visier nehmen und angreifen. So hat beispielsweise Deutschland gegen Ende des Jahres 2015 die Repressionen gegen kurdische AktivistInnen hierzulande in einer Phase verschärft, in der quasi die gesamte Welt den Widerstandswillen der KurdInnen im Kampf gegen den IS bewundert hat.

Doch unsere stärkste Waffe gegen ihre Repressionen bleibt die Solidarität, das gilt auch für das neue Jahr. Die Revolution in Rojava hat vielen von uns im vergangenen Jahr viel Mut und Kraft gegeben. Schaffen wir mit dieser Kraft im neuen Jahr ein, zwei, viele Rojavas!

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Der Krieg um Machterhalt gegen den Willen der Bevölkerung

Nilüfer Koç, Kovorsitzende Nationalkongress Kurdistan

Nilüfer Koç hat an der Universität Bremen Politikwissenschaften studiert. Seit 2013 amtiert sie als Kovorsitzende des Kurdistan Nationalkongresses (KNK).

Die politische Ordnung und die wirtschaftliche Aufteilung des 20. Jahrhunderts begannen mit seinem Ausgang zu zerfallen. Jetzt wird der Kampf um die Ordnung und Aufteilung des 21. Jahrhunderts im Nahen/Mittleren Osten beschleunigt. Hier konzentriert sich die Weltpolitik gegenwärtig insbesondere auf Syrien. Der Kampf in und um Syrien wird den Nahen/Mittleren Osten prägen. Daher hat Syrien heute für alle Beteiligten strategische Bedeutung.

Die Türkei, der Iran und Syrien stehen für den Status quo in der Folge des Lausanner Vertrags von 1923. Auch der neue föderale Irak hat sich seiner neuen Identität nicht ganz angenommen. Noch immer ist das Verhältnis zwischen Kurden und Arabern kritisch, also zwischen Hewlêr (Arbil) und Bagdad. Auf der anderen Seite funktionieren die zentralistischen Staatsstrukturen nicht mehr, die nur auf eine ethnische, konfessionelle Identität aufgebaut worden sind. Daher stecken die Türkei, der Iran, Syrien, aber auch der Irak in einem permanenten Krisenzustand. Im Falle der Türkei ist diese Krise noch ausgeprägter. Zum einen aufgrund des kurdischen Kampfes für Selbstbestimmung. Zum anderen, da die Türkei NATO-Mitglied und EU-Kandidatin ist, was zusätzliche Verpflichtungen mit sich bringt im Hinblick auf eine Dezentralisierung als Voraussetzung für die neoliberale Marktwirtschaft.

Die USA sehen die Lösung für die Region darin, die Staaten des Lausanner Vertrags in noch kleinere Einheiten aufzuspalten. Nach religiösen und ethnischen Zugehörigkeiten. Wie das Beispiel des Irak, was immer noch nicht funktioniert.

Die Kurden stehen für die Dezentralisierung der Türkei, des Iran, Syriens und für demokratische Autonomie. Das heißt im Klartext, dass zum Beispiel die Türkei, der Iran und auch Syrien in föderalen demokratischen Strukturen erneuert werden, was weitgehend lokale Selbstverwaltung ermöglicht. Die Kurden haben ihrerseits klare Konzepte hinsichtlich der lokalen Selbstverwaltung in den kurdisch besiedelten Gebieten. Allerdings begrenzen sie ihre Alternative nicht nur auf Kurdistan, sondern bieten sie für die gesamte Türkei an. Da die Türkei eine immense ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt aufweist und diese autonomer lokaler Selbstverwaltungsstrukturen zur freien Pflege und Entfaltung bedarf. Dasselbe gilt für den Iran, Syrien und auch den Irak. Außerdem ist die Ausgangsidee des kurdischen Konzepts, Veränderungen innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen zu realisieren, was international weder politisch noch rechtlich große Probleme mit sich bringt.

Das zukünftige Modell eines demokratischen Syriens ist bereits in Rojava (kurd. für »Westen«) verankert. Das heißt, wir sprechen von einer institutionalisierten Lösung, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Nun wird der kurdische Kampf in Syrien um die Anerkennung Rojavas als Teil eines künftigen demokratischen Syriens gehen. In diesem Rojava ist ein Selbstverwaltungsmodell aufgebaut worden, das heute sehr sichtbar ist und international Gehör findet.

Der Kampf um Lösungen und Modelle wird vor allem in Syrien entschieden werden. Im Klartext, es geht hier um bislang drei Strategien:

– die Beibehaltung der zentralistischen Staatsstrukturen, wie sie im Lausanner Vertrag manifestiert wurden (Türkei, Iran, Syrien);

– die Aufteilung bestehender Staaten in noch kleinere Einheiten (USA und Verbündete);

– die demokratische Autonomie der Kurden als Teil dezentralisierter Strukturen.

In der Frage, wie es weitergehen wird, sollte weiterhin der Fokus auf Syrien gelegt werden. Syrien ist anhand der Präsenz der globalen wie regionalen Mächte gegenwärtig zum Zent-

rum der Weltpolitik avanciert. Mit seinen politischen, gesellschaftlichen, religiösen Differenzen und Konflikten stellt es den Prototyp für den gesamten Nahen/Mittleren Osten dar. Eine Lösung hier wird sich auf die anderen Länder der Region auswirken. Aus der Nähe betrachtet zeigt sich, dass Al-Qaida, Da'isch, Al-Nusra, Ahrar al-Scham, das heißt sunnitische Gruppen, sich hier konzentrieren und für ihren Kampf weltweit noch weitere Kämpfer rekrutieren. Diese erhalten Gelder in ungeahnter Höhe. Der selbst ernannte Islamische Staat (IS) erstreckt sich über den Irak und Irakisch-Kurdistan (kurd. »başûr« für »Süden«, Südkurdistan) bis über Syrien und Rojava. Zu seiner Hauptstadt wurde die syrische Stadt Raqqa erklärt. Diese Gruppen werden alles tun, um ihre Macht einerseits beizubehalten, andererseits zu expandieren.

Neben dem sunnitischen Islam (Saudi-Arabien, Qatar) konzentriert sich auch der schiitische Islam (Iran, Irak, Syrien, Libanon etc.) auf Syrien. Genauso wie der sunnitische weiß der schiitische Islam, dass Macht in Syrien für ihren Werdegang in der Region bestimmend sein wird. Denn der fast 1400 Jahre alte sunnitisch-schiitische Konflikt ist hier einer der Nährböden für Konflikte und Kriege. Unter diesem Deckmantel haben schon Hunderttausende ihr Leben verloren. Dieser Konflikt ist heute noch ein wichtiges Instrument, um den Glauben der Menschen für Machtkriege zu instrumentalisieren.

Syrien hat auch für die Türkei und die Kurden eine zentrale Bedeutung. Für die Kurden geht es nicht nur darum, für eigene Interessen zu kämpfen, sondern über die Lösung der kurdischen Frage in Syrien ein Modell für ein ganzes Land und somit auch für die Region zu entwickeln. Die kurdische Strategie trägt die Bezeichnung »demokratisches Syrien – autonomes Rojava/Nordsyrien«. Rojava bedeutet hier daher nicht nur, dass die Kurden allein zu ihren Rechten kommen.

Für die USA hat Syrien ebenfalls eine große Bedeutung. Nach Afghanistan, Irak, Tunesien etc. brauchen sie einen Erfolg in der Region. Nicht zuletzt wegen der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. In Syrien wollen die USA ihr Greater Middle East Project zum Erfolg bringen. Syrien ist die letzte arabische Bastion, die sich in den letzten fünf Jahren trotz eines blutigen Krieges, Hunderttausender Opfer, Millionen Flüchtlingen, zerstörter Städte und Infrastruktur noch auf den Beinen halten konnte. Das hat nicht nur mit der Unterstützung Russlands und des Iran zu tun, sondern auch mit der Rolle Syriens vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg. Es war stets als Avantgarde der arabischen Welt bekannt gewesen.



Blick auf Şengal-Stadt nach der Befreiung vom Islamischen Staat IS. Foto: ANF

Ende des Stellvertreterkrieges – neue Etappe im Syrienkrieg

Die USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Russland, der Iran, die Türkei, Saudi-Arabien, Qatar, um nur einige zu nennen, konzentrieren sich auf Syrien. Mit den brutalen und unmenschlichen Angriffen in Paris am 14. November 2015 haben einzelne europäische Staaten eine direkte Beteiligung am Krieg erklärt. Seit 2011 haben etliche dieser Mächte ihre Kriege über Stellvertreter geführt. Jetzt steigen alle direkt ein. Das ist eine neue Entwicklung und deutet auf eine kritische und weit schwierigere und komplexere Zeit in Syrien hin. Daher ist Syrien ein strategisch wichtiges Zentrum für alle geworden. Wer hier gewinnt, wird im Nahen/Mittleren Osten bestimmend sein.

Türkei verliert in Rojava

Nachdem die Volks- und die Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) große Erfolge im Kampf gegen den IS erzielten, hat vor allem die Türkei schwere politische Verluste hinnehmen müssen. Von der 900 km langen Grenze zwischen der Türkei und Syrien, das heißt, zwischen Rojava und Bakûr (kurd. für »Norden«) sind 800 km unter Kontrolle der YPG/YPJ. In der gegenwärtigen Krise zwischen der Türkei, den Kurden, den USA und Russland geht es um die restlichen 100 km, sprich Cerablus (Dscharabulus). Cerablus heißt, es dreht sich um die Region, die die Kantone Kobanê und Afrîn voneinander trennt, aber auch um die noch offene Grenzlinie, über die Da'isch Unterstützung aus der Türkei erhält. Beim Abschuss des russischen Jets ging es der Türkei unter anderem darum, einen Konflikt zwischen Russland und der NATO zu erzeugen, um einerseits Zeit zu gewinnen, andererseits der russischen Offensive zu begegnen, die auch in strategischen Gebieten gegen die Interessen der Türkei geführt wird, namentlich dem Gebiet der Turkmenen, die von der Türkei unterstützt werden.

Außerdem war die Rückeroberung der Al-Hol-Gebiete in Rojava, die an Irakisch-Kurdistan, vor allem an Şengal (Sindschar) grenzen, ein wichtiger kurdischer Erfolg, um Da'isch noch weiter zu isolieren. Der Offensive von Al-Hol folgend konnte die Befreiung der Stadt Şengal einfacher vonstattengehen.

Das gemeinsame politische Vorgehen der Türkei mit Saudi-Arabien und Qatar, um den Verlusten in Rojava entgegenzuwirken, war es, eine Konferenz der angeblichen syrischen Opposition in Riad zu organisieren. Dazu wurden Vertreter von Dschabhat al-Nusra und Ahrar Al-Scham eingeladen, was die Legitimität dieser Zusammenkunft infrage stellt, da beide auf der UN-Liste terroristischer Organisationen stehen. Ferner führten beide Gruppen in den letzten Jahren einen brutalen Krieg in Rojava. Mit diesem Treffen wollte die Türkei gemeinsam mit Saudi-Arabien und Qatar der Konferenz des Demokratischen Syriens begegnen, die zur selben Zeit im Kanton Cizîrê mit einer großen Beteiligung arabischer, kurdischer, turkmenischer, armenischer, assyrischer und tschetschenischer Vertreter, aber auch von Frauenorganisationen erfolgreich stattfand. Das gelang ihnen nicht, da die wichtigsten arabischen Oppositionsgruppen sowie arabische Stämme als auch andere Vertreter gesellschaftlicher Gruppen Syriens gemeinsam mit den Kurden über das zukünftige Syrien diskutierten. Außerdem fand diese Konferenz auf syrischem Staatsterritorium im Kanton Cizîrê statt, während die andere im Ausland durchgeführt wurde.

Die Rache dieser Front war brutal: Zwei Tage nach der Bekanntmachung des Demokratischen Rates Syriens in Dêrik (Al-Malikiya in Rojava) führten drei Explosionen Da'ischs zum Tode von 28 Menschen in der Stadt Til Temir in Rojava.

Türkei verliert auch in Bakûr

Für die Kurden wird die »Schlacht um Syrien« ebenso vital sein. Entweder gelingt es ihnen hier, ihre Alternative Rojava durchzusetzen, oder sie verlieren wieder ein Jahrhundert.

Da aber die Türkei die größte Gefahr für kurdische Interessen darstellt, ist es wichtig, die AKP-Regierung, vor allem Erdoğan, noch intensiver zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage zu bewegen.

Der Kampf Öcalans und der PKK in den letzten drei Jahren, die Lösung der kurdischen Frage im türkischen Parlament zu thematisieren und dann einer Verfassungsänderung den Weg zu ebnen, hat auf kurdischer Seite einen politischen Höhepunkt erreicht. Am 28. Februar verkündete die Imralı-Delegation der Demokratischen Partei der Völker (HDP) gemeinsam mit der türkischen Regierung das Zehn-Punkte-Dolmabahçe-Abkommen. Zuvor war zwischen Öcalan, PKK, AKP, Regierung monatelang darüber verhandelt worden. In den zehn Punkten war auch die Gewährung der demokratischen Autonomie für die Türkei als ein Schritt der Dezentralisierung vorgesehen. Die HDP hatte ihr Wahlprogramm daher ausdrücklich auf mehrere Punkte des Dolmabahçe-Abkommens konzentriert. Dezentralisierung war eine der Grundforderungen für die Demokratisierung des Landes.

Kurz nach der Deklaration des Dolmabahçe-Abkommens erklärte es der türkische Staatspräsident Erdoğan für null und nichtig. Dafür erhielt er seine Antwort mit dem historischen Sieg der HDP bei der Parlamentswahl am 7. Juni, sie

gewann Stimmen aufgrund ihres Wahlprogramms. Die Parole »Wir lassen dich nicht zum Präsidenten werden!« war nicht nur eine Kritik an Erdoğan, sondern an der Vorstellung vom Präsidenten als machthabender Autokrat. Erdoğans Idee war die absolute Zentralisierung der Macht in einer Institution, nämlich der des Präsidenten.

Nach der Juniwahl wurde die staatliche Planung der Bombenanschläge von Pirsûs (Suruç) und Ankara eingeleitet, die Verhaftung kurdischer Politiker, die Angriffe auf etwa 200 Parteibüros der HDP: die Aggression des Staates, die zugleich auch aus der Angst resultierte, dass die Kurden es ernst meinen mit ihrer demokratischen Autonomie.

Kurz nach der Novemberwahl begannen die Kreisstädte, später die größeren Städte unter der Devise »wir wollen uns selbst verwalten« mit der Ausrufung der demokratischen Autonomie in Bakûr.

Als dann mehrere an der Ausrufung beteiligte Bürgermeister, Aktivisten verhaftet und zu lebenslänglicher Haft verurteilt, Zivilisten getötet, Panzer und Hubschrauber gegen Zivilisten eingesetzt wurden, engagierten sich die kurdischen Jugendlichen der YDG-H für die notwendige Verteidigung der Zivilbevölkerung. Zum ersten Mal in der Geschichte der türkischen Republik hat der Staat keinen politischen Zugang zu den kurdischen Gebieten. Anstatt Politiker schicken sie Panzer, Soldaten, Spezialeinheiten, Polizisten, Hubschrauber etc. nach Kurdistan. Und zwar in einer Dimension, die es nicht mal in den 1990ern gab. Dies ist eine neue Situation in Bakûr.

Weder drei Jahre Verhandlungen zwischen Öcalan, PKK und AKP noch die Waffenruhen der PKK haben den türkischen Staat zu einer politischen Veränderung veranlasst. Dabei ist sowohl Öcalan als auch die PKK weitgehende Kompromisse zur Lösung der kurdischen Frage eingegangen. Es kann daher von den Kurden nicht mehr erwartet werden, sich von der AKP hinhalten zu lassen in dem Moment, in dem ihnen im Nahen/Mittleren Osten viele Chancen offenstehen. Die AKP versucht sie daran zu hindern, in der Politik des Nahen/Mittleren Ostens mitzuwirken, um ihren ungeklärten politischen und rechtlichen Status zu bestimmen. Das kann doch nicht angehen, dass ein Politiker oder gewählter Bürgermeister zu lebenslanger Haft verurteilt wird, nur weil er die Erklärung zur demokratischen Autonomie verlesen hat. Es kann auch nicht sein, dass Zivilisten umgebracht werden, weil sie hinter der Forderung der demokratischen Autonomie für Bakûr stehen. Es kann auch von den Kurden nicht erwartet werden hinzunehmen, dass ein Jurist und Pazifist wie Tahir Elçi, der nur öffentlich sagte »die PKK ist keine terroristische Organisation«, vor laufender Kamera ermordet wird.



Mêrdîn: Alltag im Belagerungszustand. Die Mauern schützen die Bevölkerung gegen die Heckenschützen der türkischen Sicherheitskräfte. Foto: DIHA

Türkische Niederlage in Rojava und Bakûr führt zur Expansion nach Başûr

Sowohl der Erfolg der Kantone von Rojava als auch der neue Widerstand in Bakûr haben die Regierungskrise der AKP verschärft, was sich immer brutaler in der Ausweitung der staatlichen Gewalt auswirkt. Die Kurden in Rojava und auch in Bakûr haben der AKP und all ihren Träumen und expansionistischen Plänen in Syrien und Rojava einen Strich durch die Rechnung gemacht. Zudem hat das zunehmende internationale Misstrauen gegenüber der AKP ihre Politik noch weiter eingeengt.

Mit der Verlegung türkischer Soldaten nach Bashiqa, einer Stadt nahe Mûsil (Mosul) in Irakisch-Kurdistan, sucht die Türkei einen neuen Ausweg aus dieser Krise und Niederlage. Sie kann niemanden davon überzeugen, Da'isch in Irak bekämpfen zu wollen, da ihre Taten in Syrien und Rojava vom Gegenteil zeugen. Über Mûsil sollen zunächst die in Rojava geschwächten Da'isch, Al-Nusra, Ahrar Al-Scham in der neuen Formation Hashdi al-Watani (Nationale Volksarmee) gestärkt werden. Eine Übernahme von Mûsil wird ihnen nicht schwerfallen, da die Türkei gemeinsam mit dem sunnitisch-arabischen Da'isch bereits letztes Jahr im Juni am Fall der Stadt mitgewirkt hatte. Dabei spricht sie auch für Saudi-Arabien und Qatar, deren Interesse darin besteht, mit Hashdi al-Watani gegen die Präsenz der *[schiitischen]* Al-Hashd al-Shaabi (Armee des Volkes) zu wirken, um sunnitische Interessen zu wahren. Für die Türkei hat neben Mûsil auch Kêrkuk historische Bedeutung, im Rahmen des Lausanner Vertrags waren beide Regionen den Arabern zugesprochen worden, was die Türkei niemals hingenommen hat. Im Rahmen des türkischen Misak-ı Millî von 1920 (Nationaler Pakt) werden Mûsil und Kêrkuk immer noch

als legitime Territorien der Türkei gesehen. Es geht ihr daher einerseits auch darum, diese Gebiete wieder unter türkisch-sunnitische Kontrolle zu bekommen. Zum anderen wird sie von hier aus ihre Angriffe gegen Rojava aufnehmen, da die Region Mûsil an Rojava grenzt. Weiterhin wird sie sich mit der Stärkung ihrer militärischen Präsenz in Irakisch-Kurdistan in Richtung PKK-Stützpunkte bewegen und dort angreifen. Denn die Luftangriffe auf PKK-Stellungen in den nördlichen Teilen Başûrs seit dem 24. Juli haben keinen Erfolg erbracht.

Natürlich muss hier auch auf die Rolle der kurdischen Kräfte von Başûr eingegangen werden. Seitdem weder das Parlament noch die Regierung in Arbil funktionieren, wird die Politik des Landes wieder von PDK und YNK (Demokratische Partei Kurdistans und Patriotische Union Kurdistans) ausgetragen. Seit dem Da'isch-Überfall in Şengal 2014 hat die PDK ihr ramponiertes Image in der Bevölkerung nicht mehr aufpolieren können. Bekanntlich hatten die Peşmerge nicht gegen Da'isch gekämpft und das Leben Hunderttausender êzîdischer Kurden riskiert, hätte die PKK-Guerilla nicht interveniert. Diese Erfahrung sitzt immer noch wie ein Trauma im Gedächtnis der Bevölkerung. Auch die Befreiung der Stadt Şengal im November war dabei keine Hilfe, da sie außer durch die PDK-Peşmerge durch die PKK-Guerilla und mit Unterstützung der US-amerikanischen Luftwaffe erfolgte.

> Sowohl den Schiiten als auch den Sunniten geht es in Rojava wie in Başûr um die Belagerung und Besetzung Kurdistans. Ob sich Russland hinter die schiitische Front setzt und die USA hinter die sunnitische Front, die Kurden und alle anderen Volksgruppen gruppieren sich um die Freiheit und die Sicherheit.

Die Reiseroute des Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan KRG, Herrn Mesud Barzanîs, erst Riad, dann Ankara, und Erdoğans zeitgleicher Besuch in Qatar haben in der kurdischen Politik und der Bevölkerung zu neuen Fragezeichen und Besorgnissen geführt. In diesem Zeitraum kamen auch die türkischen Soldaten in Mûsil zur Sprache. Ob direkt oder indirekt, die Gesprächspartner Herrn Barzanîs auf seiner Reiseroute sind keine Freunde des kurdischen Volkes.

Im Gegenzug hat die Zentralregierung in Bagdad Ankara für die Verletzung der irakischen Souveränität vor den UN-Sicherheitsrat gebracht. Während die PDK die türkischen Soldaten in Mûsil zur Bekämpfung von Da'isch legitimiert, haben sich YNK und Gorran gegen sie gewandt, fordern ihren Rückzug und halten dabei zu Bagdad. Ferner haben YNK- und Gorran-Abgeordnete nun einen Antrag im irakischen Parlament eingebracht, in dem die PKK als Kraft Anerkennung findet, die gegen Da'isch kämpft. Die PKK beschuldigt die Türkei der Besetzung Irakisch-Kurdistans und fordert den sofortigen Rückzug.

Die kurdische Politik steht jetzt vor einer neuen und großen Herausforderung. Eine Polarisierung zwischen dem sunnitischen und dem schiitischen Lager wird gewiss kurdischen Interessen schaden. Daher ist die erfolgreiche Strategie des Dritten Weges, die Öcalan auf die Agenda von Rojava gesetzt hatte und hier erfolgreich praktiziert wurde, auch für Başûr gerade jetzt lebenswichtig. Da sowohl die PDK als auch die YNK aufgrund ihrer jeweiligen Bündnispolitik mit der Türkei und dem Iran wenig Spielraum haben, fällt der PKK hier eine große Verantwortung zu. Und wieder bewahrheitet sich Öcalans Vorhersage: »Die Kurden brauchen im schiitisch-sunnitischen Machtkampf eine einheitliche Politik, die auf einem kurdischen Nationalkongress als nationale Strategie verabschiedet werden sollte.« Sowohl den Schiiten als auch den Sunniten geht es in Rojava wie in Başûr um die Belagerung und Besetzung Kurdistans. Ob sich Russland hinter die schiitische Front setzt und die USA hinter die sunnitische Front, die Kurden und alle anderen Volksgruppen gruppieren sich um die Freiheit und die Sicherheit. Im Machtkampf der Großen dürfen die Kurden nicht erneut den Fehler machen und für eine Seite Partei ergreifen. Vielmehr sollten sie sich genauso wie in Rojava in ihren Beziehungen mit den regionalen wie globalen Mächten auf den dauerhaften Frieden in Form ihrer Lösungsvorschläge konzentrieren. Denn beteiligen wir Kurden uns durch Parteinahme an diesen Machtkämpfen, werden wir die Kriegsdauer verlängern und wie im 20. Jahrhundert erneut zum Instrument der Weltpolitik werden. Daher sollte die PKK ihre Strategie des Dritten Weges auch in Başûr durchsetzen, was im Interesse aller läge. In diesem Sinne kann die kurdische Karte im Gegensatz zu ihrer destabilisierenden Rolle im 20. Jahrhundert nun als stabilisierender Trumpf gespielt werden. Denn keine der Kräfte außer den Kurden hat die besten Chancen, jetzt ein neues Kapitel für den Frieden im Nahen/Mittleren Osten aufzuschlagen. Auf uns lastet eine große Verantwortung. Daher kommt der Unterstützung für die Kurden nicht nur eine regionale, sondern globale Bedeutung zu. Wir dürfen keinen Teil Kurdistans gegen einen anderen ausnutzen, um so Kriegstreibern Gelegenheiten zu bieten. Nationale Einheit ist heute ebenso wichtig für internationale Interessen wie Frieden und Stabilität. In Rojava haben wir gezeigt, dass wir uns unserer Verantwortung bewusst sind und dass wir aus unseren Fehlern im 20. Jahrhundert gelernt haben. Nun geht es darum, diesen Kampf auch in Başûr noch offensiver zu führen, um Kriegsbefürwortern die Tore Kurdistans zu versperren. ♦

Jahresbewertung

2015 – das Jahr der Höhen und Tiefen

Songül Karabulut, Kurdistan Nationalkongress KNK

Songül Karabulut ist Exekutivratsmitglied des Kurdistan Nationalkongresses (KNK). In diesem Rahmen fungiert sie als dessen Sprecherin für auswärtige Angelegenheiten.

Das letzte Quartal 2014 war geprägt gewesen von einem nackten Überlebenskampf des kurdischen Volkes. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) hatte die êzîdischen Kurden in Şengal (Sindschar) mit der Absicht eines Genozids angegriffen, mehrere Tausend Menschen getötet, verschleppt, Frauen und Kinder vergewaltigt und versklavt.[1] Nachdem dieser Genozid trotz großer Verluste für die Bevölkerung Şengals von den Volksverteidigungskräften (HPG) und Einheiten der Freien Frau (YJA-Star) sowie den Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) unterbunden werden konnte, indem ein Korridor freigekämpft wurde, über den die Menschen in Sicherheit gebracht werden konnten, wurde die kurdische Stadt Kobanê (Ain al-Arab) vom IS mit schweren Waffen angegriffen und umzingelt. Dagegen traten die Kurden weltweit in einen unerbittlichen Widerstand.

Die Entwicklungen in Rojava (Westkurdistan) und Başûr (Südkurdistan) wirkten sich auf die kurdisch-türkischen Beziehungen unmittelbar negativ aus. Die seit Anfang 2013 anhaltenden »Friedensgespräche« erlebten ebenfalls eine schwere Zeit. Die antikurdische Haltung der AKP-Regierung gegenüber Rojava belastete den Friedensprozess erheblich. Die PKK erklärte Rojava zu ihrer roten Linie, die aber von der Türkei durchgehend verletzt wurde. Die Gespräche waren an einen Stillstand gelangt, eine Stagnation war eingetreten, als das Jahr 2015 erreicht wurde.

Am 26. Januar vermeldete Idriss Nassan, stellvertretender Beauftragter für auswärtige Beziehungen des Rojava-Kantons Kobanê, die Befreiung der Enklave. 135 Tage nach dem Beginn der Großoffensive des IS wurde dieser durch den Widerstand der YPG und YPJ mit der Unterstützung der Luftangriffe der internationalen Koalition aus der Stadt verdrängt. Und zum ersten Mal war damit der Mythos der Unbesiegbarkeit des IS durch die Kurden gebrochen worden. Der Widerstand um Kobanê war mehr als die Befreiung einer kurdischen Stadt. Zum ersten Mal in der Geschichte des kurdischen Volkes entwickelte sich weltweit eine Welle der Solidarität. Mit Kobanê erfuhr das Modell der Selbstverwaltungen in Rojava große Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Auf der anderen Seite steht Kobanê für die Politik der nationalen Einheit der Kurden. Um Kobanê vereinten sich alle kurdischen Verteidigungseinheiten und zeigten, dass es keine Herausforderung gibt, die sie nicht bewältigen können, wenn sie nur zusammenhalten. Diese Stärke wurde später – leider mit Verzögerung – auch in Şengal an den Tag gelegt. Die kurdischen bewaffneten Einheiten der HPG/YJA-Star, YPG/YPJ sowie der Peşmerga befreiten im November des Jahres in einer gemeinsamen Offensive innerhalb einer Woche die Stadt Şengal.

Während in Rojava zum einen der militärische Widerstand immer mehr ausgeweitet und entwickelt wurde, verhängten die Türkei und die südkurdische Demokratische Partei Kurdistans (PDK) parallel dazu ein Embargo gegen die Selbstverwaltungen von Rojava. Nach der Befreiung Kobanês machten sich die Menschen an den Wiederaufbau ihrer zu drei Vierteln zerstörten Stadt. Die Bilder davon waren erschütternd. Übrig gebliebenen war eine in Ruinen zerfallene Geisterstadt. Mittlerweile konnten der Schutt und die Asche beseitigt und die hinterhältig gelegten Minen des IS geräumt werden. Die notwendige internationale Unterstützung für Kobanê lässt allerdings noch immer auf sich warten. Die bisherigen Wiederaufbauarbeiten wurden mit Unterstützung der Bevölkerung und internationalistischer Helfer vorangetrieben. Weltweit wurden Spenden gesammelt, Projekte für Krankenhäuser, Schulen, Wohnhäuser entwickelt. Allerdings tut sich die internationale Gemeinschaft schwer, ein Modell, das nicht ihren Vorstellungen entspricht, zu unterstützen.

1 Seit der Befreiung der Stadt wurden bislang acht Massengräber in der Stadt entdeckt.

Am 16. Juni kam es zu einem weiteren erfolgreichen Schlag gegen den IS, als Einheiten von YPG/YPJ und dem Bündnis Burkan al-Firat die seit 2012 von Dschihadisten und seit 2014 vom IS beherrschte Stadt Tall Abyad, oder kurdisch Girê Spî, befreiten.

In Girê Spî wurden durch die gemeinsame Arbeit der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) und der Vertreter örtlicher Clans ein Exekutivorgan sowie ein Rat gebildet. Das Exekutivorgan setzt sich aus sieben Arabern, vier Kurden, zwei Turkmenen und einem Armenier zusammen. Die Verteilung wurde entsprechend der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in der Stadt vorgenommen, ebenso sind beide Geschlechter repräsentiert. Des Weiteren wurde ein 113-köpfiger Rat gebildet – ebenfalls nach Proporz besetzt. Auch wenn die Initiative zum Aufbau dieser Strukturen auf die Kurden zurückgeht, widerspricht die beschriebene Zusammensetzung der Behauptung des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan, die Kurden hätten Girê Spî eingenommen. Diese Befreiung war ein wichtiger Schlag gegen den IS und dessen Unterstützung durch die Türkei. Der Grenzübergang zur Türkei bei Girê Spî wurde von Verteidigungseinheiten Rojavas übernommen, sodass ihn der IS in dieser Region nicht mehr benutzen konnte.

Nach der durch diese Befreiungsaktion bewirkten erfolgreichen Herstellung einer Verbindung zwischen den beiden Rojava-Kantonen Kobanê und Cizîrê kam es am 25. und 26. Juni in Kobanê zu Racheakten des IS gegen die Zivilbevölkerung mit mehr als 200 Toten. Im Stadtzentrum von Kobanê lieferten sich in den Morgenstunden des 25. Juni Angreifer des IS und Verteidigungseinheiten der YPG und YPJ schwere Kämpfe. Zeitgleich verübten mit YPG-Uniformen getarnte IS-Milizen im Dorf Berxbotan ein Massaker an der Zivilbevölkerung. Die IS-Angreifer dieses umfangreich geplanten und umgesetzten Massakers waren u. a. über die Türkei nach Rojava eingedrungen.

Das Modell Rojavas zielt immer darauf ab, alle ethnischen und religiösen Gruppen in der Region einzubeziehen. Ohne eine Demokratisierung Syriens ist auch das Modell Rojava, das sich als Teil eines demokratischen Syriens begreift, auf Dauer schwer haltbar. Vor diesem Hintergrund wurden 2015 die Bemühungen um Bündnisse mit anderen ethnischen und religiösen Gruppen verstärkt. Als Ergebnis dessen wurde am 10. Oktober die Gründung der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) bekannt gegeben. Die QSD sind vorerst ein militärisches Bündnis und bestehen u. a. aus den kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ), der sunnitisch-arabischen Armee der Revolutionäre (Dschaisch



Die Gedenkstätte Şehîdgeha Ronahî wurde durch einen Bombenangriff der Luftwaffe der Türkei vollständig zerstört.Zum Gedenken an das Massaker vom Oktober 1998 bei Şaxê in der Provinz Wan, bei dem neben Ronahî (Andrea Wolf) 23 weitere Mitglieder der Guerilla getötet worden sind, wurde 2013 die Gedenkstätte von der Bevölkerung errichtet. Ein Gästehaus, ein kleines Museum und ein Gebetshaus gehörten dazu. Schon direkt nach der Fertigstellung gab der Gouverneur von Wan den Auftrag, dass die Gedenkstätte zerstört werden soll. Die Bevölkerung aus der näheren Umgebung organisierte daraufhin einen ständigen Schutz für den Ort des Gedenkens. Bei dem Angriff am 29. November wurde die Gedenkstätte Şehîdgeha Ronahî vollständig dem Erdboden gleichgemacht. Foto: DIHA

ath-Thuwwar) und dem assyrisch-aramäischen Militärrat der Suryoye (MFS). Der YPG-Oberkommandierende Sipan Hamo erklärte als Ziel des Bündnisses, »eine neue Kraft zu bilden, die größer ist und die allen Syrern dienen kann, die sich eine Demokratie für Syrien wünschen. Diese neue Kraft, die QSD, vereint alle Völker Syriens. Sie umfasst Kurden, Araber, Assyrer, Turkmenen und andere«. Später wurde bekannt, dass die USA den QSD fünfzig Tonnen Waffen und Munition haben zukommen lassen. Auch war die Rede von der Entsendung von Experteneinheiten des US-Militärs, um die örtlichen Kräfte im Kampf gegen den IS zu unterstützen.

Die QSD eroberten zwischen dem 30. Oktober und dem 13. November bei Heseke (Al-Hasaka) über 1300 km² vom IS zurück, wodurch ihm wichtige Nachschubwege gekappt werden konnten. Die Befreiung der Stadt Al-Hol ist ebenfalls ihr Verdienst. Parallel dazu wurde auch in Irak die Stadt Şengal durch kurdische Einheiten befreit (s. o.).

Das Vorhaben der kurdischen Verteidigungskräfte sowie der QSD, das Gebiet zwischen den Kantonen Kobanê und Afrîn westlich des Euphrats vom IS und anderen dschihadistischen Gruppierungen wie Al-Nusra und Ahrar al-Scham zu befreien, um ihnen die neunzig Kilometer lange Grenze zur Türkei zu versperren, ist seit Längerem bekannt. Die Türkei wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, so hat sie schon mehrfach den Kanton Kobanê beschossen. Der türkische Ministerpräsident Davutoğlu erklärte, sie würden militärisch angreifen, wenn die Kurden den Euphrat nach Westen überschreiten sollten. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen (Anfang Dezember) kam es zu massiven Angriffen der von der Türkei unterstützten dschihadistischen Kräfte der Al-Nusra-Front und von Ahrar al-Scham auf den Kanton Afrîn.

Die Befreiung von Cerablus (Dscharabulus) und Azaz wäre ein weiterer schwerer Schlag gegen den IS in Syrien, der dann sowohl aus dem Norden als auch aus dem Westen verdrängt werden könnte.

Das wäre natürlich eine herbe Schlappe für die Türkei, die ihren Krieg in Syrien und Irak über Stellvertreter (sunnitische dschihadistische Gruppen) führt und auf diese Weise ihren Einfluss auf die Region zu stärken versucht.

Sie hält noch immer an ihrer Forderung fest, die syrische Grenzregion zur Türkei zur Flugverbotszone (Pufferzone) erklären zu lassen, um so zu verhindern, dass Rojava sich zu einem einzigen geografischen Gebilde verbindet.

In dieser Zwischenzeit haben die USA ihre Syrien-Politik revidiert. Dieser Sinneswandel ist u. a. auf das Scheitern ihres Programms zurückzuführen, mithilfe der Türkei eine arabische Streitmacht gegen die syrische Regierung sowie gegen den IS aufzubauen.[2]

Seit Oktober 2015 ist Russland, bekannt für seine Unterstützung des Assad-Regimes, militärisch in Syrien aktiv. Es versucht vor allem gegen diejenigen Kräfte vorzugehen, die gegen das Regime kämpfen. Russland wird vorgeworfen, nicht nur den IS, sondern auch die syrischen Oppositionellen zu bombardieren. Die Tatsache seiner militärischen Aktivität in Syrien hat das Kräfteverhältnis in diesem Konflikt nachhaltig verändert. Zum Ende des Jahres 2015 stellt sich Syrien als ein Land dar, in dem die international und regional relevanten Mächte wie die USA, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Russland, Türkei, Iran, syrisches Regime, Saudi-Arabien usw. nicht mehr über Stellvertreter ihren Krieg in Syrien führen, sondern mit eigener militärischer Präsenz ins Feld treten. Die Konferenz in Wien hat dieses Bild auf politischer Ebene auch noch einmal unterstrichen.

Sowohl die internationale Koalition als auch Russland haben ein Interesse daran, die kurdischen Verteidigungskräfte auf ihrer Seite zu haben, weil diese die effektivsten Bodentruppen gegen den IS sind. Aber niemand von ihnen spricht von einer offiziellen Anerkennung der Kurden sowie ihrem Status.

Die aufgrund ihrer unterschiedlichen Annäherung an das syrische Regime ohnehin schlechten bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Russland erreichten einen neuen Tiefpunkt, seitdem die Türkei am 24. November einen russischen Kampfjet abgeschossen hatte. Russland hat mit einer Reihe von Sanktionen reagiert und angekündigt, die Türkei werde ihr Handeln bereuen. Russland erklärte seit dem ersten Tag, dass die Türkei den IS in Syrien unterstütze. Vor allem im Erdölhandel mit dem IS sei die Türkei ein wichtiges Abnehmerland. Diese bestreitet das, während Russland mit Beweismaterial droht. Es bleibt abzuwarten, wie sich ihr Verhältnis weiter entwickeln wird. Ohne dass dieser Zwischenfall beigelegt wurde, hat sich die Türkei den nächsten fragwürdigen und rechtswidrigen Vorstoß in der Region erlaubt. Türkische Panzer und mehrere Hundert Soldaten stießen Anfang Dezember in Irak bis nach Mûsil vor. Die offiziellen Stellungnahmen der Türkei und Iraks zu diesem Vorfall stimmen nicht überein. Ersterer zufolge sei die irakische Zentralregierung informiert worden, während Letzterer erklärte, die Türkei sei ohne vorherige Bekanntgabe und Zustimmung der Zentralregierung einmarschiert. Der irakische Staatspräsident forderte die Türkei zum Abzug auf und stellte dafür ein Ultimatum von 48 Stunden.

Der Vorfall ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen noch sehr aktuell; es hat den Anschein, als versuche die Tür-

2 Programm zur »Ausbildung und Ausrüstung«.

kei ihre in Syrien verlorenen Einflussmöglichkeiten in Irak zurückzugewinnen.

Zusammengefasst bleibt für Rojava im Hinblick auf das vergangene Jahr festzuhalten: Das Modell hat sich trotz vielseitiger Angriffe weiter gefestigt und zu einem demokratischen Vorbild für die Menschen und Völker der gesamten Region entwickelt.

Schauen wir uns jetzt das Nachbarland Syriens/Rojavas an, die Türkei und Nordkurdistan.

Welche Rolle die Türkei in Syrien/Rojava im vergangenen Jahr gespielt hat, habe ich bereits versucht darzustellen. Aber wie eingangs erwähnt haben sich die Entwicklungen in Rojava das ganze Jahr über auch direkt auf die Innenpolitik der Türkei ausgewirkt.

Bereits zu Anfang des Jahres 2015 war der Lösungsprozess aufgrund der antikurdischen Politik der AKP-Regierung im Hinblick auf Rojava eingefroren gewesen. Während das kurdische Volk seit 2014 fast sechs Monate lang weltweit mit allen Mitteln erst für die êzîdischen Kurden, später auch für Kobanê auf die Straße ging und Unterstützung mobilisierte, hatte Erdoğan mit Freude den nahen Fall Kobanês verkündet. Das Vorankommen des IS bis ins Stadtzentrum von Kobanê führte zwischen dem 6. und dem 8. Oktober 2014 zu einem Aufstand der Bevölkerung in der Türkei und Nordkurdistan, der von den Sicherheitskräften des Staates mit äußerster Brutalität angegriffen wurde. Dabei kamen mindestens fünfzig Personen ums Leben. Die AKP-Regierung nutzte diese Gelegenheit, um die Verantwortung für die Ausschreitungen und Todesfälle der Demokratischen Partei der Völker (HDP) zuzuschreiben und eine Hetzkampagne gegen sie und ihren Kovorsitzenden Selahattin Demirtaş zu beginnen, die eigentlich seitdem ununterbrochen anhält. Erdoğan bezeichnete Demirtaş als Mörder und machte ihn zur öffentlichen Zielscheibe.

Dieser Volksaufstand richtete sich direkt gegen die Unterstützung der türkischen Regierung für den IS bei dessen grausamem Kampf gegen das kurdische Volk. Immer wieder tauchten Bilder auf, die diese Zusammenarbeit belegten. In den Tagen, an denen die Bevölkerung an der Grenze bei Pirsûs (Suruç) Tag und Nacht die Kämpfe auf der anderen Seite der Grenze mitverfolgte, wurden immer wieder ungehinderte Grenzübertritte von IS-Mitgliedern beobachtet.

Nachdem Kobanê durch den unglaublichen Widerstand nach 135 Tagen hatte befreit werden können, kam es zu einer interessanten Episode. In der Nacht zum 22. Februar 2015 evakuierte die Türkei mithilfe der YGP die Grabstätte Süleyman Şahs *[einer historischen Gestalt der türkischen Geschichte in Anatolien]*. Seine sterblichen Überreste wurden nach Aschme im Kanton Kobanê gebracht, um das Grabmal wiederzuerrichten.

Die kurdische Seite setzte mit diesem Ereignis ein Zeichen des guten Willens, um zu zeigen, dass ein Bündnis zwischen Kurden und Türken im Interesse der Türkei läge und daher nicht nachvollziehbar sei, warum die Kurden für die Türkei gefährlicher sein sollten als der IS. Auch kam es mehrmals zu diplomatischen Gesprächen zwischen Vertretern der PYD und der Türkei, in denen die Kurden die Türkei davon zu überzeugen suchten, dass Rojava in keiner Weise die Absicht habe, die türkische Republik zu gefährden.

In der gesamten Zeit versuchte der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan die Stagnation im Friedensprozess zu durchbrechen und von einem Gesprächs- in einen Verhandlungsprozess überzuleiten. Der Friedensprozess erreichte seinen Höhepunkt am 28. Februar 2015. An jenem Tag fand im Istanbuler Dolmabahçe-Palast eine Pressekonferenz statt, an der auf der einen Seite der Vizeministerpräsident, der Innenminister, der Fraktionsvize der Regierungspartei und der Staatsminister für öffentliche Ordnung und auf der anderen Seite drei Parlamentsabgeordnete der HDP teilnahmen. Dabei wurde eine Zehn-Punkte-Deklaration Abdullah Öcalans vorgestellt, die prinzipielle Etappen für die Lösung der kurdischen Frage sowie für die Demokratisierung der Türkei enthielt. Im Falle einer Einigung über diese Punkte wollte er zur Entwaffnung der PKK aufrufen. Er äußerte seinen Willen, den bewaffneten Kampf gegen die Türkei zu beenden, sofern eine Übereinkunft erzielt werden würde.

In seiner Newroz-Erklärung am 21. März 2015 unterstrich Öcalan seine Botschaft erneut: »Der Kampf für Demokratie, Freiheit, Geschwisterlichkeit und einen würdevollen Frieden, den wir für die Völker unseres Landes geführt haben, steht heute an einer historischen Schwelle. So wie der seit 40 Jahren mit viel Schmerz geführte Kampf unserer Bewegung nicht fehlgeschlagen ist, so ist er auch an eine Stufe angelangt, an dem er nicht wie bisher fortgeführt werden kann. Die Geschichte und unsere Völker fordern von uns eine dem Geist unserer Zeit angemessene demokratische Lösung und einen Frieden. Auf dieser Grundlage stehen wir mit der vor uns allen offiziell ausgerufenen 10-Punkte-Deklaration im Dolmabahçe-Palast vor der Aufgabe eine neue Phase einzuleiten.

Gemeinsam mit einer Grundsatzvereinbarung bezüglich der Deklaration sehe ich auch die Notwendigkeit eines historischen Kongresses der PKK, mit dem der seit 40 Jahren gegen die türkische Republik geführte bewaffnete Kampf für beendet erklärt und eine neue zeitgemäße politische und gesellschaftliche Strategie und Taktik bestimmt wird. Ich hoffe, dass wir in



Am 21. März 2015 wurde vor hunderttausenden Menschen die Newroz-Botschaft Abdullah Öcalans verlesen. Foto: DIHA

kürzester Zeit zu dieser Grundsatzvereinbarung gelangen und mit der Bildung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission bestehend aus Parlamentsabgeordneten und der Beobachtungsdelegation eine erfolgreiche Realisierung dieses Kongresses erleben werden. Mit dieser neuen Etappe treten wir innerhalb der Republik Türkei mit unserer demokratischen Identität als demokratische Gesellschaft, auf der Grundlage einer freien und gleichberechtigten verfassungsmäßigen Bürgerschaft, in die Phase des friedlichen und geschwisterlichen Lebens. Auf diese Weise schreiten wir von der 90-jährigen Geschichte der Republik voller Auseinandersetzungen und Konflikte zu einer Zukunft des wirklichen Friedens, welcher auf den universellen Werten der Demokratie beruht.«[3]

Als klar war, dass Abdullah Öcalan auch in seiner Newroz-Botschaft die PKK nicht bedingungslos zur Einstellung ihrer militärischen Aktivitäten gegen den türkischen Staat aufrief, begann Erdoğan zurückzurudern. Dieser hatte die Dolmabahçe-Deklaration und die Nerwoz-Botschaft Öclalans mit Bauchschmerzen zugelassen, in der Hoffnung, Öcalan würde die PKK zur Einstellung des bewaffneten Kampfes gegen die Türkei veranlassen und er selbst könnte dann den AKP-Wahlsieg auf die »Entwaffnung« der PKK stützen. Als jedoch klar wurde, dass der Friedensprozess der AKP keine zusätzlichen Stimmen einbringen würde, hat sie umgeschwenkt, um die nationalistischen Stimmen auf sich zu vereinen. Erdoğan ging so weit, die Existenz der Kurden erneut zu verleugnen, und erklärte, von der kurdischen Frage zu sprechen, sei Verrat. Abermals wurde der Friedensprozess mit der Verhängung einer Gesprächssperre für Öcalan, d. h. seiner Totalisolation, beendet. Der letzte Besuch einer HDP-Delegation auf der Gefängnisinsel Imralı war am 5. April 2015. Der Friedensprozess wurde nicht wie behauptet erst im Juni oder Juli beendet, sondern die AKP hat ihn einseitig im April abgebrochen.

Der Eintritt in die Wahlphase war in der Türkei vom Widerstand und der Befreiung Kobanês bestimmt. Ermutigt durch Abdullah Öcalan beschloss die HDP, die aufgrund der antikurdischen Wahlhürde von zehn Prozent bislang mit unabhängigen Kandidaten hatte antreten müssen, als Partei bei den Parlamentswahlen zu kandidieren.

Nachdem sie diesen Beschluss öffentlich gemacht hatte, begannen Erdoğan und die gesamte AKP-Führung mithilfe der von ihnen kontrollierten Medien eine Kampagne gegen sie. Im Falle eines Bezwingens der Wahlhürde wäre für Erdoğan und die AKP der Gewinn der verfassungsändernden Mehrheit unmöglich geworden, um das angestrebte Präsidialsystem und somit Erdoğans Alleinherrschaft zu installieren. Sogar die Parlamentsmehrheit wäre nicht mehr gesichert gewesen.

Während die HDP ihren Wahlkampf darauf gründete, die AKP-Diktatur sowie Erdoğans Traum vom Präsidialsystem zu verhindern, um die Demokratisierung der Türkei voranzubringen, richtete die AKP ihre Kampagne allein auf den Kampf ge-

3 https://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2015/03/11.htm

gen die HDP aus. Es war eine regelrechte Kriegserklärung. Die ganze Welt konnte beobachten, wie die Verbalattacken gegen die HDP zunehmend in physische Gewalt mündeten. Der türkische Menschenrechtsverein IHD zählte allein während des Wahlkampfs für die Juniwahlen 168 Angriffe auf Parteibüros, Kundgebungen und Mitglieder der HDP.

Der Bombenanschlag in Amed (Diyarbakır) auf einer HDP-Wahlkundgebung stellte den Höhepunkt dar. Ein als IS-Mitglied identifizierter Mann ließ inmitten der Menschenmengen zwei Bomben hochgehen. Es kam zu vier Toten. Nur durch die Aufmerksamkeit der HDP konnte Schlimmeres verhindert werden.

Das Wahlergebnis fiel sehr klar aus: Die Wähler verweigerten Erdoğan die absolute Mehrheit und zeigten seinem Projekt des »Präsidialsystems« die Rote Karte. Die HDP hingegen kam auf 13,1 % der Stimmen. Gewinner und Verlierer waren eindeutig bestimmt.

Hätte die AKP den Willen der Bürger akzeptiert, so hätten wir heute eine andere Türkei. Aber der Partei, die sich in ihrer Regierungszeit der Korruptionsaffären und unzähliger Morde in Roboskî, Gezi, Paris und in vielen anderen Fällen schuldig gemacht hatte, blieb nichts anderes übrig, als sich mit allen Mitteln an die Macht zu klammern. Am 8. Juni nahm sie eine Haltung ein, mit der sie das Wahlergebnis ignorierte, um ihre »verlorene Macht« zurückzugewinnen. Sie tat vorerst so, als respektiere sie die Entscheidung des Volkes, indem sie Koalitionsgespräche führte, die sie dann anschließend für gescheitert erklärte. Das Land wurde aber in dieser Zwischenzeit ins Chaos getrieben. In Kurdistan wurde mit bewaffneten und blutigen Provokationen der Waffenstillstand offiziell beendet. Die AKP erklärte diese Instabilität und das Chaos damit, dass ihr die Mehrheit im Parlament verweigert worden sei. Sie startete eine regelrechte Bestrafungskampagne gegen den Wählerwillen.

Nur sechs Wochen nach der Parlamentswahl kam es am 20. Juli in Pirsûs (Suruç) zu einem weiteren Selbstmordanschlag. Auch hier wurden die Täter als IS-Mitglieder identifiziert. Dieses Mal kamen 34 junge Menschen ums Leben und Hunderte wurden verletzt. Die Opfer hatten sich in Pirsûs vorübergehend aufgehalten, um weiter nach Kobanê zu reisen, wo sie sich am Wiederaufbau der Stadt beteiligen wollten. Es war ein gezielter Angriff auf die linksdemokratischen Kräfte in der Türkei, die trotz der Teile-und-herrsche-Politik des Regimes mit der kurdischen Bewegung näher zusammengerückt und, wie die HDP eindrucksvoll beweist, in einem Demokratieblock vereint waren.

Diesen Anschlag nahm die AKP zum Anlass, um zu erklären, sie würde der internationalen Koalition gegen den IS beitreten und aktiv an dessen Bekämpfung teilnehmen. Die westlichen Verbündeten begrüßten die Entscheidung, doch statt den IS zu bekämpfen, begann die AKP ab dem 24. Juli einen umfassenden Krieg gegen das kurdische Volk. Erdoğan selbst erklärte den »Friedensprozess« und den seit 2013 anhaltenden Waffenstillstand offiziell für beendet. Daraufhin bombardierten Kampfflugzeuge über 400 Mal Stellungen der PKK. Um ihre Kriegserklärung zu verschleiern, verbreiteten AKP-Sprecher lautstark die große Lüge, es werde parallel auch gegen den IS vorgegangen. Am 24. Juni wurden lediglich drei »leere« Gebiete des IS bombardiert. Während in der Türkei/Kurdistan annähernd 2 000 HDP-Mitglieder festgenommen wurden, kamen angeblich circa 100 IS-Leute in Gewahrsam, viele von ihnen sind wieder freigelassen worden. Inzwischen ist in der Türkei auch öffentlich gar nicht mehr die Rede vom Kampf gegen den IS.

Auch wenn sich diese Lüge nur einige Tage halten konnte, so war sie wirksam. Zuvor hatte der Druck der US-Amerikaner auf die Türkei zugenommen gehabt. Die westlichen Kräfte hatten begonnen, die »Beweise« für die Waffenlieferungen der AKP an den IS sowie für die Ölgeschäfte mit ihm aus der Schublade zu holen. Als die Qualität dieser Dokumente eine Dimension anzunehmen drohte, mit der die AKP-Führung vor ein internationales Strafgericht hätte gestellt werden können, genehmigte die »abgewählte« AKP-Regierung die Nutzung des NATO-Luftwaffenstützpunktes Incirlik für US-Kampfflugzeuge und erhielt im Gegenzug grünes Licht für ihren Krieg gegen die Kurden.

Die militärischen Angriffe dauern noch immer an. Bei den anhaltenden Luftangriffen auf das Qandîl-Gebirge in Südkurdistan/Nordirak verübte die türkische Luftwaffe ein Massaker an der Zivilbevölkerung. Die Kampfjets bombardierten in der Nacht zum 1. August ab vier Uhr das ausschließlich von Zivilisten bewohnte Dorf Zergelê. Dabei kamen acht Zivilisten ums Leben, fünfzehn weitere Menschen wurden schwer verletzt.

Die KCK erklärte zur Kriegspolitik der Türkei: »Mit diesen Angriffen hat die AKP-Regierung die Bemühungen des Vorsitzenden der PKK Abdullah Öcalan auf einen dauerhaften Waffenstillstand einseitig beendet. Die unerschütterlichen Friedensbemühungen des Herrn Öcalan wurden seitens der AKP-Regierung seit dem 5. April 2015 mit einer Totalisolation beantwortet und von Kurdenfeindlichkeit begleitet. Daneben wurde die türkische Armee, welche sich seit der Dialogphase von 2013 mit den kurdischen Volksverteidigungskräften HPG im Waffenstillstand befindet, immer wieder von der AKP gehetzt und provoziert. Trotz aller Provokationen vonseiten der Armee haben die HPG-Streitkräfte den Waffenstillstand aufrechterhalten. Jedoch wurde mit den umfangreichen und

großräumigen Luftangriffen des türkischen Staates und Militärs vom 24. Juli der Waffenstillstand einseitig beendet und damit einhergehend der kurdischen Seite der Krieg erklärt.«

Die AKP-Regierung hat den Krieg gegen die Kurden auf allen Ebenen aufgenommen. Während die grenzüberschreitenden Militärangriffe gegen die PKK-Stellungen anhalten, führt sie auch gegen die Bevölkerung im Landesinneren Krieg. So werden Friedhöfe gefallener PKK-Kämpfer bombardiert und ermordete Kurden werden hinter den Panzer gebunden und durch die Stadt geschleift. Ein besonders schreckliches Beispiel ereignete sich am 15. August, als die PKK-Guerillakämpferin Kevser Eltürk (Ekin Van) in Gimgim (Varto) von türkischen Sicherheitskräften ermordet, ihr Leichnam anschließend misshandelt und nackt durch die Straßen geschleift wurde.

Regelmäßig werden in Nordkurdistan Städte oder Stadtteile über Wochen hinweg belagert, Ausgangssperren verhängt und Scharfschützen postiert. Strom und Wasser werden abgestellt, die Städte beschossen. Kinder, Frauen, ältere Menschen werden vor ihrer Haustür erschossen. Mütter müssen die Leichname ihrer Kinder in Kühltruhen aufbewahren, weil sie nicht ihre Häuser verlassen und die Leichname beerdigen dürfen. Menschen sterben, weil sie nicht zum Arzt gehen dürfen. Auf Wänden hinterlassen die Sondereinheiten rassistische, kolonialistische Parolen wie »Sei stolz, wenn du Türke bist. Wenn du keiner bist, dann diene!« oder »Ihr werdet die Kraft der Türkei noch sehen!«.

Nach Pirsûs wurden dann am 10. Oktober 2015 bei einer Friedenskundgebung im Herzen Ankaras vor dem Hauptbahnhof zwei Selbstmordattentate verübt. Die traurige Bilanz: mehr als hundert Tote und Hunderte Verletzte. Auch hier sollen es zwei IS-Mitglieder gewesen sein, die den Behörden zuvor bekannt gewesen waren. Die Frage wurde immer lauter gestellt: Setzt die Türkei den IS auch gegen die Opposition im eigenen Land ein? Stellt der IS in der Türkei die neuen Todesschwadronen im Auftrag des Staates?

Laut Menschenrechtsverein IHD wurden in der Zeit nach den Wahlen vom 7. Juni 2015 bis zum 9. November in der Türkei insgesamt 262 Zivilisten getötet. Es vergeht kaum ein Tag, an dem in der Region nicht Zivilisten von »Sicherheitskräften« getötet werden. Viele sagen, die Türkei sei in die 1990er Jahre zurückgekehrt. Ich würde sogar behaupten, der Staatsterror übertrifft den der 90er. Was dort geheim, verdeckt durchgeführt wurde, wird heute offen und offiziell vollzogen.

Der jüngste Mord an Tahir Elçi, dem Vorsitzenden der Anwaltskammer von Amed, am 28. November auf offener Straße beweist das erneut. Er war von der AKP und ihren Medien öffentlich angegriffen worden, weil er sich geweigert hatte, die PKK als Terrororganisation zu betrachten. Nach kurzer Festnahme wurde er zum Abschuss freigegeben.

Die AKP-Regierung hat auch in diesem Jahr ihre Angriffe auf oppositionelle Journalisten und Medien und die Repression gegen sie nicht reduziert. Erst vor Kurzem wurden die bekannten Journalisten Can Dündar und Erdem Gül fest-



Während einer öffentlichen Erklärung an die Presse wurde Tahir Elçi, Vorsitzender der Anwaltskammer von Amed, am 28. November auf offener Straße erschossen. Er war von der AKP und ihren Medien öffentlich angegriffen worden, weil er sich geweigert hatte, die PKK als Terrororganisation zu betrachten. Foto: DIHA



genommen. Der Zeitung Cumhuriyet und den Journalisten wird vorgeworfen, Staatsgeheimnisse veröffentlicht zu haben. Sie hatten über die Lkws des türkischen Geheimdienstes MIT berichtet, mit denen Waffen nach Syrien transportiert worden waren.

Nachdem die Kurden in Nordkurdistan versucht hatten, die Diktatur der AKP auf politischem und parlamentarischem Wege zu verhindern, was ihnen auch am 7. Juni gelungen war, verlagerten sie ihren Demokratiekampf auf die kurdischen Gebiete, indem sie ihre demokratischen Selbstverwaltungen ausriefen, nachdem die AKP durch einen zivilen Putsch jedweder oppositionellen Arbeit den parlamentarischen Weg versperrt hatte. Das Projekt der Kurden »Demokratische Republik Türkei – Demokratische Autonomie Kurdistan« wird nun einseitig umgesetzt, nachdem der AKP-Staat den Friedensprozess beendet und den politischen Weg gewaltsam zerstört hat. Über das Projekt der Selbstverwaltungen soll unter anderem die Dezentralisierung der Türkei vorerst de facto umgesetzt werden.

Das alles zeigt, dass die Wahlergebnisse der Wiederholungswahl vom 1. November in keiner Weise als demokratisch legitimiert zu betrachten sind. Die AKP hat sich den Weg zur Macht wortwörtlich freigebombt. An der Macht zu sein, ist eine Sache, zu regieren eine andere. Die AKP sagte in der Anfangszeit ihrer Regierungsära: »Wir sind zwar an der Regierung, aber nicht an der Macht.« Denn damals hielt eine illegitime kemalistische Staatselite auf den Schlüsselpositionen die Macht. Heute nach dreizehn Jahren an der Macht hat die AKP hingegen ihre Legitimität zu regieren vollkommen verloren. Regieren bedeutet, bestehende Probleme zu lösen, und nicht, vorhandene und neue Probleme zu schüren. Die AKP hat 2015 noch mehr verdeutlicht, dass sie ein wesentlicher Teil der Probleme in der Türkei/Nordkurdistan und der gesamten Region ist.

Trotz dieser Realität ist die Unterstützung aus dem Westen für die AKP nicht zu übersehen.

Der AKP wurde freie Hand gegeben im Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung. Obwohl sie das zweite Wahlergebnis vom 1. November mit Gewalt, Angst und Terror erzwungen hat, erhielt sie durch den Besuch von Bundeskanzlerin Merkel politische Unterstützung. Die deutsche Bundesregierung war das ganze Jahr über beim Kampf gegen die kurdische Freiheitsbewegung äußerst fleißig, und das trotz des Wahrnehmungswandels in der Öffentlichkeit gegenüber der PKK. Ein Rekord der Festnahmen kurdischer Aktivisten in Deutschland ist dessen Ergebnis. Während der Abfassung dieses Artikels sitzen in Deutschland acht kurdische Politiker gemäß § 129b in Haft und wurden oder werden derzeit verurteilt. Auch ist der unerwartet schnelle Abschluss des Verfahrens gegen vermeintliche Mitglieder des türkischen Geheimdienstes MIT, die in Deutschland Informationen über Oppositionelle sammeln sollten, als Zugeständnis an die AKP zu werten.

Zum Jahresende sollte das Verhältnis Europas zur AKP immer paranoider werden. Genau mit der AKP, die aufgrund ihrer Fehlpolitik in Syrien für die vielen Flüchtlinge dort mitverantwortlich ist, sollten großzügige Zugeständnisse gemacht werden, damit genau derselbe AKP-Staat das »Flüchtlingsproblem« Europas löst. Mensch könnte den Eindruck gewinnen, dass der Krieg der AKP gegen die Kurden Europa sehr gelegen kommt. Dazu fällt mir als Abschluss des Jahresrückblicks ein passendes Zitat aus Goethes Faust ein:

»Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit, in der Türkei,
Die Völker aufeinander schlagen.
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach Haus,
Und segnet Fried und Friedenszeiten.« ♦

Drei kurdische Frauen, Charlie Hebdo, das Pariser Massaker vom 13. November …

Vertuschte Wahrheiten und ihre Folgen

Maxime Azadi



Jedes nicht aufgeklärte Verbrechen hat nachfolgenden die Tür geöffnet. Jede Vertuschung eines Verbrechens ist eine Einladung zu einem weiteren. Die Mitwirkung, bzw. schärfer ausgedrückt die Mitschuld, tritt dann als Mittäterschaft an den politischen Morden in Erscheinung. Geheimdienste, Politiker, Verschwörungen, geheime Beziehungen, politische und ökonomische Interessen im Umfeld der Auftragsmörder haben um die Mordtaten herum ein weites Netzwerk geschaffen.

Vor drei Jahren, am 9. Januar 2013, wurden im Zentrum von Paris drei kurdische revolutionäre Frauen durch Kopfschüsse ermordet. Jede Frau wurde von drei Kugeln im Kopf getroffen. Am helllichten Tag. Sie hielten sich in der Rue la Fayette 147 auf. Es handelte sich um das Büro des Kurdistan-Informationszentrums. Die Leichen der drei Revolutionärinnen lagen stundenlang auf dem Boden. Einen ganzen Nachmittag lang antworteten sie nicht auf Telefonanrufe. Niemand öffnete die Tür. Als Freunde, die sich Sorgen gemacht hatten, die Tür aufbekamen, war es schon nach Mitternacht. Der nächste Tag hatte schon begonnen und der Kalender zeigte den 10. Januar und die Uhren ein Uhr nachts an.

Als man die drei Leichen auf dem Boden des Büros liegen sah, entwickelte sich dieser erste Schock zum gesellschaftlichen Schock für alle Kurdinnen und Kurden. Als feststand, dass es sich um eine Mitbegründerin der PKK, Sakine Cansız (Sara), die Pariser Vertreterin des Nationalkongresses Kurdistan (KNK), Fidan Doğan (Rojbîn), und ein Mitglied der kurdischen Jugendbewegung, Leyla Şaylemez (Ronahî), handelte, kam es auf der gesamten Welt zu einem Aufschrei.

Vom ersten Moment an war die Situation für die Kurden klar. Es gab keinerlei Zweifel. Dies war ein politischer Mord und die Türkei stand dahinter. Diesen Dreifachmord hatte ein in die kurdische Bewegung eingeschleuster Auftragsmörder begangen. Ein Jahr zuvor war er von Deutschland nach Paris zurückgekehrt und hatte Beziehungen zur kurdischen Bewegung aufgebaut. Der Mörder namens Ömer Güney war gegen Ende 2011 Mitglied im kurdischen Verein in Villiers-le-Bel geworden und versuchte sich später stets kurdischen Militanten zu nähern.

Der nach den Morden in der Rue la Fayette 147 festgenommene Ömer Güney wies die Anschuldigungen zurück. Aber Überwachungskameras in der Umgebung zeigten, wie er kurz nach den Morden das Gebäude verlassen hatte. Zudem wurde die DNA eines Opfers auf der Jacke von Güney entdeckt und an seiner Tasche waren Schmauchspuren.

Ein Jahr nach den Morden, im Januar 2014, tauchten nacheinander mehrere Hinweise auf. In der Türkei lieferten sich gerade die Regierung Recep Tayyip Erdoğans und die Gülen-Bewegung einen Machtkampf. In dieser Phase wurde im Internet zunächst eine Tonaufnahme veröffentlicht. Darin war zu hören, wie Ömer Güney mit zwei türkischen Agenten Mordpläne schmiedet. Es werden Morde an verschiedenen kurdischen Politikern abgewogen und er teilt mit, dass er eine Waffe benötigt. Zwei Tage später, also am 14. Januar 2014, wird ein Dokument veröffentlicht, in dem der Mörder

Maxime Azadi ist ein kurdischer Journalist. Derzeit arbeitet er für die Nachrichtenagentur Firatnews (ANF) und den Nachrichtensender MedNûce.

mit dem Attentat beauftragt wird. Auf dem Dokument vom 18. November 2012 sind die Unterschriften von Verantwortlichen des türkischen Geheimdienstes MIT.

Einige Tage nach dem Auftauchen der Beweise, ebenfalls im Januar, vereitelten die Ermittler einen Fluchtplan von Ömer Güney. Quellen aus dem näheren Umfeld der Ermittler ließen verlauten, dass der seit dem 21. Januar 2013 in Untersuchungshaft befindliche Mörder mit Hilfe eines Geheimdienstmitglieds aus dem Gefängnis zu flüchten geplant habe.

Die ermittelnde Staatsanwältin Jeanne Duyé schloss im Mai 2015 die Ermittlungen ab und leitete sie am 13. August an das Strafgericht Paris weiter. In der Anklageschrift zum Mord an Sara, Rojbîn und Ronahî sind deutlich die Verbindungen zur Türkei aufgeführt. Es gibt keinerlei Zweifel mehr. Der türkische Geheimdienst steht hinter diesen Morden.

Der Tatverdächtige wird in der Anklageschrift beschuldigt, »in Verbindung mit einer terroristischen Organisation einen Mord begangen« zu haben. Die Ermittler haben festgestellt, dass der MIT zu den Morden angestiftet hat und an den Vorbereitungen beteiligt war. Es ist nur nicht deutlich geworden, ob der Befehl zu den Morden aus den obersten Etagen des Staates kam oder nicht. Der Verdacht, dass die Morde als Sabotageakt gegen die Friedensgespräche zwischen PKK und Ankara gerichtet waren, ist hingegen in die Ermittlungsakten eingegangen. Ankara hat zu keiner Zeit etwas zur Erleichterung der Ermittlungen getan. Die in Frankreich geführten Untersuchungen endeten an Ankaras Türen. Die türkischen Behörden lehnten es ab, ihre Hinweise mit den Ermittlern zu teilen. Dabei hatten diese festgestellt gehabt, dass der Verdächtige vor den Morden einige Male heimlich in die Türkei gereist war und mit Krypto-Telefonen telefoniert hatte. Auf seinem Handy waren zahlreiche Fotos von kurdischen Militanten und Sympathisanten gefunden worden.

Der französische Geheimdienst hat die »staatliche Geheimhaltung« eines sehr kleinen Teils seiner Informationen über die kurdischen revolutionären Frauen aufgehoben. Aber diese Informationen beinhalteten keine neuen Details, sie waren der Öffentlichkeit schon bekannt gewesen. Daher hat auch der französische Geheimdienst nicht wirklich überzeugende Schritte getan, um den Verdacht an seiner Involvierung in die Morde aus dem Weg zu räumen. Die intensiven Beziehungen der französischen mit den unterdrückerischen türkischen Machthabern vor und nach den Morden und seine andauernde antikurdische Politik stellen für Frankreich eine große Verantwortung dar.

Wegen der Zusammenarbeit der französischen Regierungen mit unterdrückerischen Regimes wurde dieses Terrain stets als Operationsraum genutzt. Und jedes Mal wurde nicht dagegen angegangen. Die türkischen Exekutionskommandos benutzen seit den 80ern Frankreich als Operationszentrum. Die Schlüsselfigur des Susurluk-Unfalls von 1996, Abdullah Çatlı, wurde zur Zeit des Putschisten Kenan Evren gegen die Armenier eingesetzt. In vielen Regionen Europas und allen voran in Frankreich wurden Attentate und Bombenanschläge auf Armenier begangen.

Die undurchsichtigen Morde sind nicht nur darauf beschränkt. Dulcie September, eine Frauenvertreterin aus Südafrika, und Ben Barka, marokkanischer Oppositioneller, waren 1988 bzw. 1965 Opfer solcher »Morde unbekannter Täter«. Diese Morde sind nie aufgeklärt worden. Iranische Oppositionelle, Tamilen und für das Baskenland kämpfende ETA-Mitglieder fielen ähnlichen undurchsichtigen Morden zum Opfer.

Jedes Mal, wenn ein politischer Mord im Dunkeln blieb und nicht aufgeklärt wurde, folgte ihm ein weiterer. Die fehlende Entschiedenheit der französischen Behörden bei der Aufklärung der Morde an den drei kurdischen Frauen hat so nicht verhindert, dass durch die Hand der Türkei weitere politische Morde folgten. Jeder Mord wurde wie ein weiteres Glied in diese Kette eingefügt. Es darf nicht vergessen werden, dass alles miteinander in Verbindung steht. Das gilt für die Welt der Atome ebenso wie für die Welt der Politik.

Der zwei Jahre nach diesem Dreifachmord an den kurdischen Revolutionärinnen verübte Anschlag auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo am 7. Januar 2015 ist nicht unabhängig davon zu sehen. Auch die zeitgleichen Anschläge in Paris Monate später am 13. November, bei denen 130 Menschen getötet wurden, sind ein weiteres Glied in dieser Kette. Der gemeinsame Nenner für den 9. Januar 2013, den 7. Januar und den 13. November 2015 sind die Türkei und Kollaboration. Die Verbindungen zwischen dem unmenschlichen IS, der die Anschläge auf Frankreich durchgeführt hat, und der Türkei sind kein Geheimnis. Auch die engen Beziehungen zwischen Frankreich und der Türkei in der Syrien-Krise nicht. Trotz unterschiedlicher Abstufungen bedeuten das Ignorieren der Beziehungen und Verantwortlichkeiten, das Verschleiern von Wahrheiten, neuen Massakern die Tür zu öffnen. Auch wenn die türkischen Dienste die grundlegend Verantwortlichen für die Ermordung der drei kurdischen Revolutionärinnen sind, so können die französischen Behörden ihre eigene Verantwortung dennoch nicht leugnen. Die Aufklärung undurchsichtiger Morde, eine radikale Haltung zu Massakern, die Neubewertung der Beziehungen zu unterdrückerischen Regimes sind für die Zukunft ein Muss. Für die Gerechtigkeit sind die wirkliche Konfrontation und eine offene, entschiedene und klare Position notwendig. Und dafür eine neue Außenpolitik und eine gerechte Beziehung zu den Kurden. ♦


Foto: DIHA

Über die Kriegspolitik in Nordkurdistan

»Die Berge und Straßen werden sich vereinigen«

Michael Knapp

Michael Knapp ist Historiker und Autor. Er ist Mitglied des Kurdistan-Solidaritäts-Komitees in Berlin.

Jeden Tag überschlagen sich die Nachrichten über neue Angriffe, neue von Kräften des türkischen Staats umgebrachte Zivilist_innen; seit dem 07.06.15 sind es mehr als 150 Zivilist_innen jeden Alters, die von türkischen Sicherheitskräften umgebracht wurden, in derselben Periode wurden mindestens 140 Friedensaktivist_innen durch den von der Türkei unterstützten Islamischen Staat (IS) ermordet. Seit der für die Demokratische Partei der Völker (HDP) erfolgreichen Parlamentswahl am 07.06. und der damit zusammenhängenden Verhinderung der absoluten Mehrheit für die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) hat der türkische Staat zu einer Eskalations- und Kriegspolitik gegriffen, die nur mit der in den blutigen 1990er Jahren zu vergleichen ist. Das Votum der Bevölkerung gegen eine absolute AKP-Mehrheit wurde nicht akzeptiert, stattdessen verhinderte das Übergangskabinett systematisch eine Regierungsbildung und bekundete offen, auf Neuwahlen zu setzen. Hinzu kommt eine Welle von Übergriffen auf die Zivilgesellschaft und die in Waffenstillstandsposition befindliche Guerilla. Schon vor der Wahl war durch verschärfte Militäroperationen alles versucht worden, um ein Ende des einseitigen Waffenstillstands zu erzwingen. Terroranschläge am 05.06. in Amed (Diyarbakır) und am 20.07. in Pirsûs (Suruç) töteten mehr als 140 Menschen und machten jeglichen Wahlkampf der HDP unmöglich, aus Sicherheitsgründen sagte sie alle Wahlveranstaltungen ab. Eine von der AKP angestachelte Pogromwelle gegen kurdische Strukturen tobte über die Türkei und mit der Legitimation der Anschläge des von der Türkei unterstützten IS startete der Staat eine offizielle »Antiterroroffensive«, die sich allerdings nicht gegen den IS richtete, sondern gegen die

Sûr: Frauen gründen neue Organisation namens YPJ-S

JINHA – AMED | Frauen organisieren die Selbstverteidigung gegen die Staatsangriffe in Sûr. Sie sind von der YPJ (Yekîneyên Parastina Jin – Frauenverteidigungseinheiten) Rojavas inspiriert und haben eine neue Organisation namens YPJ-S gegründet.

JINHA hat alle sechs Viertel in Sûr besucht und mit den Leuten vor Ort gesprochen, kurz bevor die sechste Ausgangssperre verhängt wurde.

Frauen haben sich kommunal in lila Bereichen organisiert

Frauen, ob jung oder alt, sind für den Widerstand vorangegangen. Sie nennen ihre Posten »lila Posten«. Dazu nutzen sie lila Planen, um von den Scharfschützen nicht gesehen werden zu können. Die Frauen tragen die Fahnen der YPJ und der KJK (Komalên Jinên Kurdistan – Gemeinschaft der Frauen Kurdistans).

Das kommunale Leben

Fast sämtliche Haustüren wurden geöffnet und die kommunale Selbstverwaltung organisiert den Alltag in den Vierteln. Tee und Essen werden kollektiv zubereitet und verteilt. Hinter den lila Planen werden sämtliche Dinge des alltäglichen Lebens gemeinsam produziert und gemeinsam verbraucht.

Die YPJ-S hat bereits ihre Gründung erklärt

Wir haben sie gefragt, ob sie von der YPJ in Kobanê inspiriert wurden: »Wir waren und sind von der YPJ inspiriert, dass zeigt sich vor allem als wir die Frauenselbstverteidigung in Sûr gegründet haben.«

Die YPJ-S hat ihre Gründung vor einigen Tagen erklärt und wird der Name des kommunalen Kampfes der Frauen gegen Verbote, Ausgangssperren und Blockaden sein. Wir wollten Fotos in den Stadtviertel machen, aber sie erklärten uns: »macht keine Fotos in den Vierteln. Wir befinden uns im Widerstand und unsere Stellungen sollen unbekannt bleiben.«

JINHA, 12.12.2015, ISKU

Friedensbewegung, die kurdische Freiheitsbewegung und die Guerilla, also gegen diejenigen, auf welche die Bombenanschläge gezielt hatten.

Als in Gimgim (Varto) am 15. August, dem in Kurdistan gefeierten Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK, der Körper der getöteten Guerillakämpferin Ekin Van in der Stadt entkleidet präsentiert wurde, begann eine neue Phase des Widerstands. Nach den Festnahmewellen und mehreren Massakern und der antidemokratischen Haltung der AKP war offensichtlich geworden, dass in einem sich faschisierenden System der parlamentarische Weg verschlossen bleibt. Daher entschieden sich große Teile der Bevölkerung in etlichen Stadtteilen und Städten – wie Amed-Sûr, Gever (Yüksekova), Colemêrg (Hakkâri), Gimgim, Cizîra Botan (Cizre), Farqîn (Silvan), Dêrik, Qoser (Kızıltepe) –, ihre Stadtviertel selbst zu verwalten, unabhängig von den vom Staat eingesetzten Provinzgouverneur_innen. Dabei ist zu beachten, dass diese Selbstverwaltung einen langen Prozess darstellt und in vielen kurdischen Städten starke radikaldemokratische Rätestrukturen und ein starkes Bewusstsein existieren. Auf Initiative der lokalen Räte erklärte ein Ort nach dem anderen seine demokratische Autonomie und Selbstverwaltung. Als der türkische Staat dann anfing, militärisch in diese Viertel vorzudringen und Übergriffe als »Exempel« zu statuieren wie z. B. die Präsentation des misshandelten Körpers der Guerillakämpferin Ekin Van, begann die Bevölkerung damit, die Verteidigung einiger Viertel selbst in die Hand zu nehmen. Insbesondere die PKK-Jugendbewegung, YDG-H und YDG-K, spielt bei dieser Selbstverteidigung eine tragende Rolle.

Die HDP-Abgeordnete Besime Konca erklärt dazu: »Wir als HDP und DBP *[Partei der Demokratische Regionen]* haben sowieso die Selbstverwaltung in unserem Programm. Die Bevölkerung hat in diesem Kontext schon lange, seit fünfzehn Jahren, Kommunen und Viertelräte aufgebaut. Für Kultur, Frauenbefreiung, Ökonomie und alle anderen gesellschaftlichen Bereiche. (…) An den Orten, wo wir über neunzig Prozent hatten, haben die Menschen auf eigene Initiative entschieden, die Selbstverwaltung zu erklären. Es konnten aber nicht überall Kommunen gegründet werden, denn der Staat hat diejenigen, die Kommunen gründeten, wie auch alle, die Reden hielten, an Kundgebungen teilnahmen oder etwas organisierten, inhaftiert. Also haben die Kommunen beschlossen, ihre Selbstverteidigung zu organisieren und, wenn nötig, eben auch Gräben zu ziehen und Barrikaden zu bauen. Und zu sagen, die Polizei kommt auch mit ihren Panzern nicht mehr in die Viertel hinein …«

Viele betonen, dass es jetzt um die praktische Umsetzung der Basisdemokratie geht, wenn nötig, wird diese verteidigt. Auch Besime Konca sagt: »Die Gräben sind keine Lösungsmethode, sondern eine Konsequenz, sie sind legitime Selbstverteidigung.« Die bewaffnete Selbstverteidigung der Stadtviertel stellt eine Reaktion auf die antidemokratische Politik des Staates dar, die sich immer weiter auszubreiten scheint. Der

Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD) und DBP-Vertreter Muharrem Erbey erklärt zur aktuellen Lage: »Es ist kein Unterschied zu den 90er Jahren. Die Methoden haben sich verändert. Damals wurden Menschen, Gewerkschafter_innen, Abgeordnete, Menschenrechtler_innen nachts abgeholt und ermordet. Es herrschte ein Klima der Angst. Heute leistet die Gesellschaft geschlossen Widerstand. Damals waren die Spezialeinheiten extreme Nationalist_innen unter der Ideologie des Türkentums, heute treten sie beispielsweise als Esadullah (Löwen Allahs) mit Vollbärten auf, schreiben dschihadistische, sexistische, nationalistische Parolen an die Wände. Die Vernichtung geht aber genauso weiter. Die Weltanschauung der Mörder_innen hat sich geändert, aber die Ermordeten sind die gleichen. Jetzt ist es gefährlicher als in den 90ern. Damals wurden die Menschen im Geheimen umgebracht, jetzt werden sie auf offener Straße – vor allen Zivilist_innen – erschossen und die Mörder fliehen nicht einmal, denn sie sind sich der Straffreiheit sicher; die Polizist_innen, die meinen Freund und Anwaltskollegen Tahir Elçi ermordet haben, werden weder ihres Amtes enthoben und auch zu Prozessen nur als Zeug_innen geladen. Während unsere Bürgermeister_innen inhaftiert und sofort ihres Amtes enthoben werden.«

Doch nicht nur Spezialeinheiten werden gegen die Bevölkerung eingesetzt, es werden Häuser niedergebrannt und es findet eine regelrechte Vertreibungswelle statt. Am 14.12. wurden aus der Provinz Şirnex (Şırnak)alle verbeamteten Lehrer_innen auf unbestimmte Zeit abgezogen und es zeichnen sich weitere Angriffe ab. Auch Alltagsbesorgungen wie Wasser holen – das Wasser aus der Leitung ist wie der Strom gesperrt – werden zum potenziell tödlichen Unterfangen. In Dêrik brannten nach sechs Tagen Beschuss und Belagerungszustand die ersten Gebäude in den acht Stadtvierteln unter Ausnahmezustand, in Amed-Sûr brennen die Häuser. Auch hier waren nach Berichten des IHD die Stromversorgung gekappt, Wasserspeicher unter Feuer genommen und Scharfschützen der Sicherheitskräfte auf den Dächern postiert worden. So scheint versucht zu werden, den Willen der widerständigen Bevölkerung zu brechen und sie zu vertreiben. Doch trotz massivster Angriffe musste das Militär in Gever, Farqîn und anderen Orten immer wieder erfolglos abziehen. Es war ihnen trotz massiven Beschusses und Belagerung nicht gelungen, den Widerstand in den drei umkämpften Stadtvierteln Farqîns zu brechen. Widerstandstechniken, die im Kampf um Kobanê erprobt worden waren, werden nun in den Städten »Nordkurdistans« angewandt. So werden große Betttücher über die Straßen gehängt, um den Snipern kein Schussfeld zu bieten.

Die emanzipatorischen Strukturen der Selbstverwaltung offenbaren sich auch deutlich unter den Bedingungen des Angriffs. Ähnlich wie in Rojava zeigt sich auch hier, dass das offensive Auftreten der Frauen immer mehr patriarchale Gesellschaftsstrukturen aufbricht, so befreite die Frauenjugendeinheit der YDG-K beispielsweise in Cizîre eine 17-Jährige, die zwangsverheiratet werden sollte, direkt aus dem Hochzeitshaus. Aus zahlreichen Städten können wir hören, dass neue Kommunen gebildet werden, in Nisêbîn (Nusaybin) wurden gerade jetzt im Belagerungszustand Kulturkommunen gegründet, in Gever ist das erste Mal die ganze Stadt in Kommunen organisiert. Der Wegfall des Staates scheint trotz der massiven Angriffe auf allen Ebenen kreative Kräfte freizusetzen. Viele in selbstorganisierten Gebieten sehen sich deshalb auch als Mustergebiete und rechnen fest mit der Ausbreitung dieses Konzepts und der Aktivierung weiterer Regionen. ♦



Bei dem Aufbau der Selbstverwaltung und Selbstverteidigung in den Vierteln durchbrechen Frauen patriarchale Gesellschaftsstrukturen. Foto: JINHA

Wir forcieren den Aufbau und die Organisierung der demokratischen Selbstverwaltung

Die AKP-Regierung verfügt über keine demokratische Legitimation

Interview mit Ali Atalan, Demokratische Partei der Völker HDP

Ali Atalan hat viele Jahre in Deutschland gelebt. An der Uni in Bochum studierte er Politik und Soziologie und schloss sein Studium als Diplom-Sozialwissenschaftler ab. Er war Ratsmitglied der Stadt Münster und später Landtagsabgeordneter für die LINKE in Nordrhein-Westfalen. Jetzt ist er Abgeordneter der Demokratischen Partei der Völker HDP. Für den Kurdistan Report beantwortete er einige Fragen zu seiner jetzigen Tätigkeit.

Was umfassen die Aufgaben eines Abgeordneten der HDP?

Die Aufgabe eines Abgeordneten der HDP befasst sich nur sekundär mit der parlamentarischen Arbeit in der Nationalversammlung der Türkei. Primär kümmern wir uns um die Belange der Bevölkerung. Wir forcieren den Aufbau und die Organisierung der demokratischen Selbstverwaltung. Dabei gilt es vor allem, dafür notwendige wirtschaftliche und politische Strukturen zu schaffen. Den Widerstand gegen die Angriffe des türkischen Staates und seiner AKP-Regierung leisten wir an vorderster Front. In dutzenden Landkreisen wurden in den vergangenen Monaten Ausgangssperren verhängt. In diesem Zusammenhang sind seit den Parlamentswahlen vom 7. Juni über 80 ZivilistInnen seitens staatlicher Sicherheitskräfte getötet.

Du hast einen Teil der staatlichen Repression angesprochen. Angesichts der zahlreichen Angriffe der AKP, inwieweit kann von fairen und gerechten Neuwahlen gesprochen werden?

Es gilt, die Neuwahlen im Kontext des Wahlergebnisses vom 7. Juni zu bewerten. Der Wahlerfolg der HDP, die einen Stimmenanteil von 13,1 Prozent erhielt, bescherte der AKP eine historische Niederlage. Die Gesellschaft der Türkei hatte sich in dieser Wahl gegen eine Präsidialdiktatur von Erdoğan ausgesprochen. Jedoch antwortete dieser mit einem brutalen Krieg. Die Gespräche mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan wurden abgebrochen. Armee und Polizei wurden in Nordkurdistan mobilisiert. Das Ziel von Erdoğan und der AKP war es, die Neuwahlen in einem Kriegszustand durchzuführen. Dadurch sollte die HDP unter die 10-Prozent-Hürde gedrückt werden. Dies ist der AKP zwar nicht gelungen, doch bekam sie erneut die absolute Mehrheit. Dennoch verfügt die AKP nicht über die notwendige Mehrheit, um eine Verfassungsänderung herbeizuführen. Unter den Umständen des schmutzigen Krieges konnten wir als HDP keinen Wahlkampf führen, den wir nach dem verheerenden Anschlag von Amed eingestellt haben. Es wurden keine fairen, gerechten und demokratischen Wahlen abgehalten. Daher verfügt die jetzige AKP-Regierung über keine demokratische Legitimation.

Die AKP ist als Resultat eines internationalen Konzeptes entstanden. Mittlerweile ist sie auf internationaler Ebene isoliert. Ist das Projekt AKP gescheitert?

Das Konzept des gemäßigten Islams ist nicht nur in der Türkei, sondern im gesamten Nahen und Mittleren Osten gescheitert. Die AKP hat aufgrund ihrer Innen- und Außenpolitik ihre Unterstützung auf internationaler Ebene weitgehend verloren. Das liegt vor allem daran, dass derzeit der sogenannte Islamische Staat und die Al-Nusra-Front faktisch gesehen als engste Verbündete fungieren. Gemeinsam mit den Öl-Staaten Saudi-Arabien und Qatar sowie der Muslimbruderschaft ist die Türkei bestrebt, ein neues Kalifat nach dem Vorbild des Osmanischen Reiches, mit Erdoğan als Kalifen, zu schaffen. Das betrachten die westlichen Partner der Türkei selbstverständlich mit großer Sorge.

Inwieweit ist die HDP am Aufbau der Selbstverwaltung in Nordkurdistan beteiligt, was unterscheidet sie von der DBP?

Bei der HDP handelt es sich um ein Bündnis zahlreicher linker und demokratischer Kräfte der Gesamttürkei. Sie vertritt in diesem Sinne die Repräsentanz dieser Kräfte für die Gesamttürkei. Die Partei der Demokratischen Regionen (DBP) wiederum hat ihren Fokus vor allem auf dem Aufbau von Strukturen der demokratischen Selbstverwaltung, vor allem in den kurdischen Gebieten. Der Unterschied zur HDP liegt in diesem Sinne in der Funktion. Es besteht keine ideologische Differenz, da die demokratische Selbstverwaltung als Lösungsmodell für die Gesamttürkei einen wesentlichen Punkt in der Programmatik der HDP darstellt. Die HDP und DBP sind daher als sich ergänzende Parteien zu verstehen.

Was ist unter dem Begriff »Selbstverteidigung«, der in Nordkurdistan derzeit den Alltag bestimmt, zu verstehen?

Die Bevölkerung von Nordkurdistan hat aufgrund der staatlichen Übergriffe und Angriffe Maßnahmen der Selbstverteidigung geschaffen. In diesem Sinne wurden Strukturen der Selbstverteidigung aufgebaut. Nach der Beendigung des Friedensprozesses, intensivierte die AKP die Angriffe auf die Gebiete, in denen DBP und HDP über eine klare Mehrheit verfügen. Sie wollte sich für die Nicht-Wahl der AKP an der Bevölkerung rächen. Den Angriffen auf die Zivilbevölkerung folgte die Ausrufung der demokratischen Selbstverwaltungen. Um die Rechte der Menschen, die Strukturen, die aufgebaut worden sind, zu wahren, ist ein Selbstverteidigungs-Mechanismus entwickelt worden. Man darf hierbei nicht vergessen, dass kurz nach der Wahl am 7. Juni über 1000 Funktionäre und Funktionärinnen aus HDP und DBP festgenommen worden sind. Es sind demokratisch legitimierte, vom Volk gewählte Stadträte, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister aus dem Amt entfernt und festgenommen worden. Das heißt, dass die Selbstverteidigung als Folge dieser staatlichen Unterdrückungspolitik entstanden ist.

Die AKP sagt selbst, dass die jetzige Verfassung überhaupt keine Legitimation mehr besitzt. Sie führt ihre Unterdrückungspolitik nicht auf Grundlage einer Verfassung durch.

Darum ist das kurdische Volk auch berechtigt, eine eigene Verfassung nach eigenem Verständnis auszuhandeln. Natürlich auf Basis der Demokratie, was in Kurdistan eigentlich direkte bzw. unmittelbare Demokratie heißt und tatsächlich auch so umgesetzt wird. Wie man es z. B. auch in Rojava sieht. Dort nimmt die Bevölkerung ihr Schicksal selbst in die Hand. Demokratische Strukturen werden aufgebaut.

Die Frauen und die Jugend stellen seit Jahren die Avantgarde der kurdischen Befreiungsbewegung dar. Inwieweit ist die Jugend in die Arbeiten der HDP in Nordkurdistan eingebunden?

Selbstverständlich hat die Jugend auch in den Arbeiten der HDP eine Führungsrolle inne.

Trotzdem ist aufgrund der Entpolitisierungstendenzen, der Entsolidarisierungstendenzen im Kapitalismus auch die HDP davon negativ betroffen. Aber wir müssen das selbstkritisch reflektieren und Konsequenzen daraus ziehen. Die Jugend muss viel aktiver werden. Ohne die Jugend hätte man den Kampf gegen IS z. B. in Kobanê nicht gewinnen können, man hätte auch den Freiheitskampf überhaupt im Nahen/Mittleren Osten nicht führen können. Von daher hängt vieles davon ab, wie sich die Jugend wirkungsvoller innerhalb der HDP einbringen kann.

Was hat sich die HDP für die anstehende Legislaturperiode als Aufgaben gesetzt?

Ich fange mal an mit dem, was man nicht tun darf, nämlich sich darauf zu beschränken, ausschließlich im Parlament tätig zu werden und zu glauben, dass die Veränderung lediglich im Parlament vonstattengehen. Das wäre der größte Fehler überhaupt.

Wir müssen außerparlamentarisch grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft, Kultur, Politik, Geschlechtergerechtigkeitsfrage, Ökonomie und in allen anderen wichtigen Lebensbereichen schaffen. Wir müssen grundlegende Veränderungen mit anderen Beteiligten erreichen. Auf gleicher Augenhöhe müssen wir die Gesellschaft neu organisieren und neu orientierten. Die Hauptaufgabe der HDP in den nächsten 2 bis 3 Jahre, ist, die Struktur der demokratischen Selbstverwaltung mit aufzubauen. In den Dörfern, in den Städten, in den Wohnvierteln, überall wo das Potential dazu da ist, müssen wir etwas beitragen.

Im Parlament müssen wir bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung prägend mit tätig werden. Wir müssen auch alle gesellschaftlichen Probleme in der gesamten Türkei angehen. Besonders in der Westtürkei müssen wir aufklären, was demokratische Selbstverwaltung bedeutet. Insbesondere was wir mit unseren basisdemokratischen, radikaldemokratischen Ansätzen meinen, dass dies im Interesse aller in der Türkei lebenden

Menschen ist und es nicht nur um demokratische Selbstverwaltung für KurdInnen oder für Kurdistan geht.

Du warst lange Zeit in Deutschland, hast dort studiert und lange für die Partei Die LINKE in verschiedenen Gremien gearbeitet. Was hat Dich dazu bewogen für die HDP zu kandidieren?

Wenn ein Mensch davon überzeugt ist, dass grundlegende Veränderungen weltweit stattfinden müssen, und daran mitwirken will, dann war diese Entscheidung für mich wichtig. Hinzu kommt meine Person als ein Kurde aus Kurdistan, als kurdischer Êzîde. Jetzt ist eine revolutionäre Stimmung in Kurdistan. Das Potential für grundlegende Veränderung in Kurdistan ist vorhanden und die Freiheitsbewegung arbeitet stark an der Veränderung. Es ist eine große Ehre und auch Pflicht für mich, persönlich daran mitzuarbeiten, dass Freiheit, Gerechtigkeit und die Solidarität verbreitet werden.

Zusammen mit Deiner Parteikollegin Feleknas Uca seid Ihr die ersten ÊzîdInnen im türkischen Parlament. Was bedeutet diese Identität im türkischen Parlament für Dich?

Ich bin als Vertreter der kurdisch-êzîdischen Minderheit im Parlament. Ich habe eine Mission und Funktion, die ich wahrnehme. Ich habe aber nicht nur diese Aufgabe. Wir sind selbst KurdInnen, daher sind wir für das gesamte kurdische Volk da. Aber nicht nur das, eigentlich sind wir für die gesamte Menschheit im Sinne der Grundsätze der demokratischen Selbstverwaltung aktiv. Ich möchte persönlich dem Frieden, der Freiheit und der Gerechtigkeit dienen und zum Frieden im Nahen und Mittleren Osten so gut ich kann beitragen. So sehe ich meine Funktion. Und das ist für mich persönlich eine große Ehre, Aufgabe und Herausforderung, der ich mich gerne stelle.

Wie bewertest Du die Befreiung Şengals?

Es ist eine große Freude, dass Şengal zum größten Teil befreit worden ist. Gleichwohl bin ich der Überzeugung, dass Şengal nicht nach dem alten Muster regiert werden kann und regiert werden darf. Mit den alten Strukturen und dem alten Verständnis würde man Şengal keinen Gefallen tun. Darum müssen sowohl gesellschaftlich als auch politisch grundlegende Veränderungen in Şengal stattfinden. Das heißt, ein Sonderstatus mit eigener Selbstverwaltung, mit eigener Volkswirtschaft, mit eigener Verwaltung, mit eigenem Selbstverteidigungsmechanismus. Diese drei Säulen müssen mit eingebaut werden. Was jedoch Barzanîs PDK vorhat, ist das alte Modell. Das ist für die ÊzîdInnen keine akzeptable Lösung für ihre Probleme, das ist eine höchst gefährliche und nicht zu akzeptierende Vorstellung. Ein Status für Şengal, in dem demokratische Strukturen aufgebaut werden, würde den ÊzîdInnen guttun.

In Deutschland wurde die HDP in den Medien an vielen Stellen sehr positiv aufgenommen. Wie geht die HDP damit um?

Wir freuen uns natürlich über jegliche Unterstützung. Das unterdrückte kurdische Volk, die Freiheitsbewegung und die HDP benötigen jede Unterstützung. Über Solidarität können wir uns nur freuen.

Wir freuen uns sehr über humanitäre, politische Unterstützung für Rojava, die anderen Teile Kurdistans und die Freiheitsbewegung. Momentan erwarten wir von allen Parteien aus Deutschland und Europa Unterstützung, im Besonderen von den linken und fortschrittlichen, emanzipatorischen Strömungen und Organisationen.

Inwieweit könnte sich das Konzept der HDP auf Europa bzw. Deutschland übertragen?

Es ist in erster Linie ein Projekt für den Nahen und Mittleren Osten, eine Revolution für sich. Demokratische Selbstverwaltung, Emanzipation, Geschlechtergleichheit, nicht nur in der Theorie, sondern auch praktisch, Dezentralisierung der Macht, kulturelle Veränderung, diese Ansätze sind auch in Europa aus meiner Sicht notwenige Schritte. Es ist wünschenswert, dass auch fortschrittliche linke Kräfte das Konzept der HDP sehen und die Erfahrungen, die gemacht werden, analysieren. Das Ganze muss auch kritisch verfolgt werden. Das wäre für uns eine große Hilfe.

Hast Du noch abschließende Worte und Anregungen?

Solidarität mit der HDP, mit der kurdischen Freiheitsbewegung darf nicht nur in Worten und in der Theorie erfolgen, sondern es müssen Taten folgen. Wir erleben insbesondere im gesamten Mittleren Osten einen revolutionären Prozess, bei dem der so genannte Dritte Weg, der Weg der Freiheit, Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität, stark vorangeht. Insbesondere die Jugendlichen sollten diesem Prozess gegenüber überaus sensibel und aufmerksam sein. Das wäre meine Anregung, meine Bitte. Sich dieser Entwicklung stärker zu widmen, politisch diesen Prozess zu begleiten und aktiv mitzuwirken. ♦

Bericht über die Rechtsverletzungen in der Türkei und Kurdistan im Jahr 2015

Schwere Menschenrechtsverletzungen durch den türkischen Staat

Aus der Pressemitteilung von IHD und TIHV vom 09.12.2015

Der Menschenrechtsverein (IHD) und die Stiftung für Menschenrechte (TIHV) haben im Rahmen der Menschenrechtswoche vom 10. bis 17. Dezember 2015 den Menschenrechtsbericht 2015 veröffentlicht. Der IHD-Vorsitzende Öztürk Türkdoğan: »Etwas, das die Türkei aus Sicht der Menschenrechte sofort erfüllen muss, ist die Friedensfazilität. Solange die Bedingungen für den Frieden nicht gegeben sind, ist das Recht auf Leben nicht geschützt. Und wenn das Recht auf Leben nicht gegeben ist, kann nicht von den anderen Rechten gesprochen werden.« Er kritisierte auch die UNO, die sich zu den Menschenrechtsverletzungen nicht geäußert hat.

»Die Beendigung des Friedensprozesses hat die Zahl der Verletzungen der Menschenrechte erhöht«

Im Jahr 2015 gab es schwere Menschenrechtsverletzungen. In Amed (Diyarbakır; 5 Tote, Dutzende Verletzte), in Pirsûs (Suruç; 33 Tote, Dutzende Verletzte) und in Ankara (100 Tote, Hunderte Verletzte) fanden Anschläge statt.

Die Beendigung des Friedensprozesses durch den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan führte erneut zu einer Konfliktlage, in der Hunderte Menschen von Polizisten auf der Straße angeschossen wurden. Die Türkei hat auf irakischem Staatsterritorium mehrmals die PKK und die Zivilbevölkerung am Boden und aus der Luft angegriffen. In mehreren kurdischen Gemeinden wurde eine tagelange Ausgangssperre verhängt. Während dieser Zeit gab es kein Wasser, keinen Strom, keine Lebensmittel. Die Polizei verbot die Beerdigung der durch sie ums Leben gekommenen Menschen. Weiter verhinderte sie auch eine medizinische Versorgung für die durch ihre Angriffe Verletzten. Vor allem, als Straßen und Gassen blockiert wurden, starben Jugendliche, Frauen, Ältere und Kinder. Die Presse wurde unter Druck gesetzt, Journalisten wurden verhaftet.

Beängstigende Bilanz

Die Zahl der zwischen 1. Januar und 5. Dezember 2015 vorgefallenen Menschenrechtsverletzungen ist seit dem von der AKP-Regierung beschlossenen Gesetz zur »Inneren Sicherheit« angestiegen.

Folgende Bilanz wurde von IHD und TIHV veröffentlicht:

– Aufgrund rechtswidriger Ermordung durch die Strafverfolgungsbehörden, Nichtbeachtung von Warnungen oder willkürlicher Eröffnung des Feuers starben 173 Personen und 226 wurden verletzt. Es gab 135 Todes- und 191 Verletzungsfälle.
– Bei Selbstmordanschlägen in Amed, Pirsûs und Ankara starben insgesamt 138 Personen und mindestens 929 wurden verletzt.
– 4 Personen starben in Untersuchungshaft.
– 19 Personen wurden Opfer von Todesschwadronen.
– Mindestens 28 Personen starben aus verschiedenen Gründen in den Gefängnissen.
– Mindestens 33 Personen starben auf ungeklärte Weise beim Wehrdienst.
– Bei Minen- und Bombenexplosionen starben 5 Personen und 22 wurden schwer verletzt.
– Bei militärischen Auseinandersetzungen starben 171 Soldaten, Polizisten und Dorfschützer, 195 Militante, 157 Zivilisten, insgesamt 523 Personen.
– Aufgrund männlicher Gewalt starben bis zum 23.11.2015 255 Frauen.
– Durch Hassmorde und bei rassistischen Vorfällen starben 4 Menschen.
– Aufgrund von Arbeitsunfällen/-morden starben bis zum 01.12.2015 1593 Personen.
– Mindestens 16 Flüchtlinge starben beim Grenzübertritt und 160 Personen wurden verletzt.
– 1433 Menschen wurden in Untersuchungshaft misshandelt.

Die Türkei setzt Folter und Misshandlungen fort

Überall dort, wo Aufsicht und Kontrolle den Sicherheitskräften obliegen, wird in Haftanstalten, Gefängnissen und Militärunterkünften Folter angewandt. Darüber hinaus führen unverhältnismäßige und exzessive Interventionen auf Versammlungen und Demonstrationen dazu, dass Folter und andere unverhältnismäßige Übergriffe in der Öffentlichkeit unverschleiert praktiziert werden. Die Kurdenfrage spitzt den Konflikt und die bürgerkriegsähnliche Situation zudem zu. Prozessbedingungen und Rechtsschutz sind nicht implementiert und Folter und Misshandlung sind weit verbreitet. 2015 haben in den ersten 11 Monaten 560 Menschen das Menschenrechtsbüro angerufen, davon 347 als Opfer von Folter und Misshandlung. Nach Angaben des Menschenrechtsbüros wurden 433 Menschen in den ersten 11 Monaten des Jahres während der Untersuchungshaft gefoltert. Diese Art des Vorgehens ist bis dato unbestraft geblieben.

Schwere Verstöße in der Kurdenfrage

Die in den kurdischen Provinzen verhängte rechtswidrige Ausgangssperre, die dazu führte, dass der Zivilbevölkerung monatelang Strom, Wasser, Nahrung und Gesundheitsversorgung vorenthalten wurden, ist inakzeptabel. Genauso inakzeptabel ist es, dass Dutzende Manschen, ob jung oder alt, Opfer von menschenunwürdigen Methoden der Sicherheitskräfte wurden und dabei Dutzende ihr Leben verloren. Dieser Ausnahmezustand in den kurdischen Provinzen führt zum Kollaps des wirtschaftlichen und sozialen Lebens.

Angaben von IHD und TIHV:

2015 haben 171 Soldaten, 195 Aktivisten, 157 Zivilisten, somit insgesamt 523 Menschen aufgrund dieser kriegerischen Umstände ihr Leben verloren. 338 Sicherheitskräfte, 145 Aktivisten, 70 Zivilisten, somit insgesamt 553 Menschen wurden verletzt. 6744 Menschen wurden in Untersuchungshaft genommen, 1285 verhaftet.

Dieser politische Völkermord wird heute noch fortgesetzt!

17 Bürgermeister wurden festgenommen, 15 von ihnen ihres Amtes enthoben. Im Rahmen der KCK-Ermittlungen sowie der Operationen gegen HDP, DBP und HDK wurden insgesamt 6744 Personen in Untersuchungshaft genommen, 1285 festgenommen.

Gedanken- und Meinungsfreiheit sind kaum existent.

105958 Internetseiten wurden blockiert.

30 Journalisten befinden sich noch immer im Gefängnis. Zuletzt wurden zwei Journalisten der Zeitschrift »Nokta Dergisi« festgenommen.

Gewalt gegen Kurden sowie gegen Oppositionelle:

2015 wurden 417 Wahlbüros der HDP, 11 der AKP und 4 der CHP angegriffen, so Türkdoğan. Außerdem benutzten Sicherheitskräfte sogar auf friedlichen Versammlungen chemische Waffen und Feuerwaffen und übten unverhältnismäßige Gewalt aus. Opfer dieser Gewalt wurden Kurden, Arbeiter, Aleviten, Frauen sowie LGBTler. Als Ergebnis sind 210 Personen verletzt, 3377 Personen in Untersuchungshaft genommen sowie 201 Personen festgenommen worden. 256 Veranstaltungen wurden grundlos verboten.

Das Gefängnis des Typs F soll tunlichst bald geschlossen werden

Türkdoğan wies auf die Tatsache hin, dass zu Beginn der Regierungsübernahme durch die AKP die Zahl der Gefängnisinsassen 59429 betrug und laut den letzten Informationen des Justizministeriums sich deren Zahl nunmehr auf insgesamt 164461 erhöht hat.

Die Zahl der minderjährigen Verurteilten betrug 2165. Die Todesfälle, die auf Selbstmord, Folter, Misshandlung, Unfall, Vernachlässigung, Krankheit, Streitigkeit unter Häftlingen usw. zurückzuführen sind, haben 28 Menschen das Leben gekostet.

Obwohl die Verordnung des Justizministeriums vom 22.01.2007 (45/1) zur Sozialisierung eine Zusammenkunft im Ausmaß von 10 Stunden für 10 Häftlinge vorsah, wurde diese Vorschrift weder problemlos noch effizient umgesetzt.

Das Imralı-Gefängnis des Typs F, in dem am häufigsten Isolation angewandt wird, sollte bald geschlossen werden.

In den ersten 11 Monaten des Jahres kamen 1593 Arbeiter in allen Branchen aufgrund von Arbeitsunfällen/-morden ums Leben. Der IHD-Vorsitzende brachte noch vor, dass in den ersten 11 Monaten des Jahres 282 Frauen gestorben, 367 Frauen verletzt davongekommen und 132 Frauen Opfer von sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung geworden sind.

Ohne die Sicherung des Friedens und die Beendigung der Diktatur Erdoğans kann das Recht auf Leben nicht gewährleistet werden

»Das Inkrafttreten der Menschenrechtserklärung erreicht heute ihr 68. Jahr und allen voran unterliegen die kurdische Bevölkerung und alle demokratischen Kräfte politischer Repression. Alle, die sich gegen die Autorität Erdoğans und gegen die AKP-Regierung stellen, befinden sich in großer Gefahr. Der Türkei wurde als EU-Beitrittskandidatin Kredit gewährt und trotz der Verletzung aller demokratischen Kriterien wird sie noch immer von der EU unterstützt.

Unverständlich bleibt der Umstand, dass die westlichen Kräfte noch immer keine klare Position bezogen haben gegen die Zusammenarbeit der Türkei mit dem IS (Islamischer Staat), der Taten gegen die Menschlichkeit begeht.

Das Schweigen und die Nichteinsetzung von Sanktionen gegenüber der AKP-Regierung, die tagtäglich Verbrechen an der kurdischen Bevölkerung begeht, sind unvereinbar mit ethischen Werten.

Wir rufen alle sensiblen Menschen auf, eine Rolle zu spielen bei der Aufhebung der Isolation des Vorsitzenden der kurdischen Freiheitsbewegung Abdullah Öcalan und der Einleitung von Friedensgesprächen. Obwohl einige Staaten und internationale Institutionen ähnliche Aufrufe tätigen, ergreifen sie in der Praxis keine Initiative, damit der türkische Staat etwas unternimmt.



Protest des Menschenrechtsvereins IHD in Ankara gegen das gezielte Töten der türkischen »Sicherheitskräfte« auf offener Straße. »Ich lief auf die Straße – gestorben bin ich heute« Foto: DIHA

Wir fordern an dieser Stelle alle demokratischen Kräfte und internationalen Institutionen auf, sich gegen die AKP und die Diktatur Erdoğans zu stellen sowie die Widerstand leistenden Kräfte zu unterstützen.

Solange die Kurdenfrage nicht gelöst und die Politik der Türkei in Irak und Syrien nicht beendet worden ist, sind auch die EU-Mitgliedstaaten mit großen Risiken konfrontiert. Der aus der Haltung der Türkei Kraft schöpfende IS verursacht in Europa Blutvergießen. Seine Vernichtung beinhaltet einerseits die Verurteilung der durch die Türkei gewährten Unterstützung für diese barbarische Gewalt und andererseits deren Enthüllung.« ♦

Die Beziehungen zwischen PDK und Türkei haben weit mehr als wirtschaftliche und nachbarschaftliche Dimensionen angenommen

Die Türkei muss ihre Soldaten aus Südkurdistan zurückziehen

Erklärung der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Firatnews, 15.12.2015

Der türkische Staat weitet seine Feindseligkeiten gegenüber dem Kampf für Freiheit und Demokratie über die eigenen Staatsgrenzen hinaus aus. Während in Nordkurdistan dem Kampf des kurdischen Volkes für Freiheit und Demokratie mit heftigen Angriffen begegnet wird und er somit unterdrückt werden soll, verfolgt die Türkei in Syrien eine Politik, die demokratische und freiheitliche Entwicklungen verhindert. Dieselbe Politik exportiert sie nun nach Südkurdistan und in den Irak. Ihre Politik beschränkt sich nicht nur auf den Irak und Syrien, sondern behindert die Demokratisierung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens.

Nachdem sich nun die gesamte Welt gegen den Islamischen Staat (IS) verbündet hat, ist die Türkei bestrebt, Präventivmaßnahmen einzuleiten, um seiner möglichen Zerschlagung vorzubeugen. Seine Liquidierung würde nicht nur dem Irak und Syrien den Weg für die Demokratisierung bereiten, sondern sich auf den gesamten Nahen und Mittleren Osten auswirken. Daher versucht sie dem vorzubeugen. Dabei intensiviert sie vor allem die Angriffe auf die kurdische Freiheitsbewegung. Weiter forciert sie die konfessionelle Polarisierung, indem sie neue Gefechtssituationen provoziert.

Zwar behauptet die Türkei, ihre Soldaten zum Zwecke der Ausbildung der Peşmerge-Einheiten in den Irak geschickt zu haben. Doch dient diese Beteuerung nur der Vertuschung ihrer eigentlichen Ziele. Die Haltung und die Äußerungen der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) unterstützen sie in ihrem Bestreben.

Der türkische Staat hat aus zwei Gründen seine Soldaten in den Irak geschickt. Zum einen soll der Zerschlagung des IS vorgebeugt werden, indem Gruppen mit einer ähnlichen Gesinnung wie der IS dabei unterstützt werden, Mûsil (Mosul) zu erobern. Dann sollen die Angriffe auf die PKK auch auf das Gebiet des Irak und Südkurdistans ausgeweitet werden.

Die Türkei will die Zerschlagung des IS verhindern

In der Region um Mûsil wechselte 2014 infolge der Politik des türkischen Staates und einiger sunnitischer Kreise im Irak die Regentschaft. Der IS hat die Kontrolle in Mûsil nicht übernommen, indem er kämpfte. Vielmehr kam es zum Führungswechsel, weil die Beziehungen der PDK zur Türkei und einigen sunnitischen Kreisen im Irak die Machtübernahme des IS in Mûsil, wenn auch nur indirekt, unterstützt haben. Nun strebt die Türkei an, die Region um Mûsil in Absprache mit dem IS ihm ideologisch nahestehenden Gruppen zu überlassen. Ihre Politik, die sie in Syrien betreibt, soll leicht modifiziert nun im Irak angewendet werden. In Syrien veranlasst die Türkei immer mal wieder den Wechsel der Kontrolle bestimmter Gebiete von der Al-Nusra-Front zum IS und umgekehrt. Dadurch versucht sie, dem Demokratisierungsprozess, dem durch die Zerschlagung des IS der Weg bereitet wird, vorzubeugen. Folglich ist ihre Politik nicht mit dem Ziel verbunden, die Peşmerge-Einheiten oder die schiitischen TurkmenInnen auszubilden, noch ist sie bestrebt, die demokratischen Rechte der sunnitischen Bevölkerung im Irak zu verteidigen.

Der türkische Staat will die PDK für seine Zwecke instrumentalisieren

Das eigentliche Ziel des türkischen Staates kam durch Tayyip Erdoğan zur Sprache. Mit der Aussage »Falls Ihr Terrorangriffe auf uns nicht verhindern könnt, dann machen wir das!« bestätigte er, dass es dabei um die PKK geht. Dadurch soll den Angriffen auf die PKK Legitimation verschafft und die Unterstützung des Irak und der PDK gewonnen werden. Neben Attacken auf PKK-Stellungen soll die Verlegung von Soldaten nach Südkurdistan die Guerillaeinheiten in Şengal (Sindschar) und die Revolution von Rojava bedrohen.

Es ist offensichtlich, dass sich der türkische Staat, der keine Lösung für die kurdische Frage erbringt, sämtlicher Mittel zur Liquidierung der Guerilla bedienen wird. Die Instrumentalisierung der PDK ist eines der Mittel, dessen sich die Türkei schon in der Vergangenheit mehrfach bedient hatte. In letzter Zeit gab es in dieser Hinsicht gewisse Bestrebungen und Pläne. Sie setzt alles daran, dass es zu Spannungen zwischen der PDK und der kurdischen Freiheitsbewegung kommt. Daher schickt sie ihre Soldaten nach Südkurdistan. Durch das Einbeziehen der PDK in den sunnitisch-schiitischen Konflikt soll diese zum Teil der türkischen Politik gemacht und gegen die PKK aufgebracht werden. Anschließend würden gemeinsame militärische Operationen von PDK und Türkei gegen die PKK folgen. In dieser Hinsicht hat die PDK mit ihrer Politik und ihren Äußerungen den türkischen Staat ermutigt.

Der hat die Anzahl seiner Soldaten und Militärfahrzeuge im PDK-kontrollierten Gebiet erheblich gesteigert. In den vergangenen Tagen war zu beobachten, wie er Personal und Material nahe den von der Guerilla kontrollierten Medya-Verteidigungsgebieten stationiert hat. Die Kriegspolitik der AKP, die Angriffe auf die kurdische Freiheitsbewegung, die Äußerungen Tayyip Erdoğans, die Türkei werde entsprechende Maßnahmen gegen Terrorangriffe ergreifen, wenn es der Irak nicht tut, die Entsendung von Soldaten nach Südkurdistan, die Intensivierung des geheimdienstlichen Austauschs zwischen PDK und Türkei und der Angriffe auf die selbstverwalteten Gebiete und die Zunahme der Luftangriffe zeigen, dass die Beziehungen zwischen der PDK und der Türkei für die KurdInnen nie von Vorteil waren und auch nie sein werden.

Die Anwesenheit des türkischen Staates in Südkurdistan bedroht nicht nur die PKK und die kurdische Freiheitsbewegung. Gleichzeitig ist sie eine Bedrohung für die gesamten Errungenschaften in Südkurdistan und für das freie und demokratische Leben der Bevölkerung. Indem in Südkurdistan eine konfessionelle Polarisierung erzeugt wird, entfällt der Tagesordnungspunkt der Demokratisierung des Irak und Südkurdistans und die KurdInnen werden zum Spielball der Politik der AKP-Regierung und des türkischen Militärs.

Die südkurdischen Kräfte dürfen die Besetzung nicht akzeptieren

Die Präsenz türkischer Soldaten in Südkurdistan bereitet auch den Weg für den Einmarsch anderer Kräfte. In demselben Sinne, wie Südkurdistan zu einer wirtschaftlichen Kolonie der Türkei geworden ist, soll es mit dieser militärischen Besetzung auch zur politischen Kolonie gemacht werden. Gegen die Besetzung aufzustehen, ist die Pflicht aller Menschen aus Kurdistan, allen voran der Menschen aus Südkurdistan. Die Bevölkerung Südkurdistans darf diese Besetzung nicht akzeptieren und muss dagegen aufstehen. Sämtliche politischen Kräfte und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie auch das kurdische Volk in Südkurdistan müssen dagegen einschreiten. Südkurdistan darf nicht zulassen, dass der türkische Staat seinen Boden als Stützpunkt gegen die kurdische Freiheitsbewegung und die demokratischen Kräfte des Nahen und Mittleren Ostens missbraucht. Bis zum Abzug der türkischen Soldaten muss der Kampf dagegen fortgesetzt werden.

Die türkischen Kräfte müssen Südkurdistan verlassen

Mit dieser militärischen Besetzung haben die Beziehungen zwischen PDK und Türkei weit mehr als wirtschaftliche und nachbarschaftliche Dimensionen angenommen. Die PDK muss die Gefahren und die Folgen erkennen, die von der Besetzung ausgehen, und dürfte daher der Türkei keine Erlaubnis erteilen. Sie darf den Angriffen des türkischen Staates und des türkischen Militärs auf die kurdische Freiheitsbewegung keinen Raum geben. Die Anwesenheit der türkischen Armee in Südkurdistan wird in naher Zukunft die Errungenschaften der Bevölkerung Südkurdistans bedrohen. Wegen der Schäden, die die türkische Armee Südkurdistan zufügen wird, und ihrer Feindseligkeit gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung gilt es, sie aus Südkurdistan zu verbannen. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Soldaten des türkischen Staates auf irakischem Boden militärische Angriffe auf andere Kräfte und die Bevölkerung ausführen. Die PDK darf die Anwesenheit der türkischen Armee nicht erlauben. Das ist die Forderung des gesamten Volkes von Kurdistan.

Als Freiheitsbewegung akzeptieren wir in keiner Weise die Entsendung von Soldaten durch den türkischen Staat nach Südkurdistan. Wir werden von nun an unsere Bestrebungen und unseren Kampf darauf ausrichten damit sie wieder abziehen. Wir werden bis zum Ende unseren Platz im Kampf neben der Bevölkerung Südkurdistans, den zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Kräften einnehmen, die sich für den Abzug der türkischen Truppen einsetzen. In diesem Sinne rufen wir das gesamte Volk Kurdistans und die demokratischen Kräfte des Nahen und Mittleren Ostens dazu auf, sich gegen die türkische Besetzungsoperation in Südkurdistan zu erheben. Im Kampf gegen diese Politik des türkischen Staates wird der Kampf für Demokratisierung im Nahen und Mittleren Osten, vor allem in der Türkei und in Kurdistan, gestärkt. In diesem Sinne gilt es den Kampf für Demokratisierung im Nahen und Mittleren Osten und gegen den Freund des IS und sämtlicher Despoten, die Türkei, zu stärken. ♦

Zur militärischen Präsenz der Türkei im Irak und Südkurdistan

AKP und PDK treffen sich auf der sunnitischen Achse

Mako Qoçgiri, Mitarbeiter von Civaka Azad

Mako Qocgirî ist Politikwissenschaftler (M.A.) und seit 2011 Mitarbeiter von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Erinnert sich noch irgendjemand an die »Null-Probleme«-Außenpolitik-Doktrin der Türkei? Vor mehr als zehn Jahren erklärte der jetzige Ministerpräsident und damalige Außenminister Ahmet Davutoğlu diese Doktrin zum neuen Maßstab der Außenpolitik einer »neuen Türkei« im Mittleren Osten. Mit der AKP an der Macht sollte die Türkei von nun an null, d. h. keine Probleme mit ihren Nachbarländern haben, ihre freundschaftlichen Beziehungen zu den Herrschern der Nachbarländer aufbauen und so ihren Einfluss in der gesamten Region stärken. Ende 2015 ist von dieser Doktrin nicht viel mehr als ein Scherbenhaufen übrig geblieben. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Beschwerde der irakischen Zentralregierung beim UN-Sicherheitsrat über die türkische Militärpräsenz im Irak, genauer in der Stadt Bashiqa bei Mossul.

Dort halten sich derzeit mit dutzenden Panzern ausgestattet hunderte türkische Soldaten auf. Insgesamt befinden sich derzeit auf irakischem Boden rund 3 000 türkische Soldaten, die meisten von ihnen in der Autonomen Region Kurdistan. Dadurch verfügt die Türkei nach den USA und dem Iran über das drittgrößte ausländische Militärkontingent im Irak. Der einzige, aber besonders wichtige, Unterschied zwischen der Türkei und den beiden anderen Staaten ist, dass das türkische Truppenkontingent von der irakischen Zentralregierung nicht gewünscht ist.

Offiziell hatte das türkische Militär seine Truppen mit dem Auftrag nach Bashiqa entsandt, dort Peschmerga-Einheiten und arabisch-sunnitische Milizen für den Kampf gegen den IS zu schulen. Von Bashiqa aus sollten dann diese von der Türkei geschulten Truppen irgendwann in baldiger Zukunft an einer gemeinsamen Großoffensive gegen den IS in Mossul teilnehmen. Doch die irakische Zentralregierung hat dieses Ausbildungsprogramm, das sie zuvor mit unterstützt hatte, mittlerweile fallenlassen. Denn die im Bashiqa-Camp ausgebildeten arabischen Milizen hatten sich geweigert, an der von Dezember 2014 bis Oktober 2015 andauernden Großoffensive gegen den Islamischen Staat in der strategisch wichtigen Stadt Baidschi teilzunehmen. Die Stadt, die ebenso wie Bashiqa als ein wichtiger Knotenpunkt für eine mögliche Großoffensive auf Mossul dient, wurde ohne Beteiligung sunnitischer Milizen durch das irakische Militär und schiitische Milizen mit Luftunterstützung der USA vom IS befreit. Die Weigerung der sunnitischen Milizen an der Aktion teilzunehmen, führte die Zentralregierung in Bagdad zu dem Entschluss, die finanzielle Unterstützung für die von der Türkei ausgebildete Gruppe »El-Haschd el-Watani« einzufrieren. Die besagte Gruppe ist ein Freiwilligenheer sunnitischer Kämpfer, die vom ehemaligen Gouverneur von Mossul Athil Al-Nudschaifi geführt wird. Laut Bagdad hat al-Nudschaifi ohnehin zu viel Geld von der Zentralregierung kassiert, denn entgegen seinen Angaben, wonach sein Heer aus bis zu 9 000 Kämpfern bestehe, setzt sich die Truppe maximal aus 2 000 Freiwilligen zusammen. Mit deren Weigerung, in Baidschi gegen den IS zu kämpfen, kam es dann zum endgültigen Bruch zwischen Bagdad und Al-Nudschaifi, und somit eigentlich auch zu einem Ende des Ausbildungsprogramms der Türkei.

Doch die türkische Regierung hatte keineswegs einen Rückzug aus Bashiqa im Sinn. Ihr Plan lautete, den Standort im Norden des Irak von einem Ausbildungszentrum zu einem ständigen militärischen Außenposten im Irak auszubauen. Gerade nach dem verlorenen Boden im Syrienkonflikt schien der Standort im Irak für die Türkei zu wichtig, als ihn der Zentralregierung in Bagdad einfach wieder zu überlassen.

Insgesamt geht es dabei um weit mehr als um die Kleinstadt Bashiqa. Die Diskussionen drehen sich vielmehr um die Frage, wer die Kontrolle über ein Mossul in der Zeit nach dem IS haben wird. In dieser absurden Diskussion, vor dem Hintergrund, dass der Start einer solchen Befreiungsoperation noch in den Sternen steht, treffen die viel diskutierte schiitische und sunnitische Achse frontal aufeinander. Und die Türkei will sich als aktiver Teil der sunnitischen Achse bei dieser Frage ein Mitspracherecht erzwingen.

Zu den lokalen Bündnispartnern der Türkei in dieser Frage gehören eben diejenigen Gruppen, die von der Türkei in Bashiqa ausgebildet werden. Neben den Truppen von Al-Nudschaifi, der in seiner Zeit als Gouverneur von Mossul als zwielichtige Persönlichkeit mit durchaus guten Handelsbeziehungen zum IS galt, sind das in erster Linie die Peschmerga-Einheiten von Barzanîs PDK.

Es scheint, als sei es der Türkei endgültig gelungen, Barzanî für die eigenen Territorialansprüche in der Region und als Teil der sunnitischen Achse einzuspannen. Die Demokratische Partei Kurdistans (Partiya Demokrata Kurdistanê PDK) ist die einzige kurdische Partei, welche die Truppenpräsenz der Türkei in Südkurdistan und dem Irak ausdrücklich begrüßt. Der südkurdische Regierungssprecher Sefin Dizayi verteidigte die türkische Militärpräsenz in aller Öffentlichkeit und stellte sich hinter die Behauptung, dass diese zur Ausbildung der Peschmerga in der Region diene. Überhaupt funktioniert die türkische »Null-Probleme«-Außenpolitik in der Region derzeit scheinbar nur mit der südkurdischen PDK. So stattete der türkische Außenminister Feridun Sinirlioğlu seinen ersten Auslandsbesuch nach den Wahlen am 1. November direkt Barzanî und seiner PDK ab. Im Gegenzug reiste Barzanî selbst Mitte Dezember in die Türkei und besuchte zunächst den türkischen Geheimdienst, dann den Staatspräsidenten Erdoğan und den Ministerpräsidenten Davutoğlu, bevor es auch zu einem Zusammentreffen mit der Demokratischen Partei der Völker (HDP) kam.

Erdoğans AKP und Barzanîs PDK sind derzeit bei vielen politischen Themen in der Region einer Meinung, weshalb die enge Zusammenarbeit nicht verwundern sollte. Neben den wirtschaftlich engen Beziehungen, den Erdöldeals und der gemeinsamen Gegnerschaft zur irakischen Zentralregierung fühlen sich beide Parteien auch von der kurdischen Freiheitsbewegung gestört, wenn nicht gar bedroht. Beiden Parteien ist die führende Rolle der Partei der Demokratischen Einheit PYD in Rojava ebenso ein Dorn im Auge wie die Rolle der HPG (Volksverteidigungskräfte) bei der Befreiung der êzîdischen Stadt Şengal. Kurz nach der Befreiung der Stadt vom IS, bei der neben den HPG verschiedene êzîdische Kampfeinheiten und Peschmerga-Einheiten teilnahmen, trat Barzanî in der Nähe von Şengal gar vor die Kameras und behauptete, die Peschmerga hätten die Stadt allein befreit. Doch allen voran den ÊzîdInnen, aber auch weiten Teilen der südkurdischen Bevölkerung war klar, dass diese Aussagen Barzanîs lediglich einen verzweifelten Versuch darstellten, die Schande ein wenig vergessen zu machen, welche seine Peschmerga-Einheiten verursachten, als sie beim Sturm des IS auf Şengal die dort lebenden Menschen schutzlos zurückließen.

Barzanîs Stand ist derzeit in Südkurdistan äußerst schwer. Seine verfassungsmäßige Zeit als Präsident der Autonomen Region Kurdistan ist bereits länger abgelaufen, doch er weigert sich strikt, seinen Posten abzugeben. Seine Sympathieverluste in der eigenen Bevölkerung versucht er wohl deshalb wettzumachen, indem er seine Beziehungen zu den Machthabern in der Region stärkt. Das sind neben Erdoğan und seiner AKP insbesondere die Machthaber in Saudi-Arabien. Vom saudischen König Salman wurde Barzanî in ganz besonderer Weise empfangen, als dieser ihn Anfang Dezember mit der halben Königsfamilie in Riad begrüßte.

Die neuen politischen Bündnislinien im Mittleren Osten scheinen klarere Konturen anzunehmen. Anstelle ihrer »Null-Probleme«-Außenpolitik versucht die Türkei über ihre aktive Rolle in der sunnitischen Achse in der Region an Einfluss zu gewinnen. Doch mit dieser Rolle ist das Regime Erdoğan derzeit maßgeblicher Instabilitätsfaktor in der Region und droht sich selbst und den gesamten Mittleren Osten weiter ins Chaos zu stürzen. Die Unterstützung des IS und weiterer dschihadistischer Gruppen in Syrien, die Spannungen mit Russland nach dem Abschuss des russischen Kampfjets an der syrisch-türkischen Grenze und nun die Konfrontation mit Bagdad, das die Präsenz der Türkei im Irak als Besatzung betrachtet, sind nur einige Facetten dieser Außenpolitik. Insbesondere die Eskalation mit Russland, bei der sich die Türkei vergeblich mehr Rückendeckung von der NATO gewünscht hätte, erweist sich für sie als Super-GAU, dessen wirtschaftliche und politische Folgen für das Land noch gar nicht genau abzusehen sind.

Anstelle ihrer »Null-Probleme«-Aussenpolitik versucht die Türkei über ihre aktive Rolle in der sunnitischen Achse in der Region an Einfluss zu gewinnen. Doch mit dieser Rolle ist das Regime Erdoğan derzeit massgeblicher Instabilitätsfaktor in der Region und droht sich selbst und den gesamten Mittleren Osten weiter ins Chaos zu stürzen.

Hält die AKP an ihrer aggressiven Außenpolitik fest, wird sie aller Wahrscheinlichkeit nach fallen und als großer Verlierer aus der derzeitigen Chaossituation in der Region hervorgehen. Und fällt die AKP, werden auch alle politischen Kräfte verlieren, die ihrem außenpolitischen Kurs gefolgt sind. Das gilt auch für Barzanî und seine PDK. ♦

Rojava ist der beste Beweis dafür, dass die KurdInnen ihre Hand zum Frieden weiter ausgestreckt halten ...

Eine Chance für den Frieden!

Zübeyir Aydar, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK

Zübeyir Aydar ist Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK). Er ist einer der kurdischen PolitikerInnen, die 1991 zum ersten Mal ins türkische Parlament gewählt wurden. Nach der Aufhebung seiner Immunität verließ Aydar die Türkei im Frühjahr 1994 in Richtung Belgien, wo er heute noch lebt. Aydar gilt als einziger Vertreter der KCK im europäischen Exil.

Die letzten Wochen und Monate erscheinen für das kurdische Volk als eine der schwersten Zeiten in ihrer Geschichte. Zu den grausamen Angriffen der Terrormiliz des sogenannten Islamischen Staats (IS), die vor allem die Errungenschaften in Rojava und Südkurdistan angreift, wütet ein von der AKP-Regierung ausgehender Krieg, der noch brutaler und kaltblütiger erscheint als das Vorgehen des türkischen Staates in den 1990er Jahren. Gleichzeitig versucht das iranische Regime aus dieser politischen und militärischen Konjunktur Profit zu schlagen und intensiviert seine Angriffe auf die kurdische Bevölkerung.

Die letzten Lösungsgespräche mit dem türkischen Staat und seiner AKP-Regierung endeten im April 2015, kurz nach dem Abkommen von Dolmabahçe, wo sich beide Seiten auf einen 10-Punkte-Plan geeinigt hatten. Durch das starke Abschneiden der Demokratischen Partei der Völker (HDP) bei den Parlamentswahlen vom 7. Juni mit 13,1 % der Stimmen verlor die AKP zum ersten Mal überhaupt ihre Mehrheit im Parlament. Diese Wahlen können auch als Referendum der Völker der Türkei gewertet werden, in dem gegen eine autoritäre Präsidialdiktatur unter der Alleinherrschaft von Erdoğan und für Demokratie und Frieden gestimmt wurde. Die kurdische Seite, allen voran der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan, der nicht nur Chefunterhändler, sondern auch Initiator der Friedensgespräche war, legte all ihr Streben und ihre Mühen in die Schaffung eines bleibenden Friedens und die Demokratisierung der Türkei. Angesichts dessen, dass es der türkischen Seite nie wirklich Ernst mit dem Frieden war und sie sich wie in den Jahren davor nur einer Hinhaltetaktik bediente, kann man sich ausmalen, wie schwierig es für die kurdische Seite gewesen ist und wie viel Kraft es gekostet hat, den Prozess am Leben zu erhalten.

Erinnert sei nur an die Angriffe der islamistischen Gruppierung auf die Bevölkerung von Rojava, die von der Türkei aus unterstützt und teilweise auch gesteuert waren. Das Attentat von Amed Anfang Juni, wenige Tage vor den Wahlen, verdeutlicht, dass die AKP ihren Kurs schon vor den Wahlen geändert hat und ihre Angriffe nach den Wahlen nur an Intensität gewannen.

In 13 Jahren AKP-Regierung verschwand Erdoğan nach den Wahlen zum ersten Mal für mehrere Tage von der Bildfläche. Als er erneut vor die Medien trat, gab er bekannt, dass das Wahlergebnis die Instabilität des Landes zur Folge hätte. Dass die Instabilität von der Erdoğan-Regierung ausgehen würde, konnte man nicht nur zwischen den Zeilen lesen. So begründete er die Folge der Luftangriffe auf Qandil und Rojava, die Tötung von 300 ZivilistInnen im Inland, die Inhaftierung von über 1000 politischen AktivistInnen und die Schließung von Zeitungen und Fernsehsendern damit, dass keine politische Partei (gemeint ist natürlich die AKP) 400 von den verfügbaren 550 Sitzen im Parlament bekommen hatte. 333 Sitze sind für eine Verfassungsänderung notwendig, weshalb Erdoğan nun bestrebt war, seiner Alleinherrschaft mit Sitz im neu errichteten Präsidentenpalast einen offiziellen verfassungsrechtlichen Charakter zu verleihen, während sowohl die Errichtung des Palastes als auch die Funktion von Erdoğan derzeit gegen die aktuelle Verfassung der Türkei verstoßen hatte.

Dass die sogenannte »strategische Tiefe« mit ihrer Null-Probleme-Politik mit den Nachbarn der Türkei seit spätestens 2011 konträre Dimensionen angenommen hat, ist mehr als bekannt. Neben der Intensivierung der innenpolitischen Probleme und dem rasanten Fortschreiten der gesellschaftlichen Polarisierung, an dieser Stelle sei vor allem an die Gezi-Proteste von 2013 erinnert, ist die außenpolitische Isolierung der Tür-

kei ein weiterer Beweis dafür, dass die AKP und Erdoğan den Zenit ihrer Vormachtstellung schon lange überschritten haben. Der ausschlaggebende Grund liegt hierbei zweifellos in ihrer Syrienpolitik, die neben dem Sturz des Assad-Regimes primär zum Ziel hat, die Anerkennung der kurdischen Identität und eine mögliche Autonomie der KurdInnen im Norden von Syrien zu verhindern. Hierbei hat die AKP zwei soziologisch bedeutende Aspekte außer Acht gelassen. Zum einen verkennt sie die KurdInnen als zusammengehörige Entität über jegliche Grenzen von Nationalstaaten hinaus. Durch die klare Unterstützung des IS und anderer dschihadistischer Gruppierungen im Kampf gegen die kurdischen Errungenschaften in Rojava, vor allem in Kobanê, hat die AKP den Rückhalt der islamisch-konservativen Kreise der kurdischen Gesellschaft in Nordkurdistan und der Türkei verloren, was die Wahlergebnisse vom 7. Juni belegen. Die AKP wurde regelrecht aus Nordkurdistan weggeputzt. Des Weiteren hat die AKP in ihrer Außenpolitik die letzten Grenzen, die ihr vom bestehenden Weltsystem gesetzt wurden, mehr als überschritten. An dieser Stelle sei kurz an den Gründungsursprung der AKP erinnert. Sie ist als Konzept einer neuen (Um-)Ordnung im Nahen und Mittleren Osten konstituiert worden. Durch das Label eines gemäßigten Islams sollte sie das Exempel für die neoliberale Expansion des führenden internationalen Systems der kapitalistischen Moderne statuieren. Innerhalb dieses Rahmens verfügt die AKP zwar über Spielraum für regionale Hegemonialbestrebungen, doch ist dieser gekoppelt an die Strategie der führenden Hegemonialmächte. Weiter darf das Handeln der AKP nicht in zu starkem Widerspruch zu den Interessen und der Strategie der führenden Weltmächte stehen, da wie gesagt die Existenz der AKP auf diese zurückzuführen ist.

Charakterisierend für die internationale Isolierung der Türkei sind die derzeitigen Spannungen mit Moskau anzuführen, die durch den Abschuss eines russischen Kampfjets entfacht wurden. Dieser Angriff auf das russische Flugzeug durch die türkische Luftwaffe unterstreicht noch mal das Bestreben der Türkei, das letzte Einfallstor des IS an der türkisch-syrischen Grenze zu schützen. Hierbei spielt die illegale Erdölroute des IS aus türkischer Sicht nur eine sekundäre Rolle. Die Befreiung der Gebiete um Cerablus (Dscharabulus) und Azaz, was die Verbindung der Kantone Efrîn und Kobanê mit sich bringen würde, würde nicht nur die kurdische Position in Syrien stärken, es würde ebenfalls das türkische Monopol als Transitland für Erdöl- und Erdgasrouten nach Europa schwächen. Bedauerlicherweise hat sich die EU, und vor allem Berlin, bezüglich der Türkei gebeugt, obwohl es der europäischen Seite bewusst sein müsste, dass dieser verstärkte Flüchtlingsstrom von Erdoğan provoziert wurde. Als Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK verfolgen wir aus der Nähe die bilateralen Beziehungen der Türkei und Europas. In den persönlichen Gesprächen mit den europäischen VertreterInnen bringen wir stets zum Ausdruck, dass eine Förderung der Demokratisierung der Türkei nur durch das Einhalten der eigenen europäischen Werte möglich ist. Hierbei verweisen wir kontinuierlich mit Nachdruck auf humanitäre Hilfe für Rojava. Europa und vor allem Deutschland sollten ihren Einfluss auf Ankara dafür nutzen, dass die Türkei ihre Grenzen für humanitäre Hilfe nach Rojava öffnet.

Rojava ist der beste Beweis dafür, dass die KurdInnen ihre Hand zum Frieden weiterhin ausgestreckt halten, trotz Luftangriffen türkischer Kampfjets und offensichtlicher Unterstützung durch die Türkei für den IS und andere islamistische Verbände. In sämtlichen ihrer Äusserungen betonen die VertreterInnen der demokratischen Selbstverwaltung von Rojava, dass sie gute Beziehungen zur Türkei pflegen wollen.

Rojava ist der beste Beweis dafür, dass die KurdInnen ihre Hand zum Frieden weiterhin ausgestreckt halten, trotz Luftangriffen türkischer Kampfjets und offensichtlicher Unterstützung durch die Türkei für den IS und andere islamistische Verbände. In sämtlichen ihrer Äußerungen betonen die VertreterInnen der demokratischen Selbstverwaltung von Rojava, dass sie gute Beziehungen zur Türkei pflegen wollen. In Anbetracht der türkischen Haltung ist die Annäherung der Rojava-Administration mehr als löblich. Auch als KCK halten wir unsere Hand für den Frieden ständig offen. Jedoch kann ein würdevoller Frieden nur in Einklang mit Freiheit und Demokratie verwirklicht werden. Die Angriffe von paramilitärischen Sonderspezialeinheiten in Nordkurdistan auf ZivilistInnen, bei denen nicht mal vor schwangeren Frauen und neugeborenen Babys Halt gemacht wird, verdeutlichen, dass Erdoğan kein Interesse an einer Lösung der kurdischen Frage hat. Die Bilder, die auf tragische Art und Weise in den kurdischen Städten gezeichnet werden, sind selbst schlimmer als die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die die Regierung um Tansu Ciller in den 1990er Jahren begangen hatte. Zeitgleich sind der Widerstand und das Streben nach Freiheit innerhalb der kurdischen Gesellschaft entschlossener denn je. Der Widerstand gegen die Terrormiliz des IS in Kobanê, Şengal und den anderen Gebieten von Rojava und Südkurdistan hat die nationale Einheit des kurdischen Volkes forciert. Die kurdi-

sche Freiheitsbewegung ist auch auf internationaler Ebene zum bedeutenden Akteur aufgestiegen. Vor allem im Kampf gegen den IS stellen die Kampfverbände der kurdischen Freiheitsbewegung die wichtigsten Einheiten dar.

Die kurdische Freiheitsbewegung fungiert in dieser Phase des Chaos als essentieller Demokratisierungsmotor für den Nahen und Mittleren Osten. Entgegen der gesellschaftlichen Polarisierung, die auf die ethnische und konfessionelle Identität zurückzuführen ist, vereint Rojava sämtliche Bevölkerungsgruppen in einem bunten Mosaik. Das Modell Rojava zeigt, dass der Sturz eines Diktators zwangsweise keine neue Diktatur zur Folge haben muss. Die Völker können ihr Leben selbst in die Hand nehmen und ebenso in Geschlossenheit ihren Schutz vor jeglichen Angriffen gewährleisten. In einigen Teilen Syriens und des Irak werden Pendants zu Rojava diskutiert und teilweise auch umgesetzt. Nun steht die Türkei am Scheideweg zwischen dem Weg, der gen Demokratie und Frieden führt, und dem Pfad, der das Land in ein noch tieferes Chaos stürzen wird.

Sollte sich die Türkei dem Weg der friedlichen Lösung des Konflikts versperren, wird die kurdische Seite gegen die Angriffe der türkischen »Sicherheitskräfte«, die derzeit den Alltag in Nordkurdistan bestimmen, mit einem weit entwickelten Widerstand begegnen. Die demokratische Selbstverwaltung, die bei den Gesprächen mit dem türkischen Staat stetig einen der Kerndiskussionspunkte bildete, wird nach und nach weiter umgesetzt. Die kurdische Seite wird nicht akzeptieren können, den Friedensprozess dort wieder aufzunehmen, wo die türkische Seite ihn gebrochen hat. Dies akzeptieren weder wir als KCK, noch wird meiner Meinung nach der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan dem zustimmen. Es wird seit mehr als sieben Jahren mit mehreren Unterbrechungen ein Dialog geführt. Wenn es der türkischen Seite mit der Lösung ernst sein sollte, dann müssten die offiziellen Verhandlungen, die durch das Parlament einen offiziellen Charakter verliehen bekommen, beginnen. Dafür muss der Zugang nach Imralı, wo der PKK-Vorsitzende Öcalan gefangen gehalten wird, für uns und die Öffentlichkeit ermöglicht werden. Nachdem ein Lösungsplan von beiden Seiten erstellt worden ist, bedarf es einer dritten Seite, die die beiden Konfliktparteien auf Einhaltung der zu machenden Schritte kontrolliert. Die Kommunikation zwischen Öcalan und der Außenwelt muss gewährleistet werden. Die Türkei muss damit aufhören, Öcalan wie einen Gefangenen zu betrachteten und ihm den notwendigen Rahmen für die Verhandlungen als Chefunterhändler zusichern. In dieser Phase dürfen von beiden Seiten keinerlei Angriffe, weder auf verbaler noch auf militärischer Ebene, stattfinden. ♦



Aus Protest gegen die Liquidierungspolitik des türkischen Staats haben sich die Bewohner und Bewohnerinnen von Sêrt hingesetzt. Verschiedene Organisationen, Parteien und Gewerkschaften haben dazu aufgerufen, für zwei Tage die Arbeit niederzulegen und sich dazuzusetzen. Foto: DIHA

Zur Lage Rojavas und seiner Rolle in Syrien

Auch der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft braucht Unterstützung

Zuhat Kobanê, Europasprecher der PYD, im Gespräch mit dem Kurdistan Report

Der Beginn des syrischen Aufstands liegt nun mehr als vier Jahre zurück. Eine Lösung scheint weiter entfernt denn je. Welche Gründe gibt es aus kurdischer Sicht für die aktuellen Probleme?

Die derzeitige Problematik betrifft nicht nur die kurdische Bevölkerung, diese fungiert in Syrien allerdings als Avantgarde der syrischen Revolution. Rojava stellt das einzige wirkliche Alternativmodell dar für die Gesamtlösung der Syrienkrise. Sämtliche Versuche der westlichen und regionalen Mächte, ein neues System in Syrien zu installieren bzw. der Bevölkerung aufzuoktroyieren, sind gescheitert. Dieses System unterschied sich strukturell nicht wesentlich vom bestehenden. Dagegen haben wir ein alternatives Projekt gestellt, den sogenannten dritten Weg. Zur Wahl stand der Status quo des Assad-Regimes, das sich auf eine Führungselite aus einer bestimmten Minderheit stützt; dieses System wird vor allem durch seinen extremen Nationalismus charakterisiert. Demgegenüber sollte ein Apparat aufgebaut werden, der daneben auch konfessionell-chauvinistisch ausgerichtet ist. Die Folgen dieser Politik sind Leid und Zerstörung.

Wie verhält es sich mit der gesamtsyrischen Kriegsbilanz im Verhältnis zu Rojava?

Syrien ist zerstört. Es gibt mehr als 300 000 Tote und Vermisste. Zehntausende Menschen sind in Gefangenschaft. 10 Millionen Menschen, also fast die Hälfte der Bevölkerung Syriens, ist auf der Flucht. Sechs Millionen Binnenflüchtlinge und vier Millionen außerhalb Syriens. Über 3 Millionen Häuser sind zerstört. Das Land ist befallen von Islamisten wie denen des sogenannten Islamischen Staats (IS) oder der Al-Nusra-Front. Das skizzierte Bild ist die Folge einer falschen Interventionsstrategie. Natürlich sieht die Situation in Rojava ganz anders aus. Wenn wir die Zahl der Umgekommenen in ganz Syrien auf die kurdische Bevölkerung in Syrien übertragen, die mit 3,5 Millionen etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, so müssten etwa 50 000 Tote auf kurdischer Seite zu beklagen sein. Doch sind in den letzten vier Jahren insgesamt »nur« 4 000 Menschen auf kurdischer Seite gefallen. Die meisten davon Kämpferinnen und Kämpfer der Verteidigungseinheiten (YPG/YPJ). Natürlich wurde die Stadt Kobanê (Ain al-Arab) weitgehend zerstört. Dagegen bietet Rojava den meisten der Binnenflüchtlinge Syriens Schutz.

Zuhat Kobanê ist Europasprecher der Partei der Demokratischen Einheit (PYD). Er hat Maschinenbau in Damaskus studiert und ist seit den frühen 1990er Jahren als Politiker aktiv.

Wie spiegeln sich diese Umstände in der Psyche der Gesellschaft Syriens wider?

Selbstverständlich drückt sich diese Disproportion ebenfalls in der gesellschaftlichen Psyche aus. Während die Angst um Leben und Tod, Trauer und Wut, Polarisierung, das Gefühl, nur von Feinden umgeben zu sein, die eine Seite der Gesellschaft prägen, spiegelt die andere Seite Hoffnung und positive Zukunftsperspektiven in ihrem Leben wider. Das Rojava-Modell ist gekennzeichnet von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit. Die Völker Rojavas kämpfen dort nicht gegeneinander, sondern miteinander für eine freie und demokratische Gesellschaft. Rojava ist zum Hoffnungsschimmer der Völker und unterdrückten Menschen des Nahen und Mittleren Ostens geworden.

Wie bewerten Sie die Sicht auf das Rojava-Modell beziehungsweise, wie es angenommen wird?

Zu Beginn wurde dem Rojava-Modell, das auf der Philosophie des demokratischen Konföderalismus und der demokratischen Autonomie Abdullah Öcalans basiert, keine ernst zu nehmende Bedeutung beigemessen. Heute wiederum hat sich Rojava als Vorzeige- und Lösungsmodell für den gesamten Nahen und Mittleren Osten etabliert. So haben die Drusen in as-Suwayda *[Provinz und Stadt an der jordanischen Grenze; A. d. Ü.]* ebenfalls ihre Autonomie nach dem Kantonalmodell von Rojava erklärt. Gleiches gilt für die militärische Stärke. Niemand hätte gedacht, dass die Frauen- und Volksverteidigungseinheiten (YPJ/YPG) gegen das Regime und die Angriffe der Freien Syrischen Armee (FSA) standhalten könnten. Inzwischen sind sie die einzige Kraft in Syrien, die den IS und andere dschihadistische Kampfverbände bezwingen kann.

Vor Kurzem wurde die Gründung des Militärbündnisses »Demokratische Kräfte Syriens« bekannt gegeben. Welche Rolle kommt den kurdischen Kräften innerhalb dieser Allianz zu?

Natürlich fällt den YPJ und YPG die Funktion der Avantgarde innerhalb der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) zu. In diesem Bündnis sind zahlreiche Gruppierungen involviert. *[YPG/YPJ, Quwet al-Sanadid, Militärrat der Suryoye (MFS), Burkan al-Firat, Thuwar al-Raqqa, Schams al-Schamal, Lîwa al-Selcuki, Al-Dschasira-Brigaden, Dschabhat al-Akrad, Dschaisch ath-Thuwar, Lîwai al-Tehrîr und Lîwai 99 Muşat]*

Vor allem seit der Intervention Russlands herrscht Unklarheit über die aktuellen Geschehnisse in Syrien. Immer mehr Akteure scheinen sich aktiv am Syrienkrieg zu beteiligen. Wie sehen die Beziehungen

---

Lichtblick für eine neue Perspektive: Demokratischer Rat Syriens gegründet

»Für den Aufbau eines neuen und demokratischen Syriens« – mit diesem vielversprechenden Motto kamen am 8. und 9. Dezember in der Stadt Dêrik (al-Malikiya), im Kanton Cizîrê, insgesamt 103 Delegierte zum Gründungskongress des Demokratischen Rats Syriens (MSP) zusammen. Zum Abschluss des zweitägigen Kongresses wurde ein 42-köpfiger ständiger Rat gewählt, der fortan die Arbeiten der neuen Opposition koordinieren soll. Unter ihnen befinden sich neben insgesamt 13 VertreterInnen der demokratisch-autonomen Verwaltung Rojavas auch Mitglieder verschiedener nicht kurdischer politischer Parteien, VertreterInnen der verschiedenen Volks- und Religionsgemeinschaften sowie VertreterInnen unterschiedlicher lokaler Bewegungen und Clans. Der Demokratische Rat Syriens repräsentiert zugleich den politischen Überbau der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD), die bereits in den vergangenen Wochen in der Provinz Heseke (al-Hasakah) größere Regionen vom IS befreien konnten.

Der gemeinsame politische Rahmen und die grundsätzliche Zielsetzung des MSP wurden beim Gründungskongress von den Delegierten mit folgenden Worten festgehalten: »Es wurden die Beschlüsse gefasst, dass für den Aufbau eines dezentralen, demokratischen und pluralistischen Syriens das despotische Baath-Regime beendet werden muss, gegen alle terroristischen Gruppierungen mit ihren unterschiedlichen Namen und gegen den kulturellen Genozid entschiedener Widerstand geleistet werden muss. Für die Freiheit aller gesellschaftlichen Gruppen müssen die Prinzipien der Frauenfreiheitslinie zur Grundlage genommen werden und die Jugend als dynamische Freiheitskraft in der Gesellschaft betrachtet werden.«

Weitere Ziele, die auf dem Gründungskongress ausformuliert wurden, lauten:

- Forcierung einer Lösung der Syrienkrise durch demokratische und friedliche Gespräche, Dialoge und Verhandlungen;
- Vorantreiben eines politischen Wandels in Syrien durch die Ermöglichung von freien und demokratischen Wahlen;
- Garantierung des Schutzes aller Volks-, Glaubens- und kulturellen Gemeinschaften, die in Syrien leben;
- Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung, welche den demokratischen gesellschaftlichen Willen der Bevölkerung repräsentiert.

Auf der ersten Sitzung des MSP nach dem Gründungskongress wurden am 12. Dezember die Kovorsitzenden des Rates gewählt. Während Îlham Ehmed als Vertreterin von TEV-DEM zur Kovorsitzenden gewählt wurde, ging der zweite Kovorsitz an Heysem Menai, der als Vertreter der Weizenwellen-Bewegung (Teyar El-Qemih) im Rat sitzt. ♦

der Administration von Rojava bzw. der eben angesprochenen Demokratischen Kräfte Syriens aus?

Unter der Avantgarde der YPJ und YPG handelt es sich beim Bündnis der QSD um die stärkste militärische Bodenkraft im Kampf gegen den IS. Daher versuchen sowohl die USA als auch Russland, Einfluss zu nehmen auf die Kurden und deren Verbündete. Diese sind sich jedoch bewusst, dass beide Mächte nach ihren eigenen Interessen handeln und taktieren. Russland will das Regime am Leben erhalten und braucht dafür die Unterstützung der Kurden. In diesem Sinne gilt es auch die Rhetorik Putins im Hinblick auf die Kurden zu bewerten, die nicht auf der Liebe zu ihnen, sondern auf der derzeitigen Abhängigkeit von ihnen beruht. Im selben Licht ist die Annäherung der USA zu sehen. Während die anfänglich nur auf die arabische Opposition gesetzt hatten, brauchen sie jetzt für die Umsetzung ihrer Interessen die Kurden. Wir sind daher bestrebt, innerhalb Syriens eine Balance zu halten. Vielmehr forcieren wir die Lösung gemeinsam mit syrischen Gruppen. In diesem Zusammenhang sind wir gerade dabei, einen großen Kongress im Kanton Cizîrê vorzubereiten, an dem die gesamte säkulare Opposition teilnehmen soll. Diejenigen Kräfte, die weder nach Wien noch nach Genf eingeladen wurden, sind mittlerweile zu den bedeutendsten Akteuren in Syrien avanciert.

Wie bewerten Sie eine mögliche Intervention der Türkei?

Die Intervention Russlands zeigt, dass sich der Krieg weiter verschärfen wird. Eine türkische Intervention mit Bodentruppen ist eher unwahrscheinlich; da es sich um eine NATO-Grenze handelt, bedürfte es einer Entscheidung der NATO. Die AKP wird jedoch über andere Gruppen ihren Stellvertreterkrieg weiterführen.

Die Türkei versucht ihre Bestrebungen permanent mit der turkmenischen Bevölkerung zu legitimieren.

Die Türkei hat mit den Turkmenen in Syrien kaum etwas am Hut. Diejenigen, die von der Türkei militärisch ausgebildet und nach Syrien geschickt wurden, stammen größtenteils nicht aus Syrien. Teilweise soll es sich bei einigen auch um gar keine Turkmenen gehandelt haben. Die meisten Turkmenen in Syrien stehen kritisch zur Türkei, sind in der demokratischen Administration integriert und kämpfen an der Seite der Volksverteidigungseinheiten. Wie beispielsweise der Oberbefehlshaber von Burkan el-Firat, die seit Jahren an der Seite der YPG kämpfen. In den Gebieten, die laut Aussagen der AKP überwiegend turkmenisch bewohnt sein sollen, gibt es, wenn es hochkommt, vielleicht zehn turkmenische Dörfer, teilweise sind die Turkmenen dort selbst in der Minderheit. Es handelt sich hierbei nur um eines der zahlreichen Spielchen der Türkei.

Gibt es Bestrebungen der Demokratischen Kräfte Syriens, sich in einem gemeinsamen politischen Bündnis zu vereinigen?

Dahin gehend sind schon die ersten Schritte unternommen worden. Es ist geplant, sich in einem gemeinsamen politischen Verband zu vereinigen, dessen Kongress in Cizîrê abgehalten werden soll. Daran werden Gruppen wie die Armee der Revolutionäre (Dschaisch ath-Thuwar) und andere Gruppen teilnehmen. Auch die in Hama und Homs aktiven Gruppen sollen beteiligt werden. Es soll eine große demokratische Front entstehen, die den gesamten syrischen Norden, von Cizîrê bis ans Mittelmeer, vom IS und anderen dschihadistischen Gruppen befreit.

Dann würde auch Cerablus, das als letztes IS-Gebiet an der türkischen Grenze gilt, befreit werden.

Die Situation um Cerablus (Dscharabulus) ist keine einfache. Wir erleben zurzeit eine sehr komplexe Lage. Sollte die Region zwischen den beiden Kantonen Afrîn und Kobanê befreit werden, würde ein kurdischer Gürtel entstehen, der von Kerkûk (Kirkuk) über Mûsil (Mosul) und Şengal (Sindschar) und bis ans Mittelmeer reicht. Somit würde die Türkei ihre Vormachtstellung als Transitland für Erdöl- und -gaslieferungen verlieren, was ein Grund dafür ist, dass sie den Zusammenschluss der beiden Kantone um jeden Preis zu verhindern sucht. Die ersten Vorbereitungen für die Befreiung von Cerablus sind getroffen. Aufgrund dessen greifen auch Gruppen wie die Al-Nusra-Front Afrîn an, weil ihnen ihr letztes Einfallstor nach Syrien über die türkische Grenze verloren zu gehen scheint.

Seit Monaten bestimmt das Flüchtlingsthema die Tagesordnung in Europa und Deutschland. Was sind die Fluchtursachen für die Menschen? Und wie kann den Menschen geholfen werden?

Die wesentlichen Gründe für die Flucht der meisten Menschen ist die wirtschaftliche Situation. Weiter fürchten sie um ihr Leben, da Krieg herrscht. Doch sind die wirtschaftlichen Probleme vor allem auf das Embargo zurückzuführen, das die türkische AKP-Regierung verhängt hat. Selbst elementarste humanitäre Hilfe wird nicht über die Grenze gelassen. Dabei zielt die Türkei vor allem auf die Destabilisierung von Rojava.

Ihr Ziel ist es, die Bevölkerung von Rojava Hunger leiden zu lassen, damit das dortige System der demokratischen Autonomie an Legitimation verliert. Gleichzeitig hält sie seit Beginn des Bürgerkrieges die Grenze für dschihadistische Kämpfer und deren Nachschub offen. Dass der IS seinen Erdölhandel über die türkische Grenze betreibt, ist längst kein Geheimnis mehr. Die Türkei hat, indem sie bewusst die Flüchtlinge im eigenen Land nach Europa lenkte, die EU und vor allem Deutschland in die Knie gezwungen.

Wie bewerten Sie das Vorgehen der deutschen Bundesregierung?

Die deutsche Regierung richtet sich gegen ihre eigenen Werte und lässt sich zum Spielball der Türkei machen. Seit 2012 haben meine Kollegen und ich in mehreren Gesprächen mit der deutschen Bundesregierung betont, dass es die Region Rojava durch humanitäre Hilfe zu stärken gilt. Rojava ist das größte Auffangbecken für syrische Binnenflüchtlinge. Aufgrund des Embargos ist es mittlerweile viel schwieriger geworden, die Zahl der Flüchtlinge, die weit mehr als eine Million übersteigt, zu bewältigen. Deutschland gilt als der Staat, der am meisten humanitäre Hilfe für Syrien leistet. Bedauerlicherweise wird Rojava dabei außen vor gelassen. Begründet wird dies mit der angeblichen Nähe der Administration zur PKK. Unabhängig davon, dass der Behauptung Hand und Fuß fehlen, ist das keine legitime Begründung, um Flüchtlingshilfe zu verwehren. Vielmehr sollte die deutsche Regierung ihren Einfluss auf die Türkei nutzen, um Druck auf die AKP auszuüben, damit die ihre Grenze für humanitäre Hilfe öffnet.

Die gesamte linke demokratisch-alternative Szene schaut nach Rojava. Wie bewerten Sie das große Interesse der globalen linken Bewegung an der Rojava-Revolution?

Das Ausmaß der breiten internationalen Solidarität konnten wir am zweiten Weltkobanêtag am 1. November sehen. Bereits im Vorjahr hatte es in Hunderten Städten weltweit Solidaritätsaktionen zum World Kobanê Day gegeben. Die große Solidarität hatte wirksamen Druck auf die herrschenden Mächte ausgeübt, sodass die sich zum Handeln genötigt sahen. Bei der Revolution von Rojava handelt es sich um einen internationalistischen Kampf und den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Genauso wie für die anderen Mächte gilt es daher den Kampf in Syrien aus globaler Perspektive zu betrachten, in der für Rojava die Rolle als Stellvertreter des demokratisch-revolutionären Blocks zum Tragen kommt, der sich gegen den faschistischen und chauvinistischen Block der Nationalstaaten und Hegemonialkräfte stellt. Auch wenn die Völker Rojavas weiter ihrer Aufgabe als Vorreiter dieses Kampfes gerecht zu werden versuchen, bedarf es großer internationaler Solidarität und Unterstützung. Sowohl im ideellen als auch im praktischen Sinne. So gilt es neben der weltweiten Bekanntmachung des Projekts internationalen öffentlichen Druck auf die Türkei zu verstärken, damit sie ihre Grenze zu Rojava für humanitäre Hilfe öffnet. Nur so kann ihr Embargo gebrochen werden. ♦



Frauenkooperative Innana in Rojava im Kanton Cizîrê Foto: A. Bender

Zur gegenwärtigen Lage in Kobanê

Die Belagerung hält an

Idriss Nassan, Kobanê, 24.11.2015

Idriss Nassan ist Mitglied der Demokratischen Partei Kurdistans in Syrien (PDKS) und Beauftragter der Administration des Kantons Kobanê für auswärtige Angelegenheiten. Er hat Anglistik studiert und war seit 2004 als Englischlehrer tätig.

Kobanê umfasst ein Gebiet, in dem ca. 500 000 Menschen leben und das aus mehr als 400 Dörfern und Städten besteht. Es liegt im Norden Syriens an der Grenze zur Türkei in der Region, die Rojava *[kurd.: Westen]* genannt wird. Rojava hat viele Städte und Dörfer, die größte ist Heseke (Al-Hasaka), dann kommen Qamişlo (Al-Qamischli), Efrîn und Kobanê (Ain al-Arab).

Kobanê wurde am 19. Juli 2012 vom Regime Assads befreit. Die Befreiung war ein Ergebnis der Juli-Revolution. Nach und nach befreiten sich auch die anderen Städte und Dörfer Rojavas und erklärten in ihrem jeweiligen Kanton die Selbstverwaltung, an der alle Bevölkerungsteile wie die Kurden, Araber, Turkmenen, Christen und Assyrer beteiligt sind.

Zum ersten Mal konnten sich alle genannten Minderheiten frei äußern. Unter dem Regime Assads und seiner Baath-Partei galt nur die arabische Nation etwas und nur eine Macht, das Regime Assads.

Leider will die benachbarte Türkei keine Entwicklung zu einer Lösung der kurdischen Frage in einem der Staaten, die Kurdistan besetzen (Syrien, Irak, Iran, Türkei). So versuchen Erdoğan und andere türkische Kräfte, Rojava unter ihre Kontrolle zu bringen, indem sie islamistische Gruppen dazu bewegen, Kobanê und Rojava anzugreifen, zu belagern und zu kontrollieren.

Al-Nusra, Ahrar al-Scham und andere bewaffnete islamistische Gruppen zeigten ihre Feindschaft gegen die kurdische Bevölkerung durch Gefangennahmen und Entführungen. Sie rissen auch Lebensmittel, Medikamente und Babynahrung an sich und zerstörten die Wasser- und Elektrizitätssysteme in Kobanê.

Sie griffen Kobanê oft an, aber die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) verteidigten die Bevölkerung mutig, weshalb die Terroristen nicht weiter gegen diese vorgehen konnten. Doch das Leben war unter den andauernden Angriffen, Belagerungen und Bombardements äußerst schwer.

Am 15. September 2014 begannen die IS-Terroristen von drei Seiten überaus heftige Angriffe auf Kobanê. Dabei verwendeten sie Panzer, Mörsergranaten und alle schweren Gerätschaften, die sie aus Mossul und einigen syrischen Militärstationen hatten erbeuten können. Sie nutzten alles außer Kampfbombern.

Auf der anderen Seite waren die Einheiten der YPG und der YPJ, unterstützt von zivilen Freiwilligen aus Kobanê, Kurdistan und der ganzen Welt und lediglich mit einfachen und mittelschweren Waffen ausgerüstet. Der IS machte schnell Fortschritte gegen die kurdischen Kräfte, kontrollierte unsere Dörfer und zwang Menschen zur Flucht, indem ihnen angedroht wurde, geköpft zu werden oder als Sklaven genommen oder vergewaltigt zu werden, wie es im irakischen Şengal (Sindschar) passiert war.

98 % unserer Bevölkerung passierten unter dramatischen Umständen die Grenze zur Türkei. Barfüßige Kinder, weinende alte Männer und Frauen verließen mit enttäuschten Hoffnungen die Städte und Dörfer, die Widerstand leisteten und zerstört wurden.

Hunderte von mit dem Tod konfrontierten Zivilisten und Kämpfern waren äußerst mutig und leisteten über einen Monat Widerstand gegen Selbstmordattentäter und schwere Anschläge des IS, bis die Verteidigung Kobanês durch die Kampfflieger der internationalen Koalition, 150 Peschmerga-Kämpfer und einige Kämpfer der Freien Syrischen Armee (FSA) unterstützt wurde.

Alle Dörfer und die halbe Stadt wurden von den Terroristen kontrolliert und türkische Regierungskräfte behaupteten: »Kobanê wird fallen!«

Am 27. Januar 2015 wurde die Stadt Kobanê, die zu siebzig bis achtzig Prozent zerstört worden ist, befreit. Es war das erste Mal, dass der IS besiegt wurde. Damit wurde Kobanê ein internationales und humanitäres Symbol des Widerstands gegen Terrorismus.

Nach der Befreiung der Stadt beruhigten die Männer und Frauen hinter der Grenze ihren Schmerz irgendwie, da sie wieder den Boden Kobanês betreten konnten. Dennoch, es sind überall Ruinen und Zerstörung zu sehen.

Der Kampf ging weiter und so auch die Befreiung, bis alle Dörfer aus der Kontrolle des IS befreit waren. Dann wurden auch die benachbarten Städte Girê Spî (Tell Abyad), Sirrînê (Sarrin) und Ain Issa befreit und werden seitdem von Einheiten der YPG, YPJ und FSA beschützt. Der IS wurde über siebzig Kilometer in den Süden und ca. vierzig Kilometer in den Westen getrieben. Die östliche Seite Kobanês ist nun frei vom IS und mit dem Kanton Cizîrê verbunden.

Der Wiederaufbau begann mit der Bildung eines Kobanê Reconstruction Board am 27. Januar 2015 und einer Konferenz vom 2. bis 3. Mai in Amed (Diyarbakır), die von zahlreichen kurdischen Parteien und internationalen Organisationen besucht wurde, die alle am Wiederaufbau Kobanês interessiert sind.

Im Europaparlament wurde am 1. Juni 2015 eine von der EU finanzierte internationale Konferenz abgehalten. Es ist bisher schon viel wichtige Arbeit geleistet worden, doch der Wiederaufbau ist noch nicht vollzogen.

Schuttabtransport: Siebzig bis achtzig Prozent der Stadt wurden zerstört. Daher gibt es viele Ruinen, Schutt und Überreste des Krieges. 85 000 Lkw-Ladungen wurden abtransportiert und es besteht der Plan, die Schuttaufräumarbeiten in den kommenden zwei Monaten zu beenden. Außerdem wurde der größte Teil der Sprengfallen, Minen, Granaten und Raketen entschärft.

Wasser und Abwassersysteme: Sechzig Prozent des zerstörten Systems wurden bislang mit Unterstützung kurdischer Kommunen aus Nordkurdistan (Türkei) wieder in Gang gesetzt.

Wege und Straßen: Die Straßen in der Stadt wurden zu hundert Prozent repariert.

Elektrizität: Das gesamte Elektrizitätssystem ist zerstört. Daher versorgt die Verwaltung die Bevölkerung acht Stunden am Tag mit Elektrizität über Generatoren.

Gesundheitsbereich: Kobanê hatte vier Krankenhäuser und zwei medizinische Stationen, einige von ihnen sind beschädigt oder zerstört. Ein Krankenhaus und zwei Polikliniken wurden wieder aufgebaut. Sie bieten medizinische Versorgung für die Bevölkerung, aber es gibt noch immer Versorgungsengpässe bei Medikamenten, Impfstoffen und Geräten. Menschen mit schweren Krankheiten und Verletzungen schicken wir daher in die Türkei.

Bereich Bildung: Es gab fünfzehn Schulen in der Stadt und über 400 in den Dörfern. In der Stadt sind noch acht Schulen zerstört, sieben wurden schon wieder aufgebaut. In den Dörfern wurden über 120 Schulen wieder aufgebaut und über 9 000 Kinder und Jugendliche können nun zur Schule gehen.

Land- und Viehwirtschaft: Der größte Teil der Felder und des Viehbestands wurde bei den Angriffen des IS zerstört. Diesen Bereich wiederaufzubauen und für die Produktion vorzubereiten war wie ein Neubeginn. Die Verwaltung ist mithilfe einiger humanitärer und kurdischer Organisationen in der Lage, Bauern mit Brennstoff, Saatgut, einigen Maschinen und Hunderten Schafen und Ziegen zu versorgen. Der Bedarf ist allerdings noch groß.

Wiederaufbau: Ein großer Teil unserer Bevölkerung lebt noch immer als Vertriebene in Zelten in Camps im Westen von Kobanê und in der Türkei. Im Westen Kobanês wird ein Projekt mit 1320 Appartments realisiert, um diesen Menschen eine Unterkunft zu bieten. Aber ohne einen Hilfskorridor wird es lange Zeit brauchen, entsprechendes Material wie Zement, Eisen und so weiter heranzuschaffen.

Humanitäre Organisationen in Kobanê: Einige Organisationen wie MSF, Concern, IMC, ICOR, Global, DCA, AAR JAPAN, IRC und andere sind aktiv in Kobanê.

Trotz aller erwähnten Entwicklungen ist Kobanê in allen Lebensbereichen noch immer in einem kritischen Zustand. Es gibt weiterhin Engpässe bei Lebensmitteln, Medikamenten, Material für den Wiederaufbau, Elektrizität, Krankenhäusern, Schulen etc.

Die Belagerung geht weiter. Die türkischen Autoritäten blockieren weiterhin den einzigen Grenzübergang zur Türkei (Mürşitpınar). Die Umgebung in der Region wird durch die Terroristen des IS kontrolliert. Daher ist ein humanitärer Korridor oder der Zugang über die türkische Grenze dringend notwendig für Kobanê, um mit humanitärer Hilfe und Material für den Wiederaufbau ausgestattet werden zu können.

Ansonsten hält die Krise weiter an und die Vertriebenen sind durch Krankheiten und Seuchen gefährdet. ♦

Klage gegen die Bundesregierung wegen unterlassener Hilfeleistung

Gesundheitszentrum an die Selbstverwaltungsorgane des Kantons Kobanê übergeben

Elke Dangeleit

Am 20. November 2015 wurde das von internationalen ehrenamtlichen Aufbauhelfern und -helferinnen und Bauarbeitern aus Kobanê gebaute Gesundheitszentrum der Stadt und dem Betreiber, dem »Kurdischen Roten Halbmond« (Heyva Sor a Kurdistanê), offiziell übergeben. In Kobanê (Ain al-Arab) gab es eine feierliche Übergabe, wo Ibrahim Haj Khalil, der Ko-Bürgermeister von Kobanê, den Brigaden für ihren Einsatz und die große moralische Unterstützung dankte.

Das Gesundheits- und Sozialzentrum ist 600 qm groß und wird mehrere ärztliche Behandlungsräume sowie einen OP- und Röntgenraum beherbergen. Eine Apotheke, Räume für medizinische Weiterbildung, Bildungsarbeit sowie für die Jugend- und Frauenförderung sollen ebenfalls zur Verfügung stehen. Bereits bei der Planung waren zahlreiche Fachleute und Architekten beteiligt, die ehrenamtlich den Bau vorbereiteten und begleiteten. Nach dem erneuten IS-Anschlag auf Kobanê im Juni 2015 schlug die Selbstverwaltung vor, das Gebäude zusätzlich zu unterkellern. Im Keller sollten damit Schutz- und Lagerräume geschaffen werden. Der Bau des Gebäudes ist so konzipiert, dass eine Erweiterung durch den Aufbau eines zweiten Stockwerks möglich ist. Entsprechend dem Wunsch der Verwaltung und der Ärzte vor Ort wird die Ausstattung um eine Endoskopie-Einheit, ein Röntgengerät, moderne Ultraschalldiagnostik u. a. erweitert.

Träger des Baus ist der Solidaritäts- und Förderverein »Gesundheitszentrum Kobanê« in Kooperation mit den Selbstverwaltungsorganen des Kantons und der Stadt Kobanê sowie den Brigaden von ICOR, der »Internationalen Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen«, die aus Internationalisten, Gewerkschaftern, Anarchisten, Mitgliedern der MLPD, Anhängern der LINKEN oder der Sozialdemokraten bestanden.

Seit Juni 2015 waren insgesamt sieben Solidaritätsbrigaden der ICOR mit mehr als 170 Teilnehmern aus zehn Ländern – die meisten aus Deutschland – vor Ort im Einsatz. Eine Brigade war jeweils ca. vier Wochen im Einsatz. Die Brigadisten und Brigadistinnen im Alter von 18 bis 72 Jahren arbeiteten dort ehrenamtlich und finanzierten die Reisekosten selbst.

Das Grundstück von insgesamt mehr als 6 000 qm wurde von den Selbstverwaltungsorganen zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung des Gesundheitszentrums erfolgte ausschließlich durch Spenden, Eigenleistung, Werkzeug- und Materialspenden und Spenden von medizinischem Gerät. Baumaterial, Diesel und Baumaschinen wurden von der Stadt zur Verfügung gestellt. Der Gesamtwert des Projekts liegt bei etwa 1,5 Millionen Euro.

Initiative »Ökologischer Wiederaufbau Kobanê«

Das Gesundheitszentrum soll nicht nur der medizinischen Versorgung dienen, es soll auch ein Modellprojekt für den ökologischen Wiederaufbau der Region werden. Traditionelle Baumaterialien in Verbindung mit moderner Technologie sollen zum Einsatz kommen: So wurde z. B. die auch in der Region fast in Vergessenheit geratene traditionelle Bauweise mit Lehmziegeln wiederbelebt und 7500 Lehmziegel wurden selbst produziert. Sie dienen wie die Außenbeschattung und die Isolierglasfenster der Wärmeregulierung des Gebäudes. Eine ökologische Energieversorgung basierend auf Photovoltaik, Wärmepumpen, Batteriespeicher und eine Notstromversorgung sind in Planung. Die Räume sollen mit energiesparender LED-Beleuchtung ausgestattet werden. Eine biologische Abwasseraufbereitung wie auch die Begrünung des Geländes zur Verbesserung der klimatischen Umgebungsbedingungen ist vorgesehen.

Bis zum 31.12.2015 hat sich die Initiative das Ziel gesetzt, 150 000 Euro dafür zu sammeln.

Wer diese Initiative unterstützen möchte, kann unter dem Stichwort »Ökologischer Wiederaufbau Kobane« auf das Konto von »Solidarität International e. V.« spenden.

Initiative »Medizin für Rojava« sammelt Spenden für medizinisches Gerät

Auch die bundesweite Initiative »Medizin für Rojava« mit über 100 Ärzten sowie Apothekern, Krankenschwestern, Beschäftigten und Studierenden des Gesundheitswesens unterstützt das Gesundheitszentrum fachlich und finanziell. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Einrichtung des Zentrums zu übernehmen, um die Basisversorgung der dort lebenden Menschen sicherzustellen. Schon jetzt haben sie zahlreiche medizinische Geräte, Hilfsgüter und Spenden gesammelt. Ihr Spendenziel sind 200 000 Euro (http://www.medizin-für-rojava.org/).

Die Initiative »Medizin für Rojava« wird die Patenschaft für gezielte Einsätze und Ausbildungsmaßnahmen übernehmen. Angesichts der Traumatisierung unzähliger Frauen durch die IS-Terroristen soll dort auch ein Projekt zur Ausbildung von Frauen zur psychologischen Betreuung traumatisierter Frauen stattfinden.

Spenden kann man hierfür unter dem Stichwort »Medizin für Rojava« auf das Konto:

Solidarität International e.V.
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84
BIC: FFVB DEFF
(Frankfurter Volksbank)

Die Übergabe des Zentrums wurde auch in zahlreichen deutschen Städten feierlich begangen. In Berlin fanden sich ca. 200 Leute in den Räumen der »Berliner Plattform der HDP« ein, um mit anwesenden Brigadisten zu feiern. Es wurde ein Film der ICOR-Brigaden vorgeführt, der sehr anschaulich machte, unter welchen schwierigen Bedingungen der Aufbau stattgefunden hat: Nachdem die erste Brigade unter lebensgefährlichen Umständen und auf abenteuerlichen Wegen in Kobanê angekommen war, gab es gleich am nächsten Tag den großen IS-Anschlag auf Kobanê.

Sie blieben trotzdem. Es gab keine Schubkarren, der Schutt musste mit großen Plastikplanen wegtransportiert werden. Die einzige uralte Betonmischmaschine in Kobanê kam zum Einsatz, ein Monster aus vergangenen Zeiten. Dadurch, dass die Türkei keine Maschinen und Baumaterialien nach Kobanê lässt, kam es immer wieder zu Verzögerungen am Bau. Auch die kurdische Autonomieregierung im Nordirak zeigte sich nicht kooperativ: Zur feierlichen Übergabe des Gesundheitszentrums sollten Mitglieder der Brigaden und des Solidaritäts- und Fördervereins »Gesundheitszentrum Kobanê« teilnehmen – sie wurden von der KDP-Regierung nicht über die Grenze gelassen.



Feierliche Enthüllung der Gedenktafel bei der Übergabe des Gesundheitszentrums in Kobanê. Foto: rf-news.de

Auch in den folgenden Tagen gelang es den Leuten nicht, über die kurdische Autonomieregion nach Rojava einzureisen. Die Beteiligten wandten sich am 3.12.2015 an die Öffentlichkeit mit der Bitte um Unterstützung. Mit fadenscheinigen Argumenten wurden sie von den Behörden abgewimmelt.

Hier ein Auszug aus der Pressemitteilung des Solidaritätsvereins:

»Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns hiermit in einer dringenden Angelegenheit in Sachen humanitäres Hilfsprojekt in Kobanê/Rojava zum Aufbau eines Gesundheits- und Sozialzentrums an Sie.

Anlass ist die skandalöse Verweigerung der Bundesregierung und des Auswärtigen Amtes sowie des Deutschen Generalkonsulats in Erbil (Autonome Region Kurdistan, Irak) den Aufbauhelferinnen und -helfern des humanitären Projekts beim Grenzübergang von der Autonomen Region Kurdistan nach Westkurdistan/Rojava (Syrien) behilflich zu sein. Dies ist die Quintessenz von zwei Schreiben, die den Verein nach mehrwöchiger Wartezeit Anfang dieser Woche erreichten.

Wir haben keinerlei Verständnis für die vorgeschobene Begründung, dass für dieses Gebiet eine allgemeine Reisewarnung des Auswärtigen Amtes besteht. Reisewarnungen sind sinnvoll zur Orientierung für Touristen, können jedoch niemals das völkerrechtlich verbriefte Recht auf humanitäre Hilfe aushebeln, zu dem sich die EU und die Bundesregierung verpflichtet haben. Oder soll das Rote Kreuz niemals mehr in Kriegsgebiete gehen dürfen?

Frank Jasenski, Vorsitzender des Solidaritäts- und Förderverein ›Gesundheitszentrum Kobanê‹ dazu:

›In einer Situation, in der der Winter einbricht und Menschen allein wegen mangelnder medizinischer Versorgung sterben, kommt das Vorgehen der Bundesregierung dem Tatbestand einer unterlassenen Hilfeleistung gleich! Wenn es der Bundesregierung wirklich darum geht, Fluchtursachen abzubauen und den barbarischen Terror des IS zu bekämpfen – warum fällt sie dann ausgerechnet denjenigen in den Rücken, die dies vor Ort am erfolgreichsten tun, nämlich den Menschen in den demokratisch verwalteten Gebieten in Rojava?‹

Beabsichtigt oder nicht – im Ergebnis wird der Abschluss und die Inbetriebnahme des Gesundheitszentrums blockiert, um nicht zu sagen sabotiert. Durch die Blockade sind allein durch die letzten Tage 1200 Facharbeiterstunden für das Gesundheitszentrum buchstäblich ›auf der Strecke geblieben‹. Dies wird sich negativ auf den eingeleiteten Rückkehrprozess der Flüchtlinge, und fördernd auf den Fluchtprozess nach Europa auswirken. Menschen werden weiter sterben oder leiden wegen mangelnder medizinischer Versorgung!«

Mittlerweile hat die Initiative am 8.12.2015 Klage beim Verwaltungsgericht Berlin wegen unterlassener humanitärer Hilfeleistung durch die Bundesregierung eingereicht. Ihre Pressemitteilung vom 8.12. im Wesentlichen:

»Gegenstand des Eilantrages gegen die Bundesregierung und das Auswärtige Amt in Berlin ist die unterlassene humanitäre Hilfeleistung.

Sieben humanitären Helfer sitzen seit drei Wochen im Irak fest, weil ihnen der Grenzübertritt zur Einreise nach Rojava/Nordsyrien verweigert wird. Sie wollen dort die Abschlussarbeiten und die Inbetriebnahme eines Gesundheits- und Sozialzentrums in Kobanê unterstützen, das dringend gebraucht wird.

Mit dem Eilantrag soll erreicht werden, dass die deutsche Regierung diplomatische Maßnahmen ergreift, um den humanitären Helfern den Zugang zu der Stadt Kobanê in Rojava/Nordsyrien zu ermöglichen.

Mit rund 20 Anfragen an das Auswärtige Amt, die Deutsche Botschaft in Ankara sowie das Deutsche Generalkonsulat in Erbil/Nordirak wurde jeweils um praktische Unterstützung für die Entsendung der Helfer oder den Transport von Hilfsgütern gebeten. Die Anfragen wurden überwiegend nicht beantwortet. Eine praktische Unterstützung erfolgte in keinem Fall.

Das ist ein eklatanter Verstoß gegen die völkerrechtliche Verpflichtung, die auch auf EU-Ebene im ›Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe‹ (Amtsblatt der EU 2008/C/25/01) ihren Niederschlag gefunden hat. Dazu heißt es in Teil I 1. (Abschnitt 8):

›*Die humanitäre Hilfe der EU umfasst neben Hilfs-, Rettungs- und Schutzaktionen zur Rettung und Erhaltung von Menschenleben in und unmittelbar nach humanitären Krisen auch Maßnahmen, die den ungehinderten Zugang zu bedürftigen Bevölkerungsgruppen und die ungehinderte Beförderung der Hilfe erleichtern oder ermöglichen.*‹ (Hervorhebung d. U.)

Aus alledem resultiert die völkerrechtliche Verpflichtung, die Regierung der Autonomen Region Kurdistan-Irak um die Genehmigung des Grenzübertritts für das humanitäre Hilfspersonal des Antragstellers zu ersuchen und hierzu die erforderlichen diplomatischen Schritte durch die deutsche Bundesregierung zu ergreifen.« ♦

Interview zum Selbstverständnis der organisierten Jugend Rojavas

»Wir haben jung begonnen und jung werden wir siegen«

Hannah Kohlmann und Michael Knapp

Ende Oktober hielt sich eine Delegation mit Aktivist*innen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen emanzipatorischer Bewegung, von der Jugendbewegung bis hin zu Vertreter*innen von Parteien, in Rojava auf und führte eine Reihe von Interviews. Viele von uns besuchten dabei Rojava nicht das erste Mal und in allen Bereichen war die Veränderung, die Weiterentwicklung des Projekts in Rojava zu spüren. Die Kantone Kobanê und Cizîrê sind verbunden worden und dabei entstand eine Fülle neuer Möglichkeiten. Das Interesse am Modell der Demokratischen Autonomie ist groß, so wurden beispielsweise in der mehrheitlich arabisch bewohnten Stadt Gîre Sipî (Tell Abyad) die ersten basisdemokratischen Räte gegründet und viele von denen, die vor dem Terror des Islamischen Staates (IS) geflohen sind, kehren zurück. Die alternative, demokratische Ökonomie weitet sich trotz des Embargos aus, erste große Kooperativen sind entstanden, in denen sich mehr als 2000 Haushalte selbst versorgen. Es haben sich neue Allianzen geformt wie die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD), in denen die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) gemeinsam mit den arabischen Quwet al-Sanadid, Liwa Suwar ar-Raqqa und Suryoye-Gruppen dem IS entscheidende Niederlagen beigebracht haben, Städte wie das drusische as-Suwayda im Süden Syriens haben ebenfalls ihre Demokratische Autonomie erklärt. Ein alternativer Aufbau, der eines Tages ganz Syrien und den Mittleren Osten erfassen kann, zeichnet sich dadurch am Horizont ab. Schon jetzt bedeuten diese Erfolge die Chance, die Basis des Modells der Demokratischen Autonomie weiter in die Gesellschaft hinein zu verbreitern. Und auch hierbei gilt ein in Rojava immer wieder zitierter Ausspruch Abdullah Öcalans: »Wir haben jung begonnen und jung werden wir siegen.« Der Jugendbewegung kommt hierbei eine entscheidende transformatorische Rolle zu. Denn während die Kräfte der Herrschaft der Alten, der Gerontokratie, die sich überall in einer Eingrenzung der Jugend niederschlägt, zum Erhalt des Status quo beitragen, hat die Jugend die Chance, eine Initiativkraft zu sein, die neue Antworten auf die Frage »Wie leben?« anbietet und vor allem auch umsetzt. Die kurdische Bewegung hat sich daher immer vor allem als Jugendbewegung verstanden, wobei sich Jugendlichkeit auch auf die Fähigkeit bezieht, Initiativkraft zu sein. Nicht umsonst ist auch die Jugendbewegung in Rojava autonom organisiert, sodass sie sich als Jugendbewegung selbst gestalten und verwalten kann. In diesem Zusammenhang möchten wir Euch zunächst ein Interview mit der Jugendbewegung von Rojava YCR präsentieren.

Die Revolution in Rojava ist für die ganze Welt von großer Bedeutung. Kannst Du den Beginn der Revolution aus Sicht der syrischen Jugend schildern?

Am Anfang der Revolution standen Aufstände, die in ganz Syrien stattfanden. Dadurch entstand ein Ungleichgewicht, die Präsenz des Staates und die Möglichkeit des Staates, allerorts seine Kontrolle zu bewahren, wurden schwächer.

Viele Jugendliche, die heute ihren Platz in der Revolution haben, waren wie ich zu Anfang in Aleppo oder anderen Städten, um dort an den Universitäten zu studieren. Als die Aufstände und die Revolution begannen, sind wir wie alle auf die Straße gegangen. Es war das Gefühl, sich von einer langen Unterdrückung befreien und ohne Angst vor dem Regime frei äußern zu können.

Mit der Zunahme und Verbreitung der Aufstände und unserer eigenen Teilnahme daran begannen wir, das System, in dem wir gelebt und in dem wir zuletzt als Studierende unseren Platz gehabt hatten, zu hinterfragen. Wir hinterfragten, wozu wir eigentlich an den Universitäten studieren, was uns dort beigebracht wird, und analysierten, dass wir doch eigentlich nur als verlängerter Arm des Regimes unterrichtet werden, um letztendlich auch unseren Platz im Staat einzunehmen und auf diese Art und Weise unser Leben zu führen. In dieser Zeit gab es viele Demonstrationen, die vom Staat angegriffen wurden. Viele von uns wurden verletzt und uns wurde letztendlich bewusst, dass der Staat uns nichts geben kann, da unser Wohl nicht in seinem Interesse liegt. Also beschlossen wir, unser Wohl selber in die Hand zu nehmen.

Die Rolle der Jugend in der Revolution wurde uns in dieser Zeit immer bewusster. Die Jugend kristallisierte sich durch ihre Radikalität langsam heraus, welche durch die zunehmend härtere Unterdrückung des Regimes verstärkt wurde. Wir stellten fest, dass wir nicht weiter ständig im Kampf mit dem System stehen können, ohne wirklich den Schritt aus dem System hinaus zu wagen. So entschieden wir, uns von diesem Staat und dem System organisatorisch abzutrennen, Teil des Aufbaus eines selbstbestimmten, autonomen Systems zu sein und nach Rojava zu gehen.

Und wie organisiert Ihr Euch als autonome Jugend in Rojava?

Yekîtiya Ciwanên Rojava (YCR) ist der Dachverband der Jugendbewegung in Rojava. Die Organisierung der Jugend geschieht wie in allen Bereichen von unten nach oben. Wir bauen also auf den Ebenen der Straßenzüge, Stadtteile, Städte, Dörfer und Regionen eigene Kommunen, Räte und Komitees auf. Die Jugend ist aber immer auch in den Räten der gesamten Bevölkerung vertreten, um den Willen und die Interessen der Jugend zu repräsentieren und zu verteidigen.

Einen wichtigen Bereich unserer Arbeit stellt die Gestaltung sozialer Aktivitäten dar, indem wir als Jugend Sport-, Kunst- und Kulturkomitees gründen. Uns geht es nicht einfach nur darum, ein politisches System aufzubauen, sondern ein anderes Leben, ein neues Leben für die Jugend. Die Sport-, Kunst- und Kulturkomitees werden immer von den Bedürfnissen der Jugend und der Bevölkerung ausgehend gebildet. Es macht natürlich keinen Sinn, ein Komitee für Fußball zu gründen, wenn eigentlich alle Jugendlichen Volleyball mögen. Oder es macht keinen Sinn, ein Volleyballfeld zu bauen, wenn alle Gitarre spielen wollen. Zu unserer Arbeit gehört auch das Bereitstellen der notwendigen Mittel, um überhaupt Sport machen zu können, wie Sportplätze und Sportvereine usw. Auch wenn man sagen könnte, dass der Aufbau sozialer Aktivitäten eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist, ist es insbesondere die Jugend, die sie als ihre eigene Sache sieht und insofern vollzieht.

Eine weitere Aufgabe ist die Arbeit an Schulen. Insbesondere in den Oberstufen bauen wir Jugendkomitees auf, damit die Jugendlichen auch innerhalb der Schulen ihre Probleme auf selbstorganisierte Weise lösen und ihren eigenen Willen gegenüber den Lehrkräften vertreten können. Das darf nicht als Opposition zum Schulsystem verstanden werden, sondern es geht darum, den Willen repräsentieren, Vorschläge und Interessen verteidigen und sich in Diskussionen durchsetzen zu können. Wir wollen alle Schüler*innen in die Organisierung der Jugend einbinden, da in den Schulen alle Jugendlichen aufeinandertreffen und dies somit auch der Ort ist, an dem sich alle Probleme und Sichtweisen der Jugendlichen konzentrieren und am besten lösen lassen.

In Qamişlo haben wir zum Beispiel ein Jugendzentrum speziell für Schüler*innen errichtet, in dem sich die Jugendlichen außerhalb des Schulunterrichts selbst bilden können, wo es Unterricht in verschiedenen Sprachen und alle möglichen anderen sozialen Aktivitäten gibt.

Die Jugend ist auch Teil der Verteidigung der Revolution. Als die Frauen- und Volksverteidigungskräfte YPJ/YPG aufgebaut wurden, haben sich besonders Mitglieder der revolutionären Jugend angeschlossen und die Verteidigung Rojavas in die Hand genommen. Auf dieser Grundlage organisieren wir als Jugend unsere eigenen Verteidigungseinheiten und bilden sie aus. Wo auch immer es zu Kriegshandlungen, zu verschiedenen Gefechten mit dem Feind kommt, sind wir als Jugend bereit, die Verteidigungseinheiten YPG/YPJ zu unterstützen. Aber auch unabhängig von konkreten Kriegshandlungen werden in den Dörfern und Straßen eigene Selbstschutzeinheiten der Jugend gebildet, die die Dörfer und Städte schützen.

Was auch immer du aufbaust, wie auch immer du das Leben schön gestaltest, wenn du es nicht verteidigen kannst, dann hat es letztendlich keine Bedeutung für die Revolution und für die Gesellschaft.

Und wie organisieren sich die jungen Frauen innerhalb der Jugend und der Gesellschaft?

Als junge Frauen organisieren wir uns in allen Bereichen und auch in der Jugendbewegung autonom als Bewegung der Revolutionären Jungen Frauen »Tevgera Jinên Ciwanên Şoreşger«.

Innerhalb der Jugend, der gesamten Gesellschaft oder auch auf militärischer Ebene ist es nach wie vor notwendig, sich als Frauen autonom zu organisieren und die eigene Verteidigung, die eigene Vertretung, die eigene Verwaltung, die eigene autonome Organisierung aufzubauen, weil die Gesellschaft uns teilweise immer noch nicht als gleichberechtigte Kraft und Teil der Gesellschaft akzeptiert.

In den Kommunen und Räten gibt es daher die sogenannte Geschlechterquote (jeweils 40 % für Männer und Frauen). Außerdem können alle Repräsentant*innen der Frauen nur von den Frauen selbst benannt werden und niemand aus der Gesamtbewegung und auch aus der Jugendbewegung kann sich in die Angelegenheiten der jungen Frauen einmischen.

In der Phase der Revolution ist uns die Organisierung der jungen Frauen am allerwichtigsten. Deswegen bilden wir uns ideologisch weiter, um darauf aufbauend unsere Schritte in der Praxis zu gehen. Bildung bedeutet für uns nicht nur, auf theoretische Weise ein Buch zu lesen, sondern es bedeutet auch, Bewusstsein zu schaffen, Stärke zu finden und sich auf jeder Ebene weiterzubilden. Gemeinsam zu erkennen, wo die Probleme liegen, und diese letztendlich gemeinsam zu überwinden, kann insofern auch eine Art von Bildung sein und als ein Beispiel gelten. Wir wollen die Hindernisse, die sich uns in den Weg gestellt haben, und auch die Grenzen, die wir uns selbst gesetzt haben, überwinden und die eigene Stärke und Kraft kennenlernen.

Eines der grundsätzlichen Themen innerhalb der Organisierung der Frauen und der jungen Frauen ist die Aneignung einer eigenen Wissenschaft, der Jineolojî, die Aneignung des Wissens über sich selbst und über die eigene Geschichte, die eigene Person, das eigene Geschlecht.

Wir sehen aber auch, dass es immer noch viele Probleme gibt. Die Anerkennung und das Verständnis sind noch nicht überall realisiert. Unsere Geschichte ist voll von Unterdrückung genauso wie von Widerstand. Die Geschichte der kurdischen Frauen ist voll von Symbolen, von Frauen, die einen starken Widerstand geleistet haben und dafür gefallen sind, wie Heval Zîlan oder Heval Bêrîtan und zuletzt in Kobanê Heval Arin Mirkan. Sie stehen für tausende Frauen, die in diesem Kampf ihr Leben gelassen haben für die Freiheit, für die Revolution und die Verteidigung der Errungenschaften. Deswegen ist es für uns keine Frage, jemals zu sagen, dass die Revolution verwirklicht ist, da der Moment das Erbe dieser Frauen ist. Die Revolution geht immer weiter, sie schafft in sich selbst wieder Revolutionen und muss sich immer wieder erneuern, um eine Revolution zu sein.

Welchen Hindernissen musstet Ihr Euch als Jugend beim Aufbau der Revolution stellen?

Dem Staat war die Jugendorganisierung natürlich ein Dorn im Auge, da er wusste, dass die Aufstände der Jugend, ihre Verteidigung und ihre autonome Organisierung eine Voraussetzung für den Erfolg der Revolution sind. Der Staat hat also versucht, unsere Arbeit mit allen Mitteln einzuschränken, indem er Jugendliche festnahm und ins Gefängnis steckte, Agent*innen einschleuste und Lügen verbreitete. Uns kam es aber nicht in den Sinn aufzugeben. Wir machten weiter, stärkten unsere Organisierung und bauten das Fundament der Organisierung aus. Unsere Antwort auf die zunehmende Repression war letztendlich, unser System mit unseren eigenen Händen aufzubauen. Die Wirkung des Staates auf die Jugendlichen und die Bevölkerung und auch deren Abhängigkeit vom Staat können nur dadurch gebrochen werden, dass wir unser eigenes System schaffen und dass die Jugendlichen und die Bevölkerung darin eingebunden werden, um sich schlussendlich vom Staat lösen zu können.



Kobanê konnte noch immer nicht neu aufgebaut werden, Trümmer und Schutt sind zur Seite geräumt worden. Doch wegen des Embargos fehlt es an allen wichtigen Dingen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen zu können. Wer helfen möchte, fiindet weitere Informationen unter: helpkobane.com Foto: A. Bender

Aber nicht nur der Staat, sondern auch die Gesellschaft hat uns Hindernisse in den Weg gelegt, indem unser Wille und unsere unabhängige Organisierung nicht anerkannt wurden. Doch mit der Zeit und durch den Kampf, den wir seit einigen Jahren jetzt fortgesetzt und ohne Unterlass führen, konnten wir uns letztendlich durchsetzen und werden nun anerkannt. Uns war immer klar, dass uns niemand etwas umsonst geben wird und dass wir uns als Jugend und junge Frauen unseren Willen und unseren Status der Anerkennung selbst erkämpfen müssen. Unser Ziel ist es, aufzudecken, inwiefern die gerontokratische Einstellung der Gesellschaft die Jugend beeinflusst, und die Gerontokratie aufzulösen. In der Praxis zeigt sich aber, dass das nicht so einfach ist.

Du hast eben von Gerontokratie, also der Herrschaft der Alten, gesprochen. Wie genau funktioniert die Gerontokratie und wie wehrt Ihr Euch als Jugend dagegen?

Das gerontokratische System setzt Alter mit Erfahrung gleich und schließt daraus, dass Menschen mit einem höheren Alter mehr Erfahrung hätten und somit auch mehr Recht auf Teilhabe an Entscheidungen und Entscheidungsprozessen haben sollten. Gerontokratie kann ihren Ausdruck dabei einerseits in Institutionen finden, also in der Art und Weise, wie die Gesellschaft verwaltet wird und von wem, andererseits schlägt sie sich aber auch in der Sichtweise innerhalb der Gesellschaft gegenüber Jugendlichen nieder. Wir stellen uns als Jugend gegen dieses System. Erfahrungen hängen nicht nur mit dem Alter zusammen, da die Lebensweise, die Ideologie und die Umsetzung der Ideologie im Leben wichtig sind. Es kommt auf die Überzeugung und den Willen an.

Gerontokratie zielt darauf ab, den Willen der Jugend und insbesondere die Jugend als organisierte Identität nicht anzuerkennen. Jugendliche, die innerhalb der Selbstverwaltung oder innerhalb von Parteien ihren Platz haben und als Mitglied eines Gremiums oder einer Partei anerkannt werden, werden nicht auf Grundlage ihrer organisierten Identität als Jugend anerkannt.

Für uns als Jugendliche ist die Grundlage für den Aufbau eines eigenen Systems, den Einfluss der Gerontokratie auf die Jugend aufzudecken und sie aufzulösen.

Unsere Maßnahme gegen dieses gerontokratische System ist unsere unabhängige und autonome Organisierung. Bildung ist auch ein sehr wichtiger Bestandteil unserer Verteidigung, um so ein Bewusstsein innerhalb der Jugend zu schaffen, sodass sie dazu in der Lage ist, sich selbst an dem Aufbau eines eigenen Systems und an allen gesellschaftlichen Ereignissen mit der eigenen Identität beteiligen zu können. Wir haben auch eigene Akademien, die von Jugendlichen organisiert werden und zur Selbstbildung dienen. Die Jugendlichen können sich dort besser kennenlernen, ihre eigenen Probleme, aber auch ihre Kraft und Stärke erkennen. Es wird zur kurdischen Geschichte, zu Problemen der Revolution, der Jugendorganisierung und ihrer Geschichte, der Geschichte der Frau, der Freiheit der Frau und auch zum Geschlechterkampf u. v. m. Bildung angeboten. Außerdem werden dort auch die verschiedenen Persönlichkeiten analysiert und darauf aufbauend wird versucht, auch die eigene Persönlichkeit innerhalb der Revolution und des Kampfes weiterzuentwickeln.

Warum waren die zum Teil im Westen des Landes organisierten Jugendbewegungen nicht erfolgreich?

All diese Jugendlichen waren an den Aufständen beteiligt, aber sie haben es nicht geschafft, die Vereinzelung und die Zersplitterung zu überwinden und sich als Jugend zu vereinen. Dadurch waren sie innerhalb der Gesellschaft verstreut, hatten keine gemeinsame Kraft und konnten so auch keine gemeinsame Ideologie und kein gemeinsames Bewusstsein schaffen. Sie haben es nicht geschafft, die Gerontokratie als grundlegende Linie zu erkennen und konnten daher keine Einheit finden.

Der grundlegende Unterschied ist, dass wir uns eine gemeinsame Ideologie und ein gemeinsames Bewusstsein erarbeitet haben. Hier gibt es eine gemeinsame Verteidigung, einen gemeinsamen Aufbauprozess, die gemeinsame Revolution.

Ich möchte noch mal auf die Entschiedenheit und die Entschlossenheit der Jugendbewegung in Rojava hinweisen. Wir haben als Jugend die Aufgabe, die Revolution in Rojava auf ganz Syrien und den Mittleren Osten auszuweiten und ein demokratisches Syrien und einen demokratischen Mittleren Osten zu schaffen. Dieser Weg ist noch nicht abgeschlossen, doch wir werden ihn mit hundertprozentiger Entschiedenheit fortführen.

Wir sehen heute, dass die Revolution in Rojava, wie klein sie geographisch auch sein mag, eine große Auswirkung auf die gesamte Welt und insbesondere auf die Jugendlichen in der Welt hat. Sie hat Bewegung bei verschiedenen Jugendlichen in der Welt ausgelöst. Es gibt Jugendliche, die nach Kurdistan gehen, sich anschließen und hier auf der Grundlage der Hoffnung und der Zuversicht arbeiten.

Viele Freund*innen aus Europa und anderen Ländern der Welt kämpfen hier an vorderster Front, so wie es Şehîd Avaşin und Şehîd Dilsoz getan haben, die hier in Rojava für die Verteidigung der Revolution und ihrer Werte gekämpft haben. ♦

Die Befreiungsaktion ist ein wichtiger Schritt für die Menschlichkeit

Şengal ist befreit – Şengal ist frei

Yilmaz Pêşkevin Kaba, Vorstandsmitglied bei der Föderation der êzîdischen Vereine FKÊ e. V.

Die Anerkennung der Autonomie/Selbstverwaltung und des Selbstschutzes von Şengal/Êzîdxan ist der einzige Garant für die Verhinderung weiterer Massaker und Genozide.
Die êzîdischen KurdInnen begrüßen, verstehen und unterstützen den Widerstand von Şengal als Verteidigung der Werte der Menschheit und der Menschlichkeit!

Am 13. November 2015 riefen die Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer vom Berg und aus der Stadt Şengal (Sindschar): **Şengal ist befreit – Şengal ist frei!**

In den frühen Morgenstunden des 12. November hatte eine groß angelegte Großoffensive gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) im Şengal-Gebirge begonnen – das Ziel: die Befreiung Şengals.

An der Operation waren neben den Widerstandseinheiten Şengals (Yekîneyên Berxwedana Şengalê, YBŞ) und der Widerstandseinheit der Frauen von Êzîdxan (Yekîneyên Jinên Êzîdxan, YJÊ) auch die FreiheitskämpferInnen der HPG/YJA-Star (Volksverteidigungskräfte/Einheit der Freien Frau der PKK) und der Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) aus Rojava sowie Peşmerga-Einheiten beteiligt.

Es ist für die ÊzîdInnen ein großer Lichtblick für die zukünftige Erhaltung und Freiheit der wichtigsten Region unserer Glaubensgemeinschaft – mit großer Anerkennung haben wir die frohe Botschaft dieser Aktion vernommen und begrüßt. Es ist von großer Wichtigkeit, dass jetzt noch intensiver weitere Befreiungsaktionen unterstützt werden. Jeder weitere Erfolg gegen den IS ist ein großer Schritt für die Verteidigung und den Schutz der Werte unserer aller Menschlichkeit.

Gerade jetzt nach der Befreiung werden die Hauptforderungen nochmals verstärkt eingebracht: die Anerkennung der Autonomie/Selbstverwaltung und des Selbstschutzes von Şengal/Êzîdxan.

Die Glaubensgemeinschaft der Êzîdinnen und Êzîden gehört zu den ältesten noch bestehenden der Welt. Der Großteil der Angehörigen dieser Gemeinschaft lebt – bedauerlicherweise gegenwärtig in der Vergangenheitsform, »lebte« – im Şengal-Gebiet (Südkurdistan/Nordirak). Über Jahrhunderte hinweg erlebten die ÊzîdInnen Verfolgung, Unterdrückung, Zwangskonvertierung/-islamisierung, Verleumdung, unzählige Massaker und Genozide. Seit der Staatsgründung des Irak – im Zuge der territorialen Verschiebungen nach dem 1. Weltkrieg – bis heute hat man es versäumt, der Stimme der ÊzîdInnen Gehör zu verleihen. So wurde ihr Status als Glaubensgemeinschaft bisher nicht anerkannt; weder durch den Irak noch durch die Vereinten Nationen. Ein Versäumnis, das bittere Konsequenzen nach sich zog und zieht.

Durch den Angriff des »Islamischen Staates« (IS) am 3. August 2014 wurde die êzîdische Gemeinschaft in ihren Grundfesten erschüttert. Mord, Vergewaltigung, Enthauptung, Verschleppung von Frauen und Kindern, Zwangskonvertierung/-islamisierung, Zwangsverheiratung, Sklaverei sowie eine Massenflucht von Hunderttausenden aus ihrer Heimat brachte die Barbarei des IS über die êzîdische Glaubensgemeinschaft.

Yilmaz Pêşkevin Kaba setzt sich in verschiedenen Organisationen in Celle, Hannover, aber auch auf Bundesebene u.a. für eine »bessere« Partizipation der MigrantInnen am gesellschaftlichen und politischen Leben ein. Dort ist er vor allem in den Bereichen Flüchtlingspolitik, Jugend und diplomatische Beziehungen sowie Öffentlichkeit mitverantwortlich. Er ist auch Vorstandsmitglied der Föderation der Êzîdischen Vereine FKÊ e. V. sowie des Demokratischen Gesellschaftszentrums der KurdInnen in Deutschland NAV-DEM e. V.



Şengal konnte dem IS entrissen werden. An der Operation waren neben den Widerstandseinheiten Şengals (Yekîneyên Berxwedana Şengalê, YBŞ) und der Widerstandseinheit der Frauen von Êzîdxan (Yekîneyên Jinên Êzîdxan, YJÊ) auch die FreiheitskämpferInnen der HPG/YJA-Star (Volksverteidigungskräfte/Einheit der Freien Frau der PKK) und der Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) aus Rojava sowie Peşmerga-Einheiten beteiligt. Foto: ANF

Ein Genozid im 21. Jahrhundert mit solch einer Brutalität sollte der Weltgemeinschaft mehr als nur ein einfacher »Fingerzeig« sein!

Der IS ist keine plötzliche Erscheinung, er wurde und wird systematisch unterstützt von Saudi-Arabien, Katar und vor allem der Türkei. Täglich fanden Waffenlieferungen durch die Türkei an den IS statt – gerade bei Kobanê – und unter den Augen des türkischen Militärs wurden systematisch weitere DschihadistInnen über die Grenze geschleust. Gleichzeitig wurden dort Kurdinnen und Kurden mit Gasgranaten und scharfer Munition beschossen, weil sie der Bevölkerung von Kobanê zu Hilfe eilen wollten.

Vor allem sind Frauen und Mädchen von den brutalen Angriffen und der Unmenschlichkeit des IS betroffen

Wir als êzîdische KurdInnen waren und sind sogar doppelter Verfolgung ausgesetzt, sowohl als Mitglieder der Glaubensgemeinschaft als auch als Angehörige der ethnischen Volksgruppe der KurdInnen.

Die menschenverachtenden Taten des IS finden keine Grenzen, sie sind ohne Zweifel die Definition der Unmenschlichkeit.

Die Terrorgruppe IS entführt und vergewaltigt Frauen und verkauft sie zur sexuellen Ausbeutung wie eine Ware. Mit ihrer Interpretation des Islam begründet sie ihre patriarchale Gewaltherrschaft. Imame vollziehen auf einige Stunden befristete »Eheschließungen«, um Frauenhandel und -versklavung zu legitimieren. Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass über 2.000 Frauen auf den von den IS-Milizen errichteten Sexskla-

vinnenmärkten in Mossul verkauft und vergewaltigt wurden und das über 4.000 weiteren bevorsteht. Es sind vor allem êzî-disch-kurdische und christliche Frauen und Kinder von diesen Gräueltaten betroffen. Einige konnten befreit werden bzw. aus der Gefangenschaft des IS entkommen. Diese Menschen sind höchst traumatisiert und brauchen dringend unsere Hilfe und Unterstützung. Die humanitäre Situation vor Ort ist immer noch katastrophal und das Ausmaß des Genozids wird immer klarer und deutlicher – ohne Zweifel ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein Armutszeugnis für die Menschheit.

Die Unterstützung der Türkei, Katars und Saudi-Arabiens beim Vormarsch des IS-Terrors

Der Widerstand in Kobanê und Şengal hat den Mythos der Unbesiegbarkeit des IS nun endgültig gebrochen. Doch nicht nur der IS hat in Kobanê eine Niederlage erlitten, sondern auch die türkische AKP-Regierung von Staatspräsident Erdoğan und Ministerpräsident Davutoğlu, die bis zum Schluss auf den Fall der KurdInnen durch die offensichtliche Unterstützung der IS-Banden gesetzt hat.

Die Türkei habe die Grenzen für sämtliche militanten IslamistInnen bewusst geöffnet, um ihre Stellung in der Region zu stärken. Sie habe sich als sicherer Hafen für den islamischen Kampf positionieren wollen … Erdoğan habe über den türkischen Geheimdienst MIT die IslamistInnen bewaffnet; deren sämtliche Waffen trügen das Label des türkischen Waffenlieferanten MKE. Die Türkei versorge verwundete IS-TerroristInnen in speziellen Krankenhäusern medizinisch und verbringe sie nach ihrer Genesung in die türkischen IS-Trainingscamps, heißt es in einem internen Papier der USA, das dem türkischen Journalisten Baskın Oran zugespielt wurde.

Die Türkei dient seit Beginn des Krieges in Syrien als Rückzugs- und Versorgungsraum sowie Transitzone für den KämpferInnennachschub des IS bzw. vorher der Al-Nusra-Front. Auch seine Erdölgeschäfte, die vor allem dazu beitragen, dass er finanziell immer unabhängiger und somit immer gefährlicher wird, kann der IS ohne große Komplikationen abwickeln.

Die Vorhaben und Ziele der Türkei und des IS decken sich in vielen Bereichen, vor allem nutzt die Türkei dessen Machenschaften im Irak und in Syrien, um die dortigen Regierungen zu schwächen und um den Errungenschaften der Freiheitsbewegung Kurdistans zu schaden und diese handlungsunfähig zu machen. Der IS ist immer offensichtlicher ein verlängerter Arm der Türkei.

Auch wenn die AKP-Regierung unter Erdoğan und Davutoğlu immer wieder leugnet, den IS bei seinen Angriffen auf Kobanê zu unterstützen, tauchen fast täglich neue Beweise für das Gegenteil auf. Sie sind in allen sozialen Netzwerken zu finden. Die technischen Möglichkeiten von heute gestatten eine zeitnahe Veröffentlichung dieser Belege, Videoaufnahmen etc.



Bilder von Şengal, die denen von Kobanê gleichen. Foto: A. Bender

Der Einsatz und die Rolle der Freiheitsbewegung Kurdistans

Diese Taten und Vorgehensweisen müssen für die zukünftige Politik im Nahen und Mittleren Osten berücksichtigt werden – eine Neubewertung mit entsprechendem Ergebnis wird für alle Schutz- und Verteidigungsbedürftigen positive Auswirkungen haben – die PKK ist für den Schutz und die Verteidigung aller Glaubens- und Religionsgemeinschaften sowie aller ethnischen Gruppen, die nicht in das menschenverachtende Weltbild des IS passen, ein unverzichtbarer politischer Faktor geworden. Gerade wir als êzîdische Glaubensgemeinschaft haben hier die Menschlichkeit der PKK erleben können. Deswegen sehen aber auch die ChristInnen, AlevitInnen, AssyrerInnen, AramäerInnen, TurkmenInnen etc. die PKK in unserem Heimatland als Garantin für Sicherheit und Freiheit.

In keinem Land der EU gibt es eine so rigide, uneinsichtige und gnadenlose KurdInnenverfolgung wie in Deutschland. Davon sind auch nicht wenige êzîdische KurdInnen betroffen, darunter auch einige Mitglieder unserer Föderation, die die größte Selbstorganisation êzîdisch-kurdischer MigrantInnen in Deutschland darstellt.

Unter anderem die letzten Ereignisse in Kobanê und Şengal haben nochmals Vorhaben und Ziele der PKK zum Vorschein gebracht. Sie war die Bewegung, die, ohne zu zögern, hunderttausend Menschen vor weiteren Massakern und Unmenschlichkeiten des IS schützen und verteidigen konnte. Gerade und vor allem wir als êzîdische Glaubensgemeinschaft haben hier die Menschlichkeit der PKK erleben können. Wir sehen sie mittlerweile in unserem Heimatland als Garantin für die Sicherheit und Freiheit unserer Glaubensgemeinschaft. Aber nicht nur wir, sondern auch andere Minderheiten wie die ChristInnen, AlevitInnen, AssyrerInnen, AramäerInnen etc. sehen die PKK derzeit genauso. Es ist mehr als offensichtlich, dass sie für Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit steht.

Bei allen Diskussionen und Vorhaben muss vor allem sichergestellt sein, dass alle beteiligten demokratischen AkteurInnen anerkannt und in den politischen Prozess einbezogen werden. Die internationale Verfolgung, Kriminalisierung und Isolierung der PKK, deren Kämpferinnen und Kämpfer zehntausenden Menschen das Leben gerettet haben und die heute gemeinsam mit den YPG aus Rojava die Hauptlast im Kampf gegen den IS trägt, müssen endlich beendet werden. Es kann nicht angehen, dass eine Organisation, die eine wichtige Partnerin bei der Bekämpfung des IS-Terrors ist, selber auf der EU-Terrorliste geführt wird.

Selbstverständnis der Föderation der Êzîdischen Vereine – Federasyona Komelên Êzîdiya – FKÊ

Die Föderation der Êzîdischen Vereine e. V. vertritt die Interessen der in ihr organisierten ÊzîdInnen/êzîdischen KurdInnen unabhängig von deren Herkunft und politischer Orientierung. Zu den Arbeitsschwerpunkten der Föderation der Êzîdischen Vereine e. V. gehört die gelungene Integration der Mitglieder in die Mehrheitsgesellschaft, der Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes des ÊzîdInnentums sowie soziale und humanitäre Hilfestellung für Flüchtlinge und Notbedürftige in Europa und den Herkunftsländern der ÊzîdInnen.

Zur Erreichung ihrer Ziele arbeitet die Föderation der Êzîdischen Vereine e. V. auch eng mit ImmigrantInnenverbänden und Menschenrechtsorganisationen in Deutschland zusammen. Durch ein breites Netzwerk ist die Föderation mit anderen êzîdischen und kurdischen sowie weiteren Organisationen aus dem Nahen Osten in Europa eng verknüpft.

Die Aufhebung des PKK-Verbots sowie die Streichung der PKK von der Terrorliste der EU wären wichtige Schritte auf dem Weg zur Bekämpfung des IS-Terrors und somit ein großer Beitrag zum Schutz und zur Verteidigung aller Glaubens- und Religionsgemeinschaften sowie aller ethnischen Gruppen im Nahen Osten.

Die Freiheitsbewegung Kurdistans hat seit ihrer Gründung stets auf der Seite aller unterdrückten und verleugneten Volksgruppen, Glaubens- und Religionsgemeinschaften gestanden. Sie hat die Freiheit des kurdischen Volkes stets mit der Freiheit dieser Gemeinschaften verknüpft betrachtet. Auch wir sehen die Perspektive der demokratischen Nation als ein Modell, das zur Demokratisierung des Irak und Syriens, zur Lösung der kurdischen Frage und zum freien Leben der Volksgruppen, Glaubens- und Religionsgemeinschaften der Region führen kann. Die demokratische Nation umfasst alle Volksgruppen und findet ihren Ausdruck im freien und demokratischen Leben in einem gemeinsamen Heimatland. Aus dieser Sicht bedeutet die Freiheit der KurdInnen zugleich auch die Freiheit der Glaubensgemeinschaft der ÊzîdInnen und die Freiheit aller anderen Völker und die Freiheit dieser Völker stellt zugleich die Freiheit der KurdInnen/ÊzîdInnen dar. – Die Freiheitsbewegung Kurdistans hat sich zur Aufgabe gemacht, sich für die Anerkennung des Genozids an den ArmenierInnen einzusetzen. – Auch das von Abdullah Öcalan erarbeitete Modell des Demokratischen Konföderalismus, vor allem für die Demokratisierung der Türkei und den Frieden in Kurdistan, stellt ei-

nen Lösungsansatz dar – für die KurdInnen, aber insbesondere auch für die in der Region lebende Bevölkerung.

Geteilte Freiheit ist nicht halbe Freiheit, sondern doppelte. *»Nur dann sind wir wahrhaft frei, wenn alle Menschen, die uns umgeben, alle Volksgruppen, Glaubens- und Religionsgemeinschaften, ebenso frei sind wie wir. Die Freiheit der anderen, weit entfernt davon, eine Beschränkung oder die Verneinung unserer Freiheit zu sein, ist im Gegenteil ihre notwendige Voraussetzung und Bejahung.«*

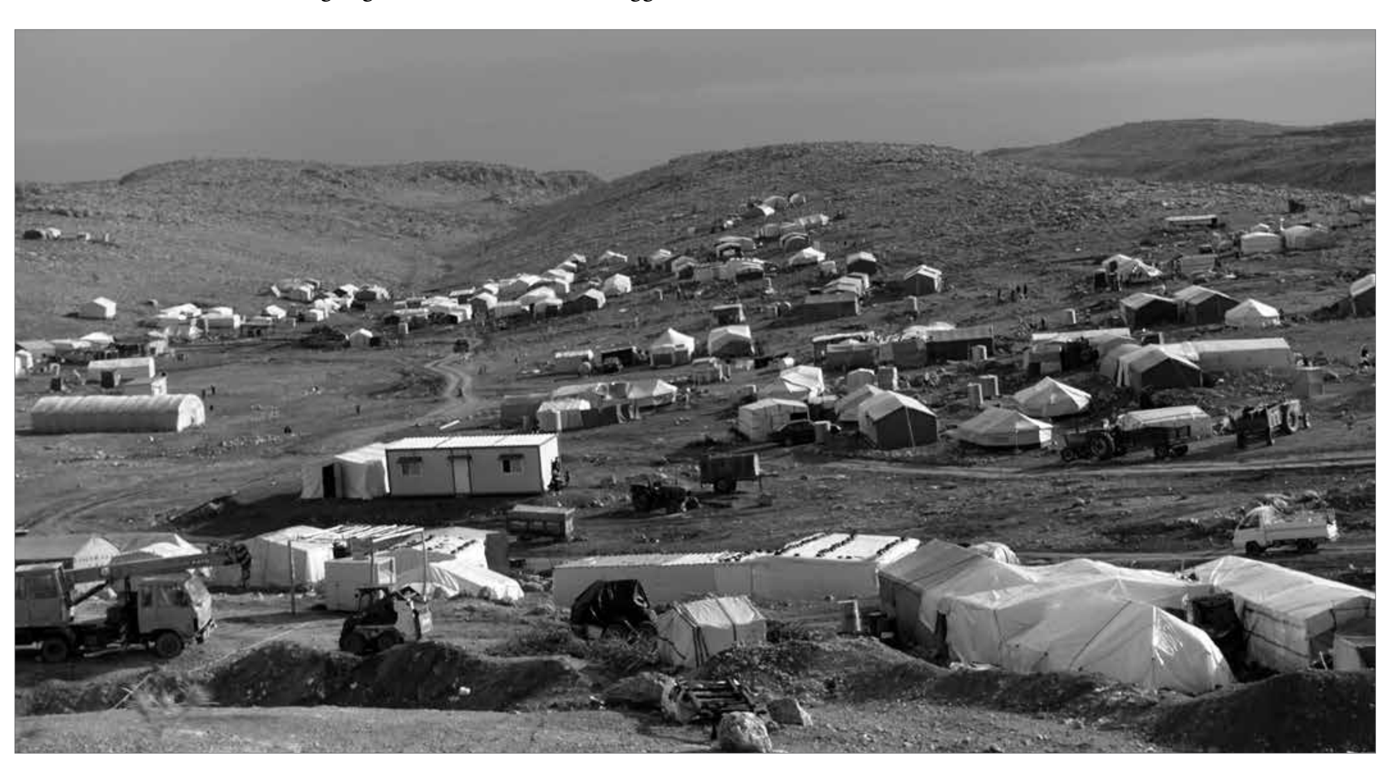
Die Lösung der gesellschaftlichen und politischen Fragen mit dieser Perspektive erscheint für uns deshalb als die richtigste und die demokratischste, die effektivste und nachhaltigste aller Lösungsmöglichkeiten.

Die Zukunft Şengals

Nach den Angriffen sowie den damit verbundenen Massakern und Vertreibungen mit dem Ziel eines Völkermordes war klar: So wie bisher kann und darf es nicht weitergehen. Eine Änderung der politischen und gesellschaftlichen Situation ist für den Schutz und die Verteidigung von Şengal unabdingbar – denn die nicht vorhandenen Strukturen zur Selbstverwaltung, zum Schutz und zur Verteidigung waren mit die ausschlaggebenden Gründe für das Ausmaß des versuchten Völkermordes sowie die Vernichtung des ÊzîdInnentums in Şengal.

Der erste Schritt, um für die Zukunft von Şengal zu handeln, war die Gründung der Widerstandseinheiten Şengals – Yekîneyên Berxwedana Şengalê, YBŞ. Diese neugegründete Formation war maßgeblich in Zusammenarbeit mit den FreiheitskämpferInnen der HPG/YJA-Star und der Volksverteidigungseinheiten YPG sowie der Frauenverteidigungseinheiten YPJ aus Rojava dafür verantwortlich, dass weitere Übergriffe verhindert und viele Regionen in und um Şengal befreit wurden.

Am 14. Januar 2015 hielten zweihundert êzîdische Delegierte im Şengal-Gebirge eine Versammlung ab und gründeten einen »Rat zur Selbstverwaltung«. Dies soll dem neuen êzîdischen Selbstverständnis Ausdruck verleihen, dass man das eigene Schicksal und die Zukunft nicht in »fremde« Hände geben will. Denn die Vergangenheit hat mit schmerzlicher Klarheit gezeigt, dass nicht auf die Rechtschaffenheit und Solidarität »fremder« RegentInnen vertraut werden sollte. Zu erwähnen sei hier, dass die Regierung der »kurdischen Autonomieregion« diesen Prozess der ÊzîdInnen mit allen Mitteln zu verhindern sucht, indem sie z. B. ÊzîdInnen festnehmen lässt, die einen solchen Prozess verwirklichen wollen. Die neue Selbstverwal-



Rund um Şengal lebt die Bevölkerung in Zelten, für Zivilpersonen konnte die Stadt noch nicht freigegeben werden. Foto: A. Bender

tung ist eine repräsentative und zeitlich begrenzte Körperschaft, die von den Delegierten geschaffen wurde.

Es ist absolut wichtig, dass sich die êzîdischen KurdInnen noch besser organisieren. Aus den Erfahrungen der Freiheitsbewegung Kurdistans können und müssen wir lernen und uns weiterhin für die Autonomie, sprich die Selbstverwaltung und den Selbstschutz einsetzen. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass wir uns für eine Gesellschaft und Menschheit in Demokratie, Frieden, Freiheit und Menschlichkeit zusammenfinden, um dann dieses Vorhaben leben und erleben zu können.

Die Kultur der Verleugnung muss beendet werden. Kein Volk soll unter der Machtlogik von Staaten und dessen stumpfem Nationalismus leiden. Kein Mensch verdient den Tod auf Grund seiner ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit bzw. seines Glaubens. Verbrechen ist Verbrechen und Verbrechen zu relativieren ist wieder ein Verbrechen. Nur die Anerkennung der Schuld kann dem Nationalismus ein Ende bereiten. Nur so schaffen wir eine Voraussetzung für ein demokratisches Miteinander. Denn die Auseinandersetzung mit der blutigen Vergangenheit bedeutet gleichzeitig, die nationalistische Identität, die sich gegen jegliche Minderheit richtet, zu verwerfen.

Im Gedenken an die Opfer dieses Genozids und zum Zeichen der Geschwisterlichkeit der Völker werden wir weiterhin alles Notwendige dafür tun, dass die Tatsache des Genozids anerkannt wird – wir werden weiterhin alles daran setzen, dass alle Gräueltaten aufgedeckt werden.

Die Forderungen an die internationale und die Staatengemeinschaft

Die internationale Gemeinschaft sowie die internationale Staatengemeinschaft müssen ihren Einfluss geltend machen und handeln, vor allem müssen sie ihren NATO-Partner Türkei zügeln und ihre Wirtschaftspartner Saudi-Arabien und Katar zur sofortigen Beendigung der Unterstützung des IS auffordern, zur Not auch mit Sanktionen etc., um die universellen Werte Freiheit, Menschenrechte und Demokratie zu verteidigen, welche zurzeit von den KurdInnen in Rojava und Şengal geschützt und verteidigt werden.

Ein konsequentes und gemeinsames Handeln gegen den IS ist unabdingbar. Die Anerkennung der multiethnischen und -religiösen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) als Demokratiemodell für den Mittleren Osten muss dringend erfolgen. Ebenso die Unterstützung Rojavas und Şengals auf allen Ebenen zur Prävention weiterer Massaker sowie die Errichtung eines Hilfskorridors für Kobanê und Şengal, um dort den Wiederaufbau zu ermöglichen.

Diese ganzen Vorhaben sind wichtig, um dem IS auf gesellschaftlicher und politischer Ebene das Handwerk zu legen. Werden diese Punkte nicht umgesetzt, stärkt das den IS und bestätigt als logische Schlussfolgerung seine Existenz unter den islamischen Bevölkerungsgruppen. Die IS-IslamistInnen werden weiterhin auf ihrem Vormarsch der Zwangsislamisierung, Genozide und Massaker an ÊzîdInnen und ChristInnen sowie anderen Glaubensgemeinschaften bleiben, wenn sie nur militärisch und nicht politisch bekämpft werden.

Jetzt geht es darum, die befreiten Regionen von den Banden des IS zu säubern und Sicherheit für ihre Bewohnerinnen und Bewohner herzustellen. Şengal ist zu einem großen Teil zerstört. Es wird dringend Unterstützung für den Wiederaufbau gesucht, damit die Hunderttausenden Flüchtlinge aus Şengal, die jetzt unter elenden Bedingungen auf der türkischen Seite der Grenze ausharren, in ihre Heimat zurückkehren können.

Unsere Forderungen als gesellschaftliche und politische VertreterInnen sind u. a.:

- Die internationale Anerkennung der ÊzîdInnen als eigenständige und unabhängige Glaubensgemeinschaft.
- Die Selbstverwaltung der ÊzîdInnen soll durch die EU, USA und UN anerkannt und ihre demokratischen Bestrebungen unterstützt werden.
- Die Unterstützung Şengals sowie aller Regionen der ÊzîdInnen auf allen Ebenen, zur Prävention weiterer Massaker.
- Die Klassifizierung und Einstufung der Massaker und Gräueltaten vom 03.08.2014 (und der folgenden Zeit) als Genozid durch die verantwortlichen Institutionen der UN sowie die Anerkennung des 3. August als internationaler Tag des Völkermords an den ÊzîdInnen.
- Die êzîdischen »Widerstandseinheiten Şengals« (YBŞ) und die »Widerstandseinheit der Frauen von Êzîdxan« (YJÊ), welche den Schutz und die Verteidigung der ÊzîdInnen in Şengal gewährleisten, sollen als solche anerkannt und ihre Ausrüstung und Ausbildung zur weiteren Bekämpfung des IS gefördert werden.
- Ein konsequentes und gemeinsames Handeln gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS).
- Internationale Fonds und politische Unterstützung für den Wiederaufbau des Şengal-Gebiets sowie die Einrichtung eines Hilfskorridors, um den dort erforderlichen Wiederaufbau zu ermöglichen. ♦

Ein Einblick in die Selbstverwaltung der Geflüchteten in Kurdistan

Vergesst die UN!

Dilar Dirik

In von der PKK unterstützten Camps in Kurdistan lehnen die Geflüchteten die Opferrolle ab und haben ihr Schicksal selbst in die Hand genommen, indem sie ihr eigenes autonomes System schaffen. Lasst uns einen Blick auf eine andere Geflüchtetengeschichte werfen, ohne in die entmenschlichenden und brutalen Diskussionen einzusteigen, die die sogenannte Flüchtlingskrise beherrschen. Eine Geschichte von Autonomie, Vermittlung, Selbstverwaltung und Empowerment. Drei Geflüchtetencamps illustrieren diese radikale Alternative zum Status quo.

Maxmur

Unsere Reise beginnt in Maxmur, 40 Minuten Fahrtzeit südlich von der irakisch-kurdischen Hauptstadt Hewlêr (Arbil). Selbst heute bezeichnen die Camp-Bewohner_innen ihre Existenz als »ein Wunder«. Es wurde in den 1990er Jahren errichtet, nachdem die türkische Armee kurdische Ortschaften zerstört und hunderttausend gewaltsam vertrieben hatte, die Massakern und Zwangsassimilation entkamen. Fern des mit Werbeplakaten türkischer Firmen dekorierten US-befeuerten Systems in Hewlêr fühlst du beim Betreten des von PKK-Guerillas beschützten Maxmur-Camps eine gänzlich andere Atmosphäre: ein kommunales Leben.

Aufgrund seiner explizit politischen Natur wurde das Camp, das offen die PKK unterstützt, vom türkischen und dem irakischen Staat wie auch von der Hewlêr regierenden PDK (Demokratische Partei Kurdistans) über die Jahre hinweg mehrmals verlegt und wiederholt kriminalisiert, überfallen und teilweise zerstört. Die UN haben das Lager wegen ihrer Politik nie über die Grundbedürfnisse hinaus angemessen unterstützt.

In der Anfangszeit wurden auf diesem wüstenähnlichen, lebensfeindlichen Stück Land viele Kinder durch Skorpione getötet. Trotz aller Angriffe etablierten die Menschen mit der Zeit ein grundsätzlich autonomes System und verwandelten das Land in eine fruchtbare grüne Ansiedlung. Jede Nachbarschaft hier bildet eine Kommune, jede mit einer autonomen Frauenkommune. Das Bildungssystem, einschließlich der Lehrpläne, die Gesundheitsversorgung, die Wirtschaft etc. sind selbstbestimmt und unabhängig von der KRG (Kurdistan Regional Government) im Irak. Die gesamte Infrastruktur wurde kollektiv aufgebaut. »Jede_r hat hier einen Stein in jedem Haus gesetzt«, heißt es in der Geschichte Maxmurs.

Dilar Dirik ist Doktorandin an der Universität Cambridge mit wissenschaftlichem Schwerpunkt auf der kurdischen Frauenbewegung. Unter anderem ist sie Kolumnistin bei Kurdish Question http://kurdishquestion.com/. Auf ihrem Blog »Jin, Jiyan, Azadî« finden sich weitere Texte von ihr.

Der Ischtar-Frauenrat wurde 2003 gegründet, um die Forderungen und Bedürfnisse der Frauen zu repräsentieren. Die Frauenakademie »Sehîd Jîyan« (benannt nach einer bei einem Aufstand von der PDK getöteten Frau des Lagers) unterrichtet im Lesen und Schreiben, in Selbstverteidigung (philosophisch und bewaffnet), Welt-, Regional- und Frauengeschichte, demokratischem Konföderalismus, Ökologie und anderem.

»Wissen bedeutet Bewusstsein«, erklärt Aryen, die an der Akademie unterrichtet. »Es gab Zeiten in Mesopotamien, in denen die Gesellschaft von Frauen organisiert wurde. Diese Zeit war sehr viel ethischer und egalitärer als die heutige. Wir wollen durch die Wiederbelebung der Werte, die uns als Frauen genommen wurden, Widerstand leisten, indem wir Frauen mit Stärke und ethisch-politischem Selbstbewusstsein erziehen.«

Wer auch immer die Unsichtbarkeit gewöhnlicher Frauen im ultrapatriarchalen Hewlêr erlebt hat, trifft hier auf einen sehr unterschiedlichen Frauentyp: selbstbewusst, durchsetzungsfähig und glücklich – ein maßgeblicher Indikator dafür, wie ein

systemrelevantes Umfeld das Leben von Frauen beeinflusst. Obwohl das Camp angeblich unter dem Schutz der UN steht, war es allein die PKK, die die Menschen evakuiert und verteidigt hat, als der ISIS letztes Jahr angriff. Alle Erwachsenen im Lager wissen, wie mit einer Waffe umzugehen und abwechselnd Nachtwache zu halten ist.

Şengal

Unser nächster Halt führt uns in die Şengal-(Sindschar-)Berge, die Stätte des jüngsten Massakers an den êzîdischen Kurd_innen.

»Dies ist definitiv das letzte Massaker an den Êzîd_innen«, sagen die Leute hier. »Wenn wir in die Diaspora verstreut werden, wird das auf jeden Fall unser Ende sein. Wir werden aufhören, als eine Gemeinschaft zu existieren. Deswegen ist der einzige Weg zu überleben, uns zu organisieren.«

Was viele nicht realisieren, die die soziologischen Faktoren von Vertreibung nicht begreifen, ist, dass die Verbindung zu einem bestimmten Stück Land für viele Gemeinschaften ein existenzielles Element ist. Vertreibung bedeutet oft die unumkehrbare Auslöschung von Geschichte.

»Aufgrund von Verrat und mangelnder Organisierung wurden wir zu Opfern«, erklärt ein Mitglied des Gründungsrats von Şengal, der im Januar 2015 auf der Grundlage von Abdullah Öcalans System der demokratischen Autonomie gegründet wurde. »Jetzt wissen wir, wenn wir uns nicht um uns kümmern, wird es niemand tun.«

Schätzungsweise 40 000 Menschen leben zurzeit in Zelten im Gebirge. »Anfangs liefen wir von Zelt zu Zelt, um die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Schrittweise begannen wir, eine Selbstorganisation durch verschiedene Komitees für Dienstleistungen, Kultur, Gesundheit, Bildung, Wirtschaft etc. aufzubauen, um Alltagsbelange zu regeln, aber auch langfristige Ziele. Frauen und Jugend organisieren sich autonom. Sehr schnell waren wir der PDK ein Dorn im Auge, die sich zurückzog, als das Massaker begann«, fügte er hinzu. Während die PDK die Straßen für andere blockiert, verteilt sie hier internationale Hilfe aus dem Ausland in eigenem Namen.



Zwiebelgarten im Camp Newroz im Kanton Cizîrê. Foto: A. Bender

Dêrik

Unser letzter Halt ist das Newroz-Camp, das im August 2014 in Dêrîk (Al-Malikiyah) gegründet wurde, nachdem mehr als 10 000 Êzîd_innen durch den »humanitären Korridor« über die schwindende irakisch-syrische Grenze von Şengal nach Rojava geflüchtet waren. Der Korridor war von den YPG/YPJ (Volks- und Frauenverteidigungseinheiten) aus Rojava und PKK-Guerillas erkämpft worden. Während meines ersten Besuchs im Lager im Dezember 2014 hatte das von der Türkei und der PDK – Letztere kontrollierte den Grenzübergang auf irakischer Seite – über Rojava verhängte vollständige Embargo jeglicher humanitären Hilfe, inklusive Lebensmitteln und Decken, und sogar Büchern den Übergang verwehrt. Aufgrund politischen Drucks, besonders nach dem Widerstand von Kobanê, stellen nun einige internationale Organisationen begrenzte Hilfe bereit. Aber das Embargo dauert an. Die Geflüchtetenbehörde der Vereinten Nationen (UNHCR) versuchte das Camp entsprechend ihrem universellen Konzept neu aufzubauen, ungeachtet der Tatsache, dass dort bereits ein selbstbestimmtes System praktiziert wurde. Konfrontiert mit dem Widerstand der Lagerversammlung, war die UNHCR gezwungen, deren Forderungen zu respektieren, und liefert nun materiellen Bedarf, den die Menschen selbst verteilen.

Wir haben unsere Rettung niemand anderem anvertraut, wir haben unser Schicksal selbst in die Hand genommen und unsere eigene Selbstverteidigung und unser eigenes Gesellschaftssystem geschaffen. Wir haben das Leben süsser gemacht, indem wir uns selbst organisieren.

Vermeintlich verantwortliche internationale Institutionen haben diese Menschen häufig sterben, hungern und leiden lassen, indem sie sich staatlicher Politik unterwarfen. Währenddessen schaffen sich die Geflüchteten, denen alles genommen wurde, ein würdiges und kraftvolles Leben.

Alan Kurdî

Im September schaffte es das Foto des im Meer ertrunkenen und am Strand angespülten kleinen Kindes Alan Kurdî aus Kobanê, das stumme Gewissen der Menschheit zu berühren. Mein Genosse, der kurdische Aktivist Mehmet Aksoy, schrieb: »Manchmal steht das Schicksal eines Kindes schon 100 Jahre, bevor es geboren ist, fest. Wir sprechen nicht von einem göttlichen Schicksal, wir sprechen von historischen Kräften, Politik, Macht, Hegemonie, wirtschaftlicher Ausbeutung und Kolonialismus.«

Was Körper wie den von Alan Kurdî so brutal wertlos macht, ist diese Ordnung, die Staatsgrenzen höher bewertet als menschliche Wesen.

Was können wir in einer von Nationalstaaten diktierten Welt von einem System wie den UN erwarten, das nur die Vertretung von Staaten respektiert, die die Massaker von heute verschulden, Genozide, ethnische Säuberungen, Massenvertreibungen, Armut, Krieg und Zerstörung, um nur einiges zu nennen, weil es sie per Definition erfordert, besonders wenn man bedenkt, dass sein Kern aus den größten waffenverkaufenden Staaten der Welt gebildet wird?

Es ist eine Strategie der internationalen Ordnung, um den rassistischen Status quo aufrechtzuerhalten, wenn vertriebene Menschen als abhängige, apolitische Subjekte dargestellt werden, während ein chauvinistischer Diskurs in Aufnahmeländern geführt wird, die selbst auf Imperialismus, Rassismus, Kolonisierung, Raub, Ausbeutung, Krieg, Mord und Vergewaltigung aufgebaut wurden. Allerdings erzählen Maxmur, Dêrik und Şengal, gestärkt durch die PKK-Ideologie, die das Nationalstaatssystem ablehnt, eine andere Geschichte.

Sabriye, eine Mutter aus Maxmur, erklärt: »Sie fürchten uns, weil wir auf unseren eigenen Füßen stehen. Wir haben unsere Rettung niemand anderem anvertraut, wir haben unser Schicksal selbst in die Hand genommen und unsere eigene Selbstverteidigung und unser eigenes Gesellschaftssystem geschaffen. Wir haben das Leben süßer gemacht, indem wir uns selbst organisieren.«

Weit mehr als Wohltätigkeit brauchen Geflüchtete Genossinnen und Genossen, die Ursachen für Vertreibung (wie fremde Invasionen und Waffenhandel) bekämpfen helfen und die Autonomie der Betroffenen unterstützen. Letzten Monat hat Alan Kurdîs Vater Abdallah zur politischen Anerkennung der Rojava-Administration aufgerufen: »Ich bin dankbar für Euer Mitgefühl für mein Schicksal. Das hat mir das Gefühl gegeben, nicht allein zu sein. Aber ein wesentlicher Schritt, um diese Tragödie zu beenden und ihre Wiederkehr zu vermeiden, ist die Unterstützung unserer Selbstorganisierung.«

Die Welt hat für Alans Vater geweint, wird sie seine Politik ebenso unterstützen? ♦

Die deutsche Kriegsbeteiligung, die Türkei und die Kurden

Das Auswärtige Amt ist der Ort für Proteste

Sevim Dağdelen, MdB DIE LINKE

Oft soll gerade heftiges Abstreiten einer Sache die Wahrheit verdecken. So ist es der Fall nach der Entscheidung einer Mehrheit der Abgeordneten von Union und SPD im Bundestag für eine Beteiligung am Krieg in Syrien. So verneint die Bundesregierung heftig, dass die deutschen RECCE-Aufklärungstornados, die nach Syrien entsandt werden, auch Bilder von Stellungen der kurdischen Selbstverteidigungsstreitkräfte im Norden Syriens an ihre Partnerin Türkei in der Kriegskoalition liefern werden. Aber ist dieses plötzliche Dementi glaubwürdig? Die Türkei ist NATO-Partnerin, gerade erst hat die EU die finanzielle Unterstützung der Türkei in Höhe von drei Milliarden Euro im Gegenzug zur Abwehr syrischer Flüchtlinge durch Ankara beschlossen und der türkische Militärstützpunkt Incirlik dient 550 Bundeswehrsoldaten als Basis für den Krieg in Syrien. Angesichts dieser engen Verflechtungen scheint es wenig glaubhaft, dass die Bundeswehr ihre Daten derart sortieren wird. Selbst wenn die deutschen Zieldaten des Nordens Syriens nicht an die Türkei gehen, werden sie sehr wohl an die USA, Katar und Saudi-Arabien gehen. Wie wahrscheinlich ist es denn, dass gerade Katar und Saudi-Arabien diese sensiblen Daten nicht an Erdoğan und Co weitergeben werden, unterstützt man doch gemeinsam islamistische Terrormilizen in Syrien, wie die Ahrar Al-Sham, die auch die Kurden in Syrien bekämpfen.

Während der in aller Eile anberaumten Abstimmung im Bundestag war die Bundesregierung nicht in der Lage, ein politisches Ziel ihrer Kriegsbeteiligung in Syrien zu benennen. Eine Unterstützung der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Syrien, wie beispielsweise der SPD-Abgeordnete Mützenich sie benannte, kann angesichts des bisherigen Handelns der Bundesregierung als Schutzbehauptung gelten. Hatte die Bundesregierung doch keinen Finger für einen humanitären Korridor nach Kobanê gerührt, geschweige denn ihre NATO-Verbündete Türkei für ihre Angriffe auf die syrischen Kurdinnen und Kurden auch nur kritisiert. In Deutschland intensivierte man sogar die Verfolgung von kurdischen Aktivisten als Morgengabe für eine bessere sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem AKP-Regime.

Jetzt aber benannte SPD-Vizekanzler Gabriel ein neues Kriegsziel. Der Vormarsch des Islamischen Staates (IS) soll durch den deutschen Kriegseinsatz gestoppt werden. Wer sich aber die Karte der Angriffe des IS in Syrien anschaut, wird schnell zu dem Schluss kommen, dass dies nichts als eine Notlüge Gabriels ist. Denn überall dort, wo der IS auf die syrischen Großstädte Damaskus, Aleppo, Homs und Hama vorrückt, sind es die syrischen Regierungstruppen zusammen mit der russischen Luftwaffe und Hisbollah-Einheiten, die gegen die barbarischen Terrorkrieger die syrische Bevölkerung verteidigen. Sowohl mit der syrischen Regierung als auch mit Russland hat aber die Bundesregierung jede Zusammenarbeit ausgeschlossen. Auch die Angriffe auf die vom IS eingeschlossene Stadt Deir ez-Zor im Euphrat-Tal kann die Bundeswehr nicht mit zurückschlagen, denn auch diese wird von syrischen Regierungstruppen gehalten.

Eine Unterstützung für die kurdischen Selbstverteidigungskräfte im Norden Syriens wird es auch nicht geben. Alle Versuche, gegen den IS über den Euphrat hinüberzusetzen, um eine Landverbindung zum kurdischen Kanton Afrîn herzustellen, sind bisher am Widerstand der NATO-Partnerin Türkei gescheitert, die ihre schützende Hand über den IS hält, auch wenn sie vorgibt, ihn zu bekämpfen. Über die Türkei läuft der für den IS so wichtige Erdölschmuggel. Die Türkei greift zudem gerade die Kurden an, die sich dem IS in der Region am entschiedensten entgegenstellen, und sorgt ferner, neben dem IS, für eigene islamistische Terrormilizen wie die turkmenischen Milizen oder unter einem Oberkommando mit der Al-Kaida operierende Terrortruppen für Nachschub. Der Krieg des AKP-Regimes gegen die Kurden in Syrien ist Teil seines Krieges gegen widerständige Kurden in der gesamten Region gerade auch innerhalb der Türkei.

Nach vier Jahren blutigem Bürgerkrieg in Syrien ist die Bundesregierung von ihrer Position, Verhandlungen nur unter Ausschluss des syrischen Präsidenten Assad führen zu wollen, abgerückt. Durch das russische Eingreifen herausgefordert, unterschrieb man die Wiener Vereinbarungen, in denen von

einer Lösung ohne Assad keine Rede ist. Während man für kommende Runden der Gespräche weiterhin an der Strategie, islamistische Terrormilizen als moderate Rebellen umzuetikettieren, festhält, ist von einer Unterstützung, die syrischen Kurden gegen den Widerstand Erdoğans und Saudi-Arabiens an den Verhandlungstisch zu bringen, nichts vernehmbar. Die deutsche Öffentlichkeit wird bewusst getäuscht, indem man suggeriert, die Waffenlieferungen an den Barzanî-Clan wären gleichbedeutend damit, den syrischen Kurden unter die Arme zu greifen. Im besten Falle können die syrischen Kurden bei ihrem Projekt Rojava nicht auf die Unterstützung Berlins zählen. Gerade die Verhältnisse in der Türkei weisen eben in eine ganz andere Richtung.

Plakataktion gegen die bundesweite Bundeswehrwerbung und gegen den durchgepeitschten Beschluss der deutschen Bundesregierung zum Krieg in Syrien. Foto: https://linksunten.indymedia.org/de/node/161785

Der türkische Staatspräsident Erdoğan verfolgt innenpolitisch eine Strategie der Spannung, um seine Macht und die Macht der AKP zu sichern. Da ist zum einen sein Krieg gegen die Kurden. Ganze Stadtviertel werden abgeriegelt. Scharfschützen aus Erdoğans Sicherheitskräften zielen auch auf kurdische Zivilisten. Die Bevölkerung soll eingeschüchtert und zugleich eine nationalistische Mobilisierung für die AKP vorangetrieben werden. Mit barbarischen Attentaten, die an die Zeit der NATO-Geheimarmeen erinnern, wird nicht nur die Demokratiebewegung in der Türkei ins Visier genommen. Erdoğans AKP erhält zudem Gelegenheit, sich als Law-and-Order-Partei zu inszenieren. Dazu gehört auch der jüngste Mord an dem Präsidenten der Anwaltskammer von Amed (Diyarbakır), Tahir Elçi. Zugleich erreicht die politische Verfolgungswelle Erdoğans gegen Oppositionelle, Gewerkschafter und Journalisten einen neuen Höhepunkt. Wer wie der Chefredakteur der türkischen Tageszeitung Cumhuriyet, Can Dündar, die Waffenlieferungen von Erdoğans Türkei an den IS und andere islamistische Terrormilizen in Syrien aufdeckt, gerät ins Visier der AKP-Islamisten, deren Selbstbild als islamisch-konservative Partei immer mehr zur Karikatur wird. Es soll in der Türkei keine Medien mehr geben, die kritisch über das AKP-Regime berichten. An Can Dündar soll ein Exempel statuiert werden. Diese Entwicklung war lange vorhersehbar, als Erdoğan den Friedensprozess abbrach und die Haftbedingungen für Abdullah Öcalan verschärfte.

Die Bundesregierung hat auf die Zuspitzung der innenpolitischen Situation in der Türkei mit einem regelrechten Schulterschluss mit der AKP reagiert. Ankara ist in der Tradition des osmanisch-kaiserdeutschen Militärbündnisses der beste deutsche Verbündete im Nahen Osten. Gerade der Krieg in Syrien und im Irak, wie auch die Flüchtlingsfrage, hat Erdoğan für die Bundesregierung zu einem noch wichtigeren Partner für die Durchsetzung geopolitischer Pläne in der Region werden lassen. Im Ersten Weltkrieg sollte das deutsch-osmanische Bündnis aufrechterhalten werden, »auch wenn dabei die Armenier zugrunde gehen müssen«. Heute kann man den Eindruck gewinnen, dass das deutsch-türkische Militärbündnis aufrechterhalten wird, auch wenn dabei die Kurden zugrunde gehen müssen. Es ist diese Politik der Bundesregierung, die erst die Verbrechen des Terrorpaten Erdoğan ermöglicht. Es ist diese Politik, die unseren äußersten Widerstand erfordert. Der Ort für Demonstrationen, um dieses Bündnis politisch anzugreifen, ist denn in Berlin nicht in erster Linie die türkische Botschaft, sondern das Auswärtige Amt. ♦

Wahlniederlagen für die Linke in Argentinien und Venezuela

Rojava als neuer Hoffnungsschimmer für die weltweite Linke

Can Cicek, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Wenn wir die Zeit Revue passieren lassen und den Kalender um 25 Jahre zurückstellen, blicken wir auf eine Zeit, in der die Linke weltweit in eine Zukunft voller Ungewissheit schaute. Der Realsozialismus war gescheitert. Viele sich auf das Sowjetsystem stützende Staaten, Regierungen und Bewegungen gingen in den Folgejahren einem rapiden Fall entgegen. Auf dem Boden, der jahrzehntelang als Grund sozialistischen Gedankenguts galt, gedieh ein kapitalistisches System, das in der Rasanz der Entwicklung eines derartigen Ausbeutungssystems seinesgleichen sucht. Der bipolare Wettstreit mündete nicht in eine multipolare Suche nach Freiheit und Gerechtigkeit, er endete in einer unipolaren Weltordnung, in der progressiver Abstraktion der Stempel des Reaktionären aufgedrückt wurde. Selbst ProtagonistInnen der weltweiten Linken gaben dem Sozialismus keine Chance mehr.

Inzwischen befinden wir uns in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts. Dem Beginn des Millenniums wird unterdessen das Siegel der Zeit der Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung verliehen. Die zapatistische Bewegung hatte bereits sehr früh gezeigt, dass eine andere Welt, jenseits der nationalstaatlichen Sphären des führenden Weltsystems, möglich ist. Durch die bolivarische Bewegung entstanden Diskussionen über einen »Neuen Sozialismus«. Die ersten linken und sozialistischen Regierungen wurden in etlichen Staaten Lateinamerikas gewählt. Fidel Castro musste nicht mehr länger allein das Zepter des einzigen Widersachers des neoliberalen Weltsystems hochhalten. Die rote Fahne wurde inzwischen über weiten Teilen des südamerikanischen Kontinents gehisst. Die Krise des kapitalistischen Systems wirkt seit 2007 nun auch im Westen. Während die führenden Industriestaaten sich nicht nur von der letzten größeren Finanzkrise erholen, sondern sogar noch Profit daraus schlagen konnten, droht Staaten an der europäischen Peripherie der Bankrott. Allen voran Griechenland. Entgegen der zentraleuropäischen Aufoktroyierung der Austeritätspolitik gewann die Linke in Griechenland an Stärke. Was vor wenigen Jahren niemand auch nur im Rahmen des Möglichen gesehen hatte, wurde wahr. Das Parlament von Athen wurde von einer linken Regierung geführt, die trotz massiven Drucks aus Brüssel weiter standhält. Rojava ist für die weltweite Linke zu einem Hoffnungsschimmer aufgestiegen. Indessen schocken die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen in Argentinien und Venezuela.

Wie ist der Rechtsruck in Argentinien und Venezuela zu erklären?

Die Resultate beider Wahlen sind nicht überraschend. Der Hauptgrund dafür ist in dem Unvermögen zu suchen, eine systemische Veränderung zu verwirklichen. So zeichneten sich in beiden Ländern Entwicklungen ab, die für sämtliche Machteliten von Staaten charakteristisch sind. Vor allem Korruption und Paternalismus ragen dabei hervor. Sowohl in Venezuela als auch in Argentinien bediente sich die Linke des Staates als Apparat zur Umsetzung ihrer Ziele und Wertvorstellungen. Symptomatisch für Oppositionsgruppen, vor allem für linke Bewegungen, ist, dass sie die Reduzierung beziehungsweise Minimierung der staatlichen Einflusssphäre in das gesellschaftliche Leben postulieren. Dieser Forderung folgt nach der Machtübernahme nur sehr selten eine wirkliche Umsetzung. Ähnlich wie Prinzipientreue und Dogmatismus sich mit der Anpassung an die politische Konjunktur und den Möglichkeiten des sich ergebenden Machtterrains mischen.

Selbstverständlich ist die Frage, wie links die Regierung um Cristina Kirchner ist, eine eigenständige Debatte. Die Gründe für den Wahlsieg von Mauricio Macri sind jedoch nicht nur in der Gegenpropaganda privater Medienkonzerne und den wirtschaftlichen Problemen zu suchen. In den letzten Jahren ist zwar die Armut im Lande redu-

Can Cicek hat an der Technischen Universität Darmstadt und der Philipps Universität Marburg Politikwissenschaften studiert. Seit 2012 ist er Mitarbeiter von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

ziert worden, doch hat sich aus einem großen Teil derjenigen, die ehemals zur ärmlichen Bevölkerung gehörten, eine neue Mittelschicht geformt.

Fehlende Alternativen

Ein erheblicher Teil dieser neuen Mittelschicht hat bei dieser Wahl für die reaktionären Kräfte gestimmt. Teilweise sogar für PutschistInnen. Dieses soziale Phänomen zeigte sich in mehreren Ländern Lateinamerikas, beispielsweise in Brasilien. »Eine Art Krieg zwischen den ehemals und den noch Armen.« Die Worte Marco Consolos verleihen diesem Umstand die optimale Beschreibung. In diesem Sinne werden zwar quantitativ weniger Menschen gezählt, die unter der Armutsgrenze leben, doch werden die Armen immer ärmer. Die gerechtere Umverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen und die damit verbundene positive Wirkung gilt es auch nur temporär zu bewerten. Dem Geschwür der kapitalistischen Moderne eine systemische Alternative entgegenzusetzen, vermochte die Kirchner-Regierung genauso wenig, wie einer/m angemessenen NachfolgerIn den Weg zu bereiten. Wie auch im Nahen und Mittleren Osten genießen Einzelpersonen meistens einen mehr als repräsentativen Charakter in ihrer Partei beziehungsweise in der Bewegung, die sie verkörpern. Der Wegfall dieser charismatischen Führungspersonen führt oftmals zur Schwächung der Gesamtbewegung, da in den meisten Fällen die eigentlich essenzielle Basisarbeit vernachlässigt wird. Wie wir auch in Venezuela am Beispiel Chavez sehen konnten.

Die Partei des verstorbenen Präsidenten erreichte bei der vergangenen Parlamentswahl vom 6. Dezember 2015 nur 40,9 Prozent der Stimmen und hält nur noch 55 Mandate. Das Oppositionsbündnis des Tisches der Demokratischen Einheit – Mesa de la Unidad Democrática (MUD) – erhielt hingegen einen Stimmenanteil von 56,3 Prozent. Mit 112 der 167 Sitze des Parlaments verfügt es nun über eine Zweidrittelmehrheit und kann tief in die Regierungsgeschäfte eingreifen und staatliche Institutionen neu besetzen.

Oppositionelle Mehrheit gefährdet Errungenschaften der bolivarischen Revolution

Nach der heftigen Wahlniederlage der Vereinten Sozialistischen Partei – Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) –, die erneut mit der Kommunistischen Partei Venezuelas – Partido Comunista de Venezuela (PCV) – ein Wahlbündnis eingegangen war, debattierte die Parteiführung mit der Basis auf landesweiten Versammlungen die Gründe für das schlechte Abschneiden. Bei einem Treffen in Caracas forderten AktivistInnen vom Nachfolger von Chavez und amtierenden Präsidenten, die Erwartungen und Ziele der Basisbewegung von nun an verstärkt umzusetzen. Es wird gefordert, dass Maduro nun gemeinsam mit dem Volk regiert und dass er die Regierungsspitze und das Kabinett austauscht. Bereits kurz nach der Wahl verkündete er die Entlassung der bisherigen Ministerinnen und Minister, des Weiteren gab er bekannt, dass es zu einer Neuwahl der Parteiführung der PSUV kommen werde. Eine ernsthafte und selbstkritische Reflexion ist wichtig und essenziell, um den Rückhalt der Bevölkerung wiederzugewinnen. Denn nur so kann verhindert werden, dass die oppositionelle Mehrheit in der Nationalversammlung die zahlreichen Errungenschaften der bolivarischen Revolution revidiert.

Durch den Wahlausgang stellen sich viele Fragen, die nicht nur die Bevölkerung Venezuelas, sondern die gesamte Linke des Kontinents einschließlich Mittelamerikas betreffen. Unter anderem gilt abzuwarten, wie die Streitkräfte agieren werden. Erinnert sei an die Zeit vor Chavez, als in der sogenannten Vierten Republik zwischen 1958 und 1998 das Militär vor allem mit dem rigiden und brutalen Vorgehen gegen die eigene Zivilbevölkerung assoziiert worden war. Durch die chavistische Formel von der »unión cívico-militar«, der Einheit von Militär und Zivilbevölkerung, wurde das Militär revolutioniert, wandte sich vom Nationalismus ab und erklärte sich dem humanistischen Sozialismus verbunden. Zwar ist es zweifelhaft, dass sich die neue Mehrheit im Parlament ausländischen (in erster Linie US-amerikanischen) Interessen verschreibt, dennoch lässt sich ihre Annäherung an die Solidaritätspolitik der chavistischen Regierung mit Sorge beobachten. Das Wirtschaftsbündnis ALBA scheint genauso bedroht wie der günstige Erdölbezug für Kuba und andere Karibikstaaten.

Quo vadis, Venezuela?

Dieser Zustand belegt die Fragilität halbwegs progressiver Regierungen, die sich auf ein System stützen, das auf der Grundlage der Ausbeutung konstituiert wurde. Vor allem die PSUV um Chavez konnte auf einen großen Rückhalt in der Bevölkerung von Venezuela zurückgreifen. Indessen hätte der Prozess der revolutionären Dynamik anderweitig vollzogen werden können. Auf diese Unterstützung aufbauend hätte die bolivarische Revolution eine Änderung hin zu einem dezentralisierten System anstreben können, indem der Staat und seine Einflusssphären hätten reduziert und die Basisdemokratie hätte gestärkt werden können. Stattdessen wurde auf die Neubesetzung der staatlichen Institutionen gesetzt, was leider nur temporäre Verbesserungen mit sich bringen kann. Die Verhinderung einer ausbeuterischen Machtelite kann ohne Transformation des bestehenden Herrschaftssystems nicht vollzogen werden.

Rojava – Hoffnung und Alternative

Ein wesentlicher Grund für das große Interesse der globalen Linken an der Revolution von Rojava und der Schaffung einer basisdemokratischen Struktur ist die Alternative, die sie darstellen, ein System aufzubauen, das sich jenseits der Sphären von Staat, Macht und Herrschaft bewegt. Selbstverständlich ist die Situation in Syrien, wo seit Jahren ein brutaler BürgerInnenkrieg wütet, nicht mit den Umständen in Venezuela und Argentinien zu vergleichen. Doch kämpfen sowohl die Linke in Lateinamerika als auch die kurdische Befreiungsbewegung gegen dasselbe kapitalistische Weltsystem. Der feine Unterschied liegt in den Mitteln und Methoden, derer sich bedient wird.

Die kurdische Freiheitsbewegung setzte in Rojava von Anfang an auf den Dritten Weg. Einen Pfad, der auf die eigene Stärke und völlige Unabhängigkeit setzt. Das pluralistische, geschlechterbefreiende und ökologische Gesellschaftsbild von Rojava ist den führenden Hegemonialkräften des internationalen Weltsystems genauso ein Dorn im Auge wie das faschistoide Weltbild der dschihadistischen Gruppen in Syrien, auch wenn entgegengesetzte Werte vertreten werden. Allerdings bedarf es eines Systems wie der basisdemokratischen Rätestruktur von Rojava, keiner Anerkennung eines neoliberalen Systems, das auf Ausbeutung und Unterdrückung fokussiert ist. Inmitten dieser nahezu totalen Unabhängigkeit forciert der revolutionäre Prozess die gesellschaftliche Transformation. Politische Entscheidungen, die von einer kleinen Gruppe für die große Masse getroffen werden, können genauso gut oder schlecht sein wie Beschlüsse, die von einer kleinen Gruppe für eine kleine Gruppe gefällt werden. Da dies sowieso stets subjektiven Betrachtungsweisen geschuldet ist. Dabei schränkt Letzteres den Spielraum für Ausbeutung und Eigenprofit stark ein. Vor allem, wenn sich das Gebilde jenseits des herrschenden Weltsystems befindet. Rojava zeigt, dass Alternativen zur Nationalstaatenfamilie, samt ihren neoliberalen und kapitalistischen Charakterzügen, möglich sind. In diesem Sinne könnte die Linke von Lateinamerika in ihren Debatten über die Wahlniederlagen und Selbstkritik mit einem Auge gen Rojava schauen und sich von dort das eine oder andere zu eigen machen. ♦



Joghurt- und Käsekooperative in Dêrik im Kanton Cizîrê. Regionale Kooperativen zur Versorgung der Bevölkerung werden aufgebaut. Foto: A. Bender

Eine Erinnerung an Heval Dilsoz Bahar/Kevin Jochim

Der Weg der Befreiung aus den mentalen Fesseln des Systems

Ein Brief von Heval Cîhan

15. August 2015

Dilsoz ist gefallen.

Es fällt mir schwer, einen Anfang zu finden. Ich muss schreiben, aber die Worte und Gedanken fließen wie flüssiges Blei in meinem Hirn. Dilsoz Heval ist tot.

Keine Fragen, kein Zweifel. Ich horche in mich, aber da ist nichts außer einer Lücke, traurige Leere.

Wann, wo und wie ist irrelevant. Mein Freund Dilsoz hat sein Leben aus der Hand gegeben, wie er es immer angepackt hat, radikal, mutig und bis zum letzten Atemzug konsequent, das steht außer Frage.

Das letzte Mal sahen wir uns in Girê Spî (Til Abyad)[1]. Ich war mit meiner Gruppe Ausländer zu seinem Tabur *[Bataillon]* gestoßen, gemeinsam eroberten wir die zerstörte Brücke unterhalb des weißen Hügels, setzten als erste YPG-Einheit einen Fuß in die berüchtigte Da'ish[2]-Hochburg. Heval Dilsoz hatte seit seiner Ankunft in Rojava einiges zu verdauen, hätte eine Pause verdient gehabt und gebrauchen können, aber sich in dieser Zeit von der Front zurückzuziehen erschien ihm wie Opportunismus, Verrat. Und so machte er weiter, überwand sich und alle Schwierigkeiten.

Einige Male schlug ich nach unserem Wiedersehen bei Freunden oben vor, ihn zu mir zu schicken, das letzte Mal vor nicht mal einer Woche. Da erfuhr ich auch, dass sein Tabur nach Heseke geschickt worden war.

1 Das durch die syrisch-türkische Staatsgrenze abgetrennte Pendant zu der auf türkischer Seite liegenden Grenzstadt Akçakale (kurd.: Kaniya Xezalan; früher zusammen als Tell Abyad eine einzige Stadt) wurde im Juni 2015 vom Bündnis Burkan al-Firat und den Frauen- und Volksverteidigungseinheiten YPJ/YPG vom IS befreit. Strategische Auswirkungen waren zum einen die direkte Verbindung der beiden zur Demokratischen Autonomie des syrisch-kurdischen Rojava gehörenden Kantone Kobanê und Cizîrê, zum anderen die Unterbrechung des bisherigen Nachschubweges des IS aus der Türkei in das syrische IS-Zentrum ar-Raqqa.

2 vom arabischen Namen abgeleitete Bezeichnung für den IS



Heval Dilsoz und ich lernten uns 2012 in Deutschland kennen, beim langen Marsch der kurdischen Jugend von Straßburg nach Mannheim. Über Indymedia hatte er den Marsch verfolgt, und als wir seine Heimatstadt Karlsruhe passierten, schloss er sich uns an. Ohne die PKK wirklich zu kennen, ließ er sich von seinem revolutionären Gefühl internationaler Solidarität leiten, und obwohl er sich damals als Marxist-Leninist verstand, zeigte er aufgeschlossenes Interesse am neuen Paradigma der kurdischen Freiheitsbewegung. Während ich keine zwei Wochen nach dem Marsch in die Berge ging, lernte Heval Dilsoz weiter die Bewegung in Deutschland kennen, beteiligte sich vor allem im Süden, aber auch im europäischen Ausland an Aktionen, zuletzt am großen Hungerstreik im Herbst 2012.

Der Duft der Revolution lag in der Luft, als Heval Dilsoz, damals unter dem Namen Kato, sein Versprechen gab[3], und wenn ich mich nicht irre, kam er im November 2012 im Kandil[4] an, zuerst im Camp der Ciwanên[5]. Es war Anfang Dezember, ich hatte gerade die Bildung bei den Şervanên Nû[6] abgeschlossen und verblieb bei den Kommandanten, als Heval

3 sich verbindlich der Bewegung anschloss

4 Sitz des PKK-Hauptquartiers im nordirakischen Südkurdistan im Dreiländereck zwischen Irak/Iran/Türkei

5 Jugend

6 Neue KämpferInnen

Dilsoz zur Grundausbildung kam. Eigentlich lernten wir uns erst da, im Winter 2012/2013 richtig kennen: zwei deutsche Arbeiterkinder im Herzen Kurdistans mit dem Ziel, Militante der PKK zu werden, noch ohne Sprachkenntnis oder viel Wissen über Land und Kultur, aber mit revolutionären Idealen und Entschlossenheit, allen auftauchenden Schwierigkeiten zu trotzen.

Die Zeit bei Şervanên Nû war für Heval Dilsoz eine große Herausforderung: In seiner Ausbildungseinheit waren vor allem junge Kurden aus dem Osten, die die Partei und ihr Leben, ihre Ideologie und Werte noch nicht kannten – der Austritt aus dem System und der Anschluss an eine kollektive und demokratische Bewegung, die die unterschiedlichsten Kulturen, Sprachen, Religionen und Klassen vereint, bereitete vielen Freunden am Anfang »Übergangsschwierigkeiten«. Dazu kamen Verständigungsprobleme, die Möglichkeit zur Übersetzung meistens Fehlanzeige. Dass sich einige der Auszubildenden als Provokateure und Agenten Irans erwiesen, die bewusst Chaos stifteten und versuchten, aus der Gesellschaft mitgebrachte Widersprüche zwischen den Freunden zu verschärfen, stellte alle Freunde auf die Probe. Heval Dilsoz nahm all diese Hürden und wurde zu einem Vorbild in Leben, Arbeit und Ausbildung. Am auffälligsten waren seine schnellen Fortschritte in der kurdischen Sprache, sowohl in Kurmancî als auch in Soranî. Erreichen konnte er dies durch Lerneifer und den Willen, alles zu verstehen und sich in allen Lebensbereichen zu beteiligen, nie blieb er passiv oder verhielt sich liberal. Falsche Annäherungen kritisierte er ohne Angst oder Hintergedanken, obwohl noch neu, versuchte er stets das von ihm Verstandene mit allen Freunden zu teilen, Arroganz oder auf andere herabsehen waren ihm fremd. Offen und mit großem Interesse begegnete er allen Menschen und sammelte so in kürzester Zeit viel Wissen über Land und Kultur – während einige Freunde im Kopf Grenzen »ihres« Landesteils nicht überwanden, war es Heval Dilsoz, der immer wieder die Einheit Kurdistans in Erinnerung rief und die durch feindliche Besatzung geschaffenen Spaltungen im kurdischen Volk anprangerte. Dass einige Freunde stur an ihrer vom Feind geschaffenen Persönlichkeit und deren egoistischen, feudalen Besonderheiten festhielten, machte ihn wütend – seine idealistische Sicht auf den Menschen und besonders die Menschen, die der Revolution beitreten wollten, ließ ihn manchmal ziemlich emotional reagieren, noch fehlte es ihm an Erfahrung und Geduld. In solchen Momenten der Enge redeten wir oft stundenlang miteinander draußen in der Winterkälte, rauchten päckchenweise Business Royal im überdachten Kellergang, um nicht ins Visier der ständig über uns kreisenden Predator-Drohne zu geraten. Oft waren es sehr ernste Gespräche über Revolution und Krieg, über unsere Rolle als internationalistischer Kader und unseren Beitritt, d. h. wie wir teilnehmen und was wir noch verbessern müssen. Wir analysierten, kritisierten und reflektierten unsere Geschichte und Persönlichkeit, versuchten gemeinsame Schritte auf dem Weg zu Militanten der PKK zu gehen. Anstatt den Schwerpunkt auf außen zu legen, wenn es z. B. um Probleme mit Freunden ging, versuchten wir die Basis von Problemen in uns selbst zu lösen. Genauso wie wir ernst diskutierten, verfielen wir manchmal auch einfach ins Labern, Anekdoten von früher Erzählen usw., Heval Dilsoz und ich kamen aus ähnlichen Verhältnissen und hatten lange Zeit im selben politischen Milieu mit demselben Lebensstil gelebt – oft ging es um die linke Szene in Deutschland, jugendliche Aktionen und Geschichten, die das Leben schreibt; wir haben sehr viel und sehr herzhaft miteinander gelacht.



Nach dem Newroz-Fest 2013 stand meine Versetzung zur Debatte, und auch die Grundausbildung von Heval Dilsoz näherte sich ihrem Ende. Er schwankte zwischen dem Wunsch, in Europa zu arbeiten, und dem militärischen Bereich, den Volksverteidigungskräften HPG. Trotz seiner wirklich schwierigen Grundausbildung entschied sich Heval Dilsoz für die HPG, wollte aber zuerst seine Sprachfähigkeiten verbessern. Die folgende Ausbildung am Sprachinstitut im Kandil erwies sich als goldrichtig – innerhalb von vier Monaten steigerte er sein Kurdisch-Level in erstaunlichem Maße. Lesen, Schreiben, Sprechen und Verstehen auf akademischem Niveau, Heval Dilsoz trieb mit seinem guten Kurdisch vielen Freunden die Schamesröte ins Gesicht und wurde damit zu Vorbild und Ansporn für alle, sich in ihre Muttersprache zu vertiefen. Mit seinem dunklen Teint und guten Kurdisch bemerkten manche gar nicht, dass er kein Kurde, sondern Deutscher mit afrika-

nisch-amerikanischen Wurzeln war, und das nach ungefähr einem Jahr in Kurdistan.

Nach der Sprachausbildung ging Heval Dilsoz auf Şehîd Munzur[7] in die Praxis der HPG. Ein rundes Jahr arbeitete und kämpfte er im wohl schwierigsten Gebiet Kandils auf mehr als 3.500 m Höhe. Mit großer Opfer- und Verantwortungsbereitschaft widerstand er sowohl den Widrigkeiten der Natur als auch den Versuchen des iranischen Regimes, die strategischen Gipfel unter Kontrolle zu bringen. Heval Dilsoz überwand mit großer Willenskraft psychische und physische Grenzen, wurde mit seinen konsequenten moralischen Maßstäben und seiner organisatorischen Haltung zum Beispiel und spielte in der Ausbildung seiner Freunde sowohl bei ideologischen als auch militärischen Themen eine Vorreiterrolle.

Die PKK hatte uns den Weg der Befreiung aus den mentalen Fesseln des Systems gezeigt und uns das nötige Selbstvertrauen gegeben, diesen Weg zu beschreiten, aber gehen mussten wir ihn selbst.

Im Sommer 2014 sahen wir uns wieder. Ich hatte einiges im Kandil zu erledigen, und das gab uns die Zeit zu ausführlichen Gesprächen. Seit unserem Winter bei Şervanên Nû war mehr als ein Jahr vergangen, wir hatten beide viele Erfahrungen gemacht, an verschiedenen Orten praktische Arbeit geleistet und uns natürlich weiterentwickelt. Wir waren keine jungen deutschen Linken mehr, sondern waren zu Gerîlas geworden. Das spiegelt sich natürlich in Niveau, Art und Themen unserer Gespräche wider. Deutschland und das Leben im System waren weit weggerückt, wir mussten uns sogar immer wieder gegenseitig ermahnen, deutsch und nicht kurdisch zu reden. Unsere Diskussionen hatten die politischen Entwicklungen in Kurdistan und dem Mittleren Osten … *[eine Zeile ist unleserlich]* … diese Gespräche im Verlaufe des Abends philosophischen Charakter an: Freiheit, Liebe, Gerechtigkeit, Wahrheit, das richtige Leben, Religion und Gesellschaft; die ständige Bildung der PKK auf Grundlage des Denkens von Serokatî hatte uns zu einer neuen Sicht der Welt verholfen. Die PKK hatte uns den Weg der Befreiung aus den mentalen Fesseln des Systems gezeigt und uns das nötige Selbstvertrauen gegeben, diesen Weg zu beschreiten, aber gehen mussten wir ihn selbst. Was in dieser Bewegung wirklich zählt (und gleichzeitig Geheimnis ihres Erfolges ist), ist deine Praxis, d. h. dein alltägliches Leben und deine Arbeit: Wie sehr du die Werte der Revolution verinnerlicht hast und lebst, zeigt die Stufe deines ideologischen Verständnisses und ist die Basis des Erfolges in allen Arbeiten. Heval Dilsoz näherte sich in diesem Sinne immer selbstkritisch seiner eigenen Praxis an und betonte die Bedeutung des Aufbaus der militanten Persönlichkeit, die Überwindung von aus dem System mitgebrachten negativen Charaktereigenschaften und Einstellungen. Denn so sehr Deutschland auch aus unserem Bewusstsein rückte, waren wir doch in diesem Land aufgewachsen und sozialisiert worden, und das hatte maßgeblichen Einfluss auf unsere Persönlichkeit gehabt, im Guten wie im Schlechten. Zu dieser Zeit gab es auch Treffen mit anderen europäischen Internationalisten und breit geführte Diskussionen über deren Rolle in der kurdischen Revolution. Heval Dilsoz nahm in diesen Diskussionen immer eine offene und verständnisvolle Position ein – er fand politische, soziale und diplomatische Arbeit in Europa wichtig, war jedoch persönlich entschlossen, seinen Weg in der Gerîla, in militärischen Arbeiten fortzusetzen; seine Perspektive war der Gerîla-Kampf gegen das iranische Regime in Ostkurdistan.

Es muss Ende Herbst 2014 gewesen sein, als die Freunde Heval Dilsoz die Verantwortung für »Arteş« übergaben. »Arteş« war eine der koordinierten Funkstationen im Kandil, über die die Verbindung zwischen den verschiedenen Einheiten, Einrichtungen und Punkten hergestellt wurde, eine wichtige Arbeit, die sowohl sehr gute Sprachkenntnisse als auch Verbundenheit mit den Linien der Partei verlangte. Mit Zuverlässigkeit und Disziplin widmete sich Heval Dilsoz seinen Aufgaben und leistete eine gute Arbeit, und oft überraschte er die Freunde mit dem Gebrauch kurdischer anstatt jahrelang üblicher türkischer Begriffe. Gleichzeitig mit der Arbeit am Funkgerät übernahm Heval Dilsoz in diesem Winter das erste Mal die Verantwortung über eine Einheit als Kommandant, auch wenn er schon vorher praktisch immer eine Vorreiterrolle eingenommen hatte.

Es war eine große Freude für mich, als ich im neuen Jahr 2015, es muss im Februar oder März gewesen sein, hörte, dass Heval Dilsoz mit einem beweglichen Tabur Kandil in Richtung Rojava verlassen hatte. Seit unserem gemeinsamen Winter bei Şervanên Nû waren zwei Jahre vergangen, zwei Jahre, in denen wir an unterschiedlichen Orten zwar, aber immer mit mehr oder weniger Verbindung zueinander dafür gekämpft hatten, als internationalistische Freunde an militärischen Arbeiten in den Gebieten der Praxis, d. h. am Krieg aktiv teilzunehmen. Und es gab auch viele gute Gründe dafür, Heval Dilsoz nicht in den Krieg, sondern in andere Bereiche wie politische, diplomatische oder ideologische Arbeit zu schicken, allein sein außergewöhnliches Sprachtalent hätte dafür gesprochen. Doch Heval Dilsoz wollte nie akzeptieren, dass es wieder nur Menschen aus dem Mittleren Osten sein sollten, die ihr Leben im Kampf für die gesamte Menschheit riskierten. Mit seiner

7 Gebiete, Berge bekommen oft den Namen von Freundinnen oder Freunden, die dort gefallen sind.

starken Freundschaft, seinem festen Willen und konsequent gelebten ethischen Maßstäben bewies er sich als ernsthafter Militanter und erwarb sich so das Vertrauen aller Freunde, dass er auch unter den schwierigsten Umständen seine Rolle als Revolutionär spielen würde.

Angekommen in Rojava beteiligte sich Heval Dilsoz u. a. als Kommandant einer Einheit freiwilliger Ausländer am Krieg gegen Da'ish im Kanton Cizîrê. Er kämpfte von Til Hemis bis Til Abyad in allen großen Operationen seit Frühling 2013 mit großer Opferbereitschaft, Entschlossenheit und Zähigkeit stets in den vordersten Frontlinien gegen einen barbarischen und erbarmungslosen Feind.

Heval Dilsoz verlor zusammen mit fünf weiteren Freunden sein Leben am 6. Juli 2015 in einem Dorf 30 km südlich von Til Abyad bei einem frühmorgendlichen Überraschungsangriff des Feindes.

16. August 2015

Manche kurdischen Ausdrücke lassen sich zwar in die deutsche Sprache übersetzen, verlieren aber dabei an Farbe und Tiefe, oder rücken durch kulturelle und historische Unterschiede bedingt in einen anderen Bedeutungszusammenhang. Das Wort »Şehîd« ist ein solcher Ausdruck. »Märtyrer« ist die offizielle Übersetzung, die im Deutschen aber einen rein religiösen Hintergrund hat. Es ließe sich auch der Begriff »Gefallener« benutzen, doch dabei würden wir durch die Passivität des Ausdrucks dem eigentlichen Inhalt nicht gerecht. Die Şehîds der kurdischen Befreiungsbewegung sind nicht einfach im Kampf gefallen, sondern haben sich mit einem radikalen politischen Bewusstsein für den Erhalt der Menschlichkeit an sich geopfert. ♦

Wasserwerk Al-Fatsch, 30 km südlich von Til Abyad an der Ostgrenze des Kantons Kobanê, 23. August 2015



Neuerscheinung über eine Kriegsregion

Wieland Schneider: »Krieg gegen das Kalifat«

Buchbesprechung von Elmar Millich

Wieland Schneider, Redakteur bei der österreichischen Tageszeitung »Die Presse«, hat mit seinem neu erschienenen »Krieg gegen das Kalifat« ein sehr aktuelles Buch zu den Entwicklungen im Mittleren Osten herausgebracht. Im Zentrum der Ausführungen steht der Aufstieg des »Islamischen Staats (IS)« in Syrien und im Irak. Dazu geht Schneider am Anfang auf die Entwicklungen infolge des Afghanistan-Krieges ein und schildert die politischen und personenbezogenen Auseinandersetzungen innerhalb der Terrororganisation Al-Qaida, die zur Abspaltung des späteren IS führten. Die Unterstützung, die dieser am Anfang vor allem unter der sunnitischen Bevölkerung im Irak erhielt, führt Schneider auf die verfehlte Politik der USA nach dem Golfkrieg zurück, wodurch sich bis in die jüngste Zeit taktische Bündnisse zwischen dem IS und hochrangigen Personen aus der ehemaligen Baath-Partei von Saddam Hussein ergaben. Das Buch ist aber angenehmerweise nicht durchgehend chronologisch und nach Regionen sortiert aufgebaut, sondern setzt die Entwicklungen im gesamten Mittleren Osten – vor allem aber in Syrien und im Irak – zu verschiedenen Zeitpunkten ständig miteinander in Beziehung. Dass es sich um ein durchkonzeptioniertes Buch aus einem Guss handelt, unterscheidet es sehr positiv von anderen Neuerscheinungen zu diesem Thema, in denen oft mehrere Aufsätze einer/s oder verschiedener AutorInnen in Buchform herausgegeben werden.

Wie schon der Untertitel – Der Westen, die Kurden und die Bedrohung »Islamischer Staat« – zeigt, stellt die Rolle der KurdInnen beim Kampf gegen den IS einen Schwerpunkt in den Ausführungen dar. Der Autor hatte in den letzten zwei Jahren mehrere Recherchereisen in das von der PKK dominierte Kandil-Gebirge, die êzîdisch geprägte Şengal-(Sindschar-)Region und in den kurdischen Teil Syriens – Rojava – unternommen. Er beschreibt sowohl die militärische Zusammenarbeit der verschiedenen kurdischen Parteien beim Kampf gegen den IS als auch deren politische Zerstrittenheit. Die Ausführungen zeigen eine hohe Kenntnis der Zerwürfnisse in der Region als auch eine große Detailtiefe, etwa wenn er auf die aktuellen politischen Auseinandersetzungen innerhalb der êzîdischen Bevölkerung zwischen PKK- und Barzanî-nahen Kräften eingeht.

Die Interessen des »Westens«, aber auch Russlands und der Regionalmächte analysiert Schneider anhand anerkannter Quellen und vermeidet sowohl Parteinahme als auch Spekulation. Im letzten Kapitel gibt der Autor einen Ausblick auf die Entwicklungen und geht auch auf die neuen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK ein. Die Beendigung des Verhandlungsprozesses durch Erdoğan beschreibt er aus dessen Sicht als strategischen Befreiungsschlag, da die PKK zuletzt im Westen durch ihren Kampf gegen den IS zu viel Ansehen gewonnen hatte.

Das Buch von Wieland Schneider zeichnet sich sowohl durch seinen Sprachstil als auch durch die Detailkenntnis aus. Es gibt einen aktuellen Überblick über die Situation in der Region und schildert vorurteilsfrei die Rolle der KurdInnen in den politischen und militärischen Auseinandersetzungen. ♦



Krieg gegen das Kalifat
Der Westen, die Kurden und die Bedrohung »Islamischer Staat«
Wieland Schneider
Braumüller Verlag,
248 S., 21,90 Euro

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005
0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Grüße aus Kobanê – Kobanê braucht unsere Unterstützung
Foto: A. Bender

Rückseite:
Wandbild: Der Osten verliert seine Menschen! Der Westen seine Menschlichkeit!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Periodika



civaka-azad.com



ceni-kurdistan.com



isku.org



nadir.org/azadi/



yxkonline.com

---

sara | sakine cansız | **mein ganzes leben war ein kampf** | band 2 gefängnisjahre



sakine cansız
mein ganzes leben war ein kampf
2. band | gefängnisjahre
Januar 2016
ISBN: 978-3-945326-11-4
Mezopotamien
Verlags- und Vertriebs GmbH
Gladbacher Str. 407B
41460 Neuss
Tel.: +49 (0) 2131 4069093
Fax: +49 (0) 2131 1513171
Email: mezop@hotmail.de

aus dem Vorwort:
Sakine Cansız (Sara) schloss sich der kurdischen Befreiungsbewegung in Dersim zu einer Zeit an, in der sich die Bewegung gerade erst formierte. Bis zu ihrem gewaltsamen Tod am 9. Januar 2013 setzte sie ihren Kampf ohne Unterbrechung fort.
(...)
Der vorliegende zweite Band handelt von den Jahren, die Sakine Cansız zwischen 1979 und 1990 in den türkischen Gefängnissen von Elazığ, Malatya, Diyarbakır, Amasya und Çanakkale verbrachte. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem legendären Widerstand, den die Gefangenen nach dem Militärputsch in der Türkei im Jahr 1980 im Gefängnis von Diyarbakır leisteten. Schonungslos berichtet Sakine Cansız, was es bedeutete, sich als Frau in Haft zu befinden, und welcher Preis von kurdischen und revolutionären Gefangenen im Kampf um Menschenwürde gezahlt wurde. Besonderes Augenmerk wird in dieser Schilderung darauf gelegt, wie ein grausamer, faschistischer Repräsentant des unmenschlichen Putschregimes mit den Frauen der PKK umging: Esat Oktay Yıldıran, oberster Befehlshaber im Militärgefängnis Diyarbakır.
Sakine Cansız wird gemeinsam mit zwei GenossInnen am 7. Mai 1979 in einer Wohnung in Elazığ festgenommen und in ein Folterzentrum gebracht. Trotz tagelanger Folter sagt sie kein Wort.
(...)
Aus Elazığ wird Sakine Cansız über Malatya nach Diyarbakır verlegt. Am Gefängnistor empfängt sie besagter Esat Oktay Yıldıran. Esat ist ein Sadist, der die Schmerzensschreie von Frauen als »wunderschöne Melodie« bezeichnet. Vor ihm, dem obersten Verantwortlichen im Gefängnis, sollen alle auf die Knie gehen. Ihm gegenüber steht jedoch Sakine Cansız, die sich niemals beugt.
»Wie heißt du?«
»Sakine.«
»Bist du Türkin oder Kurdin?«
»Ich bin Kurdin.«
Er versetzt ihr eine Ohrfeige und fragt erneut: »Bist du Türkin oder Kurdin?«
Sakine Cansız antwortet: »Ich bin vor allem Revolutionärin. In der Revolution ist die Herkunft nicht so wichtig, aber ich bin Kurdin. Wäre ich Türkin, würde ich es zweifellos zugeben.«
Esat ist eine derart aufrechte Haltung nicht gewöhnt. Einer Frau von der PKK begegnet er zum ersten Mal. Diese Frau zu brechen, wird ihm zu einer fixen Idee.
(...)

mezopotamien verlag



DOĞU İNSANLARINI YİTİRİYOR, BATI İNSANLIĞINI!

Der Osten verliert seine Menschen

Der Westen seine Menschlichkeit

ISSN 0935-5375